



# HESSISCHER LANDTAG

27. 01. 2010

## 33. Sitzung

Wiesbaden, den 27. Januar 2010

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	2279	Wolfgang Greilich . . . . .	2312
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	2279	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2314
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2279		
Vizepräsident Heinrich Heidel . . . . .	2320		
21. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Diffamierung von Arbeitsuchenden durch Ministerpräsident Koch zurückweisen</b> . . . . .	2279	10. <b>Bericht des Landesschuldenausschusses</b> nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 57. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2007 . . . . .	2314
– Drucks. 18/1791 – . . . . .	2279	– Drucks. 18/1094 – . . . . .	2314
<i>Dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit überwiesen</i> . . . . .	2298	<i>Zur Kenntnis genommen und besprochen</i> . . . . .	2320
25. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>dumpfer Populismus von Ministerpräsident Koch – Verbesserungen der Arbeitsmarktreform statt Beschimpfungen von Arbeitslosen</b> . . . . .	2279	Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	2314
– Drucks. 18/1795 – . . . . .	2279	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	2315
<i>Dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit überwiesen</i> . . . . .	2298	Norbert Schmitt . . . . .	2316
44. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Arbeitsmarktpolitik nach dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gestalten</b> . . . . .	2279	Fritz-Wilhelm Krüger . . . . .	2317
– Drucks. 18/1828 – . . . . .	2279	Minister Karlheinz Weimar . . . . .	2318
<i>Dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit überwiesen</i> . . . . .	2298	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2319
Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	2279, 2293	16. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Studien belegen: Fluglärm verursacht Gesundheitsschäden</b> . . . . .	2320
Dr. Ralf-Norbert Bartelt . . . . .	2281	– Drucks. 18/1786 – . . . . .	2320
Marcus Bocklet . . . . .	2283, 2287, 2295	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	2322
René Rock . . . . .	2285, 2288	17. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Gesundheit schützen – Lärm vermindern – Nachtruhe garantieren</b> . . . . .	2320
Dr. Thomas Spies . . . . .	2286	– Drucks. 18/1787 – . . . . .	2320
Marjana Schott . . . . .	2288	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	2332
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	2290	43. Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Studie zu den Gesundheitsrisiken durch Fluglärm in der Region Rhein-Main</b> . . . . .	2320
Dr. Ulrich Wilken . . . . .	2295	– Drucks. 18/1827 – . . . . .	2320
Florian Rentsch . . . . .	2297	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	2332
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	2298	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	2320, 2323
22. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>erneuter Aufklärungsrekord ist großartiger Erfolg für hessische Polizei</b> . . . . .	2298	Stefan Müller (Heidenrod) . . . . .	2322, 2329
– Drucks. 18/1792 – . . . . .	2298	Hermann Schaus . . . . .	2324
<i>Angenommen</i> . . . . .	2314	Dr. Walter Arnold . . . . .	2326
Holger Bellino . . . . .	2298, 2310	Uwe Frankenberger . . . . .	2327
Mürvet Öztürk . . . . .	2300, 2311	Minister Dieter Posch . . . . .	2329
Hermann Schaus . . . . .	2302, 2313	Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	2331
Minister Volker Bouffier . . . . .	2303	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	2332
Nancy Faeser . . . . .	2307, 2311		

Seite	Seite
12. Große Anfrage der Abg. Dr. Spies, Fuhrmann, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>Leih- und Zeitarbeit in Hessen</b> – Drucks. 18/1619 zu Drucks. 18/424 – . . . . .	2332
<i>Antwort besprochen</i> . . . . .	2337
Petra Fuhrmann . . . . .	2332
Janine Wissler . . . . .	2333
Jürgen Lenders . . . . .	2335, 2339
Marcus Bocklet . . . . .	2335
Patrick Burghardt . . . . .	2336
Minister Jürgen Banzer . . . . .	2336
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	2337
26. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b> – Drucks. 18/1713 – . . . . .	2337
<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . .	2337
Dr. Thomas Spies . . . . .	2337
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	2337

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsident Heinrich Heidel

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen  
 beim Bund Michael Boddenberg  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
 Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
 Kultusministerin Dorothea Henzler  
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
 Staatssekretärin Nicola Beer  
 Staatssekretär Boris Rhein  
 Staatssekretär Horst Westerfeld  
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
 Staatssekretär Steffen Saebisch  
 Staatssekretär Mark Weinmeister  
 MinDirig Dr. Stephan Hölz  
 Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann  
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Tarek Al-Wazir  
 Lisa Gnadl  
 Jürgen Frömmrich  
 Margaretha Hölldobler-Heumüller  
 Helmut von Zech

(Beginn: 9:03 Uhr)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Schönen guten Morgen allen. Bei winterlichen Außentemperaturen begrüße ich Sie herzlich zu wärmenden Debatten heute im Plenarsaal. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Ich darf zur Tagesordnung mitteilen, dass die Punkte 1 bis 9 und 35 erledigt sind.

Es sind weitere Anträge bei Ihnen eingegangen – ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Erweiterung zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 92 der Hessischen Verfassung. Nach § 59 Nr. 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sind Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen dringlich und somit auf eine bereits festgelegte oder genehmigte Tagesordnung zu setzen. Somit wird der Dringliche Antrag auch ohne Bejahung der Dringlichkeit durch das Plenum auf die Tagesordnung als Tagesordnungspunkt 42 gesetzt und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 20 aufgerufen.

(Unruhe)

Wenn insgesamt die Lautstärke ein bisschen abnimmt, dann können alle auch folgen und den Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Studie zu den Gesundheitsrisiken durch Fluglärm in der Region Rhein-Main, Drucks. 18/1827, zur Kenntnis nehmen. Ich gehe davon aus, dass die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Punkt 43 und könnte mit den Punkten 16 und 17 zum gleichen Thema aufgerufen werden. – So verfahren wir.

Und es ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Arbeitsmarktpolitik nach dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gestalten, Drucks. 18/1828, eingegangen. – Auch hier wird die Dringlichkeit bejaht. – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Punkt 44 und könnte gleich mit den Punkten 21 und 25 aufgerufen werden.

Kurz zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis 17 Uhr. Es folgt anschließend die Gedenkveranstaltung zum Holocaust. Die Mittagspause beträgt zwei Stunden. Wir beginnen mit Punkt 21, Antrag der Fraktion der SPD betreffend Diffamierung von Arbeitsuchenden durch Ministerpräsident Koch zurückweisen. Dazu werden die Tagesordnungspunkte 25 und 44 aufgerufen. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Punkt 16. Dazu werden die Tagesordnungspunkte 17 und 43 aufgerufen.

Ich darf noch die Kolleginnen und Kollegen entschuldigen, die wegen Krankheit nicht hier sein können: Herr Kollege Frömmrich, Herr Kollege Al-Wazir, die Kolleginnen Lisa Gnadt und Heike Hofmann von der SPD-Fraktion. Entschuldigt ist für heute Nachmittag Herr Staatsminister Hahn.

Dann treten wir in die aktuelle Tagesordnung ein.

**Tagesordnungspunkt 21:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Diffamierung von Arbeitsuchenden durch Ministerpräsident Koch zurückweisen – Drucks. 18/1791 –**

**Tagesordnungspunkt 25:**

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend dumpfer Populismus von Ministerpräsident Koch – Verbesserungen der Arbeitsmarktreform statt Beschimpfungen von Arbeitslosen – Drucks. 18/1795 –**

**und Tagesordnungspunkt 44:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Arbeitsmarktpolitik nach dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gestalten – Drucks. 18/1828 –**

Ich darf als erstem Redner für die SPD-Fraktion den Vorsitzenden Herrn Schäfer-Gümbel ans Mikrofon bitten. Es sind zehn Minuten Redezeit verabredet, Herr Schäfer-Gümbel.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Außentemperaturen passen zur heutigen Debatte. Draußen ist es kalt, und das, was der Ministerpräsident formuliert hat, ist Ausdruck sozialer Kälte.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bevor ich zum eigenen Thema kommen will, lassen Sie mich allerdings eine wichtige Vorbemerkung machen. Gewalt darf niemals Mittel politischer Debatte sein. Das werden wir niemals akzeptieren, und deswegen sind alle Gewaltandrohungen, wie sie auch öffentlich geworden sind, inakzeptabel und verabscheuungswürdig. Diese gemeinsame Grenze werden wir alle aus meiner Sicht gemeinsam zu jedem Zeitpunkt verbinden und auch verteidigen müssen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist die Trennungslinie. Diese Trennungslinie darf nicht überschritten werden. Aber vor dieser Trennungslinie muss die politische Debatte in aller Klarheit und auch Härte geführt werden, insbesondere dann, wenn es darum geht, Ressentiments wegen des billigen Versuchs einer Schlagzeile zu bedienen. Genau das hat der Ministerpräsident in den vergangenen 14 Tagen getan.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Arbeitspflicht und soziale Hängematte oder wörtlich:**

Das Lohnabstandsgebot kann nicht befriedigend erfüllt werden. Das Verfassungsgericht schützt – entsprechend dem Sozialstaatsgebot – den Menschen in Not sehr viel stärker, als dies in anderen Ländern der Fall ist. Was wir Arbeitslosenhilfe nennen, gibt es in den USA nur für Menschen mit Kindern und nie länger als fünf Jahre. In Deutschland gibt es Leistungen für jeden, notfalls lebenslang. Deshalb müssen wir Instrumente einsetzen, damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel Ignoranz gegenüber der Lebenswirklichkeit und dem Alltag von Menschen, die in sozialer Not sind, habe ich selten erlebt – deswegen die heutige Debatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lebensfremd, weltfremd und auch gegen die Lebenswirklichkeit gerichtet – ich will nur die Zahlen aus der Stadt Wiesbaden verlesen, die in einem eindrucksvollen Beitrag des hiesigen Sozialamtsleiters formuliert wurden. Danach bezogen in Wiesbaden 30.600 Menschen Hartz IV. Erwerbsfähig, sprich: zwischen 15 und 65 Jahren, waren davon allerdings nur 21.000 Menschen – also 30.600, die hier in der Stadt von Hartz IV leben, davon allerdings nur 21.000 erwerbsfähig im Sinne der Definition des Gesetzes.

4.000 standen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung, weil sie Schüler, alleinerziehend mit kleinen Kindern oder z. B. krank waren. 6.000 waren sogenannte Aufstocker, also Menschen, die Vollzeit oder Teilzeit arbeiten – allein in dieser Stadt 6.000 Menschen, die nur davon existieren können, dass der Staat den Lebensunterhalt sichert. – Genau das ist der eigentliche Punkt. Es geht nämlich um die Frage, wie wir die Arbeitsgesellschaft sichern und nicht die Transfergesellschaft. Genau das ignorieren Sie mit Ihrer Debatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, die Zahlen, die aus der Stadt Wiesbaden bekannt geworden sind, müssten Sie eigentlich verleiten, Ihre gemachten Aussagen zurückzunehmen. Aber es geht Ihnen doch gar nicht um eine Fachdebatte. Die Kritik aus der Bundesregierung, von Union und FDP, aus der Fachwelt, von der Opposition müsste Sie doch zum Nachdenken anregen. Es hilft nichts, wenn Sie jetzt hier mit einem wachweichen Antrag versuchen, für sich die Debatte neu zu strukturieren. Das Urteil über Ihre Initiative ist vernichtend und verheerend.

Es geht Ihnen nicht um eine Fachdebatte. Es geht Ihnen nicht um die Frage, wie wir Fördern und Fordern bei der Arbeitsmarktpolitik besser umsetzen, sondern es geht Ihnen um etwas anderes. Sie haben beispielsweise in dem Interview den Begriff der Arbeitspflicht nie verwandt. Ich habe das eben extra verlesen. Aber nachdem Sie gemerkt haben, dass das Thema für Sie läuft, eine Polarisierung in Ihrem Sinne bedeutet, haben Sie damit gespielt. Genau das ist der Roland Koch, wie wir ihn schon lange kennen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wenn es eng um ihn wird, ist ihm kein Mittel zu schade, um gegen Arbeitslose, gegen Ausländer, gegen kriminelle Jugendliche und alle anderen zu hetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist das Problem. Sie stehen unter Druck. Rekordverschuldung, Wortbruch beim Flughafen, die Affären um Wolski, die Steuerfahnder, Kermani und Brender sind nur einige Stationen Ihrer sehr ambivalenten Bilanz des vergangenen Jahres.

(Leif Blum (FDP): Wenn hier einer unter Druck steht, sind Sie es!)

Deswegen, lieber Florian Rentsch, ist Koch der Koch, der er immer war: Wenn er unter Druck steht, sucht er ein Ventil und keilt gegen andere. Das ist das Zynische an der Debatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

In unserem Fokus bleibt die Arbeitsgesellschaft. Deswegen will ich noch einmal zu den sogenannten Aufstockern kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht akzeptabel sein und es kann doch auch Sie nicht ruhig schlafen lassen, wenn in diesem Land 1,3 Millionen Menschen Vollzeit erwerbstätig sind und anschließend Unterstützungen des Staates bekommen – Unterstützungen, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen, weil die Gehälter nicht reichen. Deswegen sind Mindestlöhne ein Gebot der Stunde. Wir wollen, dass Menschen von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit auch wirklich leben können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie hingegen mit Ihrer Orientierung auf höhere Zuverdienstgrenzen machen doch einen fatalen Weg auf. Unternehmer müssen doch eigentlich nicht mehr alle am Christbaum haben, wenn sie ordentliche Löhne bezahlen, weil sie sich darauf verlassen können, dass sie, wenn Roland Koch und Jürgen Rüttgers das Sagen haben, zu Hungerlöhnen beschäftigt können und anschließend der Ausgleich zur Existenzsicherung vom Steuerzahler bezahlt wird. Diese Orientierung auf die Transfergesellschaft zu Niedriglöhnen wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Judith Lannert (CDU): Haben Sie schlecht gefrühstückt?)

Es wäre notwendig gewesen, dass die Union heute hier einen Vorschlag gemacht hätte, sich zu dem zu positionieren, was Ursula von der Leyen vorgelegt hat. Es ist doch ein Treppenwitz, was derzeit in Berlin passiert, auch in der Tradition, was Sie im Hessischen Landtag in sechs Jahren immer wieder formuliert haben, die Arbeitsverwaltung jetzt wieder auseinanderzunehmen.

(Florian Rentsch (FDP): Das haben Sie doch immer verhindert!)

– Herr Rentsch, Entschuldigung. Die Union hat die Grundgesetzänderung, die vom Verfassungsgericht für erforderlich gehalten wurde, ausdrücklich nicht zugelassen.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Diese Lautstärke!)

Es wäre notwendig gewesen, sich dazu zu verhalten, weil die Orientierung auf Zuverdienstgrenzen falsch ist. Unser Orientierung ist sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Ich sage Ihnen, die Spitzen kommen noch nach der Landtagswahl in NRW. Ich halte das für unerträglich, was die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ am Wochenende an Debatte aufgemacht hat. Da ist doch die nächste Schraube der Verschärfung der Debatte, wenn es darum geht, jetzt auch noch die Alleinerziehenden in den Fokus von Diffamierung zu nehmen. Das ist wahrscheinlich die nächste Initiative des Ministerpräsidenten. Deswegen ist die Debatte am heutigen Tag so notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Debatte ist deswegen notwendig, weil wir hier an einer Grundentscheidung zwischen Arbeitsgesellschaft und Transfergesellschaft stehen, weil wir an einer Weichenstellung stehen, ob Menschen, die sich auf dem Rücken von Schwächeren profilieren – das ist ein Markenzeichen von Ro-

land Koch –, mit einer solchen Positionierung durchkommen. Das hässliche Gesicht, das deutlich wird, wenn es gegen Ausländer, kriminelle Jugendliche und Arbeitslose geht, ist genau das, was in den letzten 14 Tagen zu sehen war.

Es geht nicht um eine Fachdebatte – die würden wir gerne mit Ihnen führen. Es geht in dieser Debatte darum, dass um der Polarisierung willen der Ministerpräsident dieses Thema anheizt. Ich wiederhole: Er hat in seinem Interview nicht von der Arbeitspflicht gesprochen; es ist zuge-spitzt worden. Nachdem er aber wieder einmal gemerkt hat, dass das für sich läuft, dass die Polarisierung damit funktioniert, dass er damit aus anderen Themen herauskommt, hat er damit gespielt. Selbst wenn er damit Ihre Milieus mobilisiert, ist es eine Frage des politischen Anstandes, einer solchen Initiative entschieden entgegenzutreten. Deswegen die heutige Debatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) – Zuruf von der CDU: Sie und Anstand!)

Wenn es Ihnen um die Sache ginge, Herr Koch, und auch die hessische Union – weil Sie die Einzigen sind, die sich in den Geleitzug einsortiert haben; alle anderen haben sich davon distanziert –, wenn es Ihnen wirklich um die Fachdebatte ginge, dann würden Sie sich heute zunächst bei den Arbeitslosen entschuldigen, die Sie verunglimpf haben, und eine neue Debatte beginnen. Aber das Gebot des Anstands war es, das uns heute dazu verpflichtet hat, diese Debatte aufzurufen. Denn solche Polemiken darf man nicht unwidersprochen durchlaufen lassen. Das ist das, was im Hessischen Landtag zu verhandeln ist.

In der Fachdebatte fehlt dem Ministerpräsidenten seit vielen Jahren der Durchblick. Deswegen hätte ich ihm am liebsten heute ein Brillenputztuch geschenkt,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Ihre Geschenke!)

damit die Klarsicht bei ihm wiederkommt. Aber da der Ministerpräsident keine Geschenke von mir mehr möchte, verzichte ich darauf. Meine Vermutung ist auch, dass es nichts nützen würde. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Bartelt jetzt das Wort.

### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schäfer-Gümbel, die SPD sagt in ihrem Antrag, wer über Mitwirkungspflichten von Empfängern von Sozialleistungen spreche, diffamiere Arbeitslose und spalte die Gesellschaft, Stammtischparolen würden bedient. Das ist falsch. Sie von der SPD spalten die Gesellschaft in Leistungserbringer und Leistungsträger.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Erklären Sie mal, was Sie damit meinen: Leistungserbringer und Leistungsträger!)

Sie gefährden die Akzeptanz und den Konsens über die Sozialsysteme. Sie wollen eine schwierige Erörterung dem Stammtisch und der Boulevardpresse überlassen. Das

wäre die Folge, wenn wir als Verantwortliche uns vor der Diskussion über die Mitwirkungspflichten von Hartz-IV-Empfängern drücken würden. Dann würde die Diskussion Stammtischniveau haben, das Sie in Ihrem Antrag – verzeihen Sie bitte – allerdings schon längst unterschritten haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was sind die Fakten? Der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit 2010 hat eine Ausgabensteigerung von 45 Milliarden € auf 54 Milliarden €, bei Einnahmen aus Beiträgen von 36 Milliarden €, Aufzehrung der Rücklagen von 2 Milliarden € und einem Zuschuss von 16 Milliarden €. Die höchsten Ausgabenposten mit über 40 Milliarden € sind die Hartz-IV-Bezüge. Die Ausgabensteigerung ist auf die verzögerte Reaktion der Zahl der ALG-II-Bezieher auf Wirtschaftskrise und Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Die von dem Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene und von uns gewollte Erhöhung der Sätze für Kinder erfordert weitere Mehrausgaben. Wenn in dem Antrag der GRÜNEN eine Anhebung der Regelsätze auf 420 € gefordert wird, müssen Sie auch sagen, das kostet 20 Milliarden €.

Wir müssen den Menschen ehrlich sagen, dass wir das Problem des Lohnabstandsgebots kurzfristig nicht vollständig lösen können. Es hat sich nach Wirtschaftsgutachten gar noch verschärft. Ein Single, der Hartz IV bezieht und einen Minijob hat, hat nicht weniger Geld im Vergleich zum ungelernten Arbeitnehmer in einer unteren Tarifgruppe. Ein Alleinverdiener einer vierköpfigen Familie muss brutto mehr als 2.500 € verdienen, um mit dem Hartz-IV-Bezieher gleichzuziehen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist der Leistungserbringer?)

Ich sage ausdrücklich: Wir wollen keine Regelsätze senken. – So auch die eindeutige Aussage des Ministerpräsidenten, „Welt“, 19.01.

Aber wir müssen der Altenpflegerin, dem Maler, dem Gebäudereiniger und dem Briefzusteller schon erklären, warum er um 6 Uhr aufstehen muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Heike Habermann und Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, warum habe ich gerade diese Berufsgruppen exemplarisch genannt? Die Antwort ist: Für diese Berufsgruppen existieren von den Tarifpartnern ausgehandelte Mindestlöhne, die nach dem Entsendegesetz für alle Arbeitnehmer der genannten Branchen gelten.

Herr Schäfer-Gümbel, deshalb geht Ihr Beitrag völlig ins Leere, wenn Sie diese Debatte mit der Forderung nach Mindestlöhnen verbinden und meinen, damit das Problem lösen zu können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir können den Menschen diesen Sachverhalt nur erklären, insbesondere den Arbeitnehmern mit einem niedrigen Einkommen, wenn wir ihnen sagen, dass die meisten Hartz-IV-Empfänger eben keine Faulenzer sind, wenn wir alle Anstrengungen unternehmen, damit der Bezug von ALG II ein möglichst kurzer und rasch vorübergehender Zustand ist, und wenn wir die Gesamtausgaben nicht aus den Augen verlieren.

Deswegen sind wir dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er diese Diskussion öffentlich angestoßen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

An dieser Stelle ist es nicht nur erlaubt, sondern auch notwendig, zu fragen, ob die Sanktionen, die gemäß § 31 SGB II verhängt werden, ausreichend wirksam sind.

Nach Angaben eines BA-Sprechers betrug der Anteil der ausgesprochenen Sanktionen 2,9 % im Jahr 2008, 2,7 % im Jahr 2007 und 1,9 % im Jahr 2006. Da stellt sich schon die Frage: Werden hiermit alle sanktionswürdigen Tatbestände erfasst? Ich frage das völlig leidenschaftslos.

Warum ist der Anteil der Sanktionen regional so unterschiedlich? In Bayern beträgt er 4,5 %, in Sachsen 2 %. Bezogen auf Landkreise sind es im Unterallgäu 8 %, in Ostvorpommern 1 % im Jahr 2007; im Jahr 2008 hatte ein Kreis in Thüringen 0,6 %, in Baden-Württemberg ein Kreis 6,6 % Sanktionen der BA gemeldet.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sind die Menschen unterschiedlich ehrlich, oder woher kommt das?

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihrer Logik schon!)

Führt der nicht unbedeutende Anteil an Sanktionen, die im Widerspruchs- oder Klageverfahren zurückgenommen werden, am Ende dazu, dass Sanktionen gar nicht ausgesprochen werden? Müssen die §§ 30 ff. SGB II gegebenenfalls klarer gefasst werden?

Im Jahr 2008 wurden 789.000 Sanktionen ausgesprochen, Mehrfachsanktionen sind auch mehrfach erfasst. Der Anteil der unter 25-Jährigen mit 256.000 ist daran relativ hoch. Bei unter 25-Jährigen war der Anteil 9,5 %, bei über 25-Jährigen 2,3 %.

Die Quoten unterscheiden sich nach Regionen und Altersgruppen, und das kann unterschiedliche Ursachen haben. Sie können die Sachdebatte haben: Treten Sanktionstatbestände häufiger auf? Werden sie häufiger überprüft? Oder sind die Angebote an Förderungs- und Arbeitsvermittlung unterschiedlich oder defizitär? Das muss geklärt werden, Schwachstellen müssen beseitigt werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Bei 57 % der Sanktionen war das Nichterscheinen zum vereinbarten Termin der Anlass, bei 17 % die Weigerung, eine Mitwirkungserklärung für Förderungsmaßnahmen zu unterzeichnen, bei 20 % die Ablehnung, eine angebotene Arbeit anzunehmen.

Zumindest die ersten beiden Tatbestände sind eine derartige Provokation, dass sich die Frage stellt, ob Kürzungen von 10 % beim ersten Mal hier ausreichend abschrecken.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Neben dem Thema effektive Sanktionen sind weitere Diskussionsfelder zu nennen, die zumindest ebenso wichtig sind: Sind die Regelungen zur Anrechnung von Zuverdiensten in der Praxis geeignet, den Betroffenen zu motivieren, zunächst einen höheren Zuverdienst anzustreben, um dann – vielleicht am selben Arbeitsplatz – einen Vollzeitjob anzustreben und damit das Hartz-IV-System zu verlassen?

Die ersten 100 € sind anrechnungsfrei, von 101 € bis 800 € dürfen nur 20 %, von 801 € bis 1.200 € nur 10 % behalten werden. Ist das ein ausreichender Anreiz?

Weitere Frage: Können von den Kommunen mehr Jobs für gemeinnützige Arbeit zur Verfügung gestellt werden? Übrigens wurden sie vor fünf Jahren in Frankfurt vom damaligen Dezernenten, einem Sozialdemokraten, als „Frankfurt-Jobs“ bezeichnet, um die Identifikation der Bürger mit der Gemeinschaft zu fördern.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Eine weitere Frage: Können die Sofortangebote zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erweitert werden? Bei Besuchen in Jobcentern sind wir immer wieder beeindruckt, wenn noch am Tag der Antragstellung etwas geschieht: Hilfe bei der Bewerbung, Kontakt mit einem möglichen Arbeitgeber, Terminvereinbarung zur Probearbeit. Das steigert die Vermittlungsquote. Ein kleiner Teil zieht den Antrag wegen der sofortigen Mitwirkungspflicht sofort wieder zurück.

Hier sind die Optionskommunen besonders leistungsfähig. Daher der Einsatz besonders unserer Landesregierung und unseres Ministerpräsidenten, die Zahl der Optionskommunen deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Spätestens an dieser Stelle sollten wir doch alle froh sein, dass wir eine Landesregierung mit einem Ministerpräsidenten haben, der auch in Berlin kompetent, kämpferisch und zuweilen hartnäckig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unter den 6,6 Millionen ALG-II-Beziehern sind 600.000 Alleinerziehende. Es ist eine vordringliche Aufgabe, für diese Menschen bevorzugt einen Kindergartenplatz bereitzustellen, damit die Arbeitsvermittlung nicht an diesem Punkt scheitert.

(Zurufe von der SPD)

Von den 6,6 Millionen Betroffenen nehmen 1,5 Millionen an Förderungsmaßnahmen teil, 1,4 Millionen haben eine Vollzeitfähigkeit und sind sogenannte Aufstocker.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Decker (SPD))

Ein weiterer Teil steht wegen Krankheit oder Kinderbetreuung vorübergehend nicht zur Verfügung.

Das heißt aber auch: Für viele, mindestens 2 Millionen, ist das Prinzip „Fördern und Fordern“ noch nicht wirklich Realität – wohlgemerkt: ohne jegliche Schuldzuschreibung. Daran aber müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, als letzter Punkt stellt sich schon die grundsätzliche Frage: Besteht noch ein Konsens unter den Parteien? Die Linkspartei nehme ich jetzt einmal aus,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

weil sie als Anti-Hartz-ein-Punkt-Partei entstanden ist und sich dann in die PDS eingegliedert hat. Aber für die anderen Parteien: Besteht noch ein Konsens zum Prinzip „Fördern und Fordern“?

Diese Frage muss insbesondere die SPD beantworten. So war die Juso-Vorsitzende Mitinitiatorin des Hartz-IV-Sanktionsmoratoriums im August 2009.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da war Heiner Geißler aber auch dabei!)

– Ja, Herr Geißler ist aber nicht die Zukunft der CDU.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Heike Habermann (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Günter Rudolph (SPD): Das hat Heiner Geißler aber nicht verdient!)

Frau Drohsel äußerte kategorisch: „Sanktionen sind kein akzeptables Mittel.“ Wichtiger sind aber die jüngsten Beschlüsse der SPD zu dieser Thematik, die die „Frankfurter Rundschau online“ betitelte mit: „SPD rückt von Hartz-IV-Reform ab“. Das sagt die „Frankfurter Rundschau“, nicht die CDU.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Endlich!)

Sie sagen: Wir wollen staatliche Arbeitsplätze, garantierte Arbeit. – Das ist etwas völlig anderes, als einst Herr Schröder gefordert hat.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Bartelt, bitte zum Schluss kommen.

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Wir wollen die Akzeptanz der Sozialsysteme nachhaltig sichern.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, das merken wir! – Janine Wissler (DIE LINKE): Sie wollen nachhaltig Schaden anrichten!)

Wir bedanken uns bei dem Ministerpräsidenten, diese Diskussion in der Sache angeregt zu haben. Wir werden die Herausforderung annehmen, damit Hessen nach Überwindung dieser Krise durch effektive Sozialpolitik besser dasteht als heute. – Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das war alles? – Günter Rudolph (SPD): Da ist nichts dahinter!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Herrn Bocklet das Wort erteilen.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, von der LINKEN, von der FDP und auch meine Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir können letztlich nur darüber spekulieren, was Herr Koch dazu trieb, andere Instrumente zur Arbeitsaufnahme einführen zu wollen. Wir können nur darüber spekulieren, welche Elemente der Abschreckung er meint, und wir können auch nur über die Absicht hinter der Aussage spekulieren, es gäbe so viele Menschen, die das System ausnützen und sich in ihm eingerichtet haben, und es gäbe sogar eine sichtbare Minderheit, die dieses System brutalstmöglich ausnutze.

Wir können darüber spekulieren, warum er das tut. – Gibt es schon wieder ein Problem in der CDU? Ist es so, wie es Herr Kollege Schäfer-Gümbel angesprochen hat, dass wieder eine populistische Sau durchs Dorf getrieben werden muss, weil es in der eigenen Partei rumort, weil der rechte Flügel um Christean Wagner gepampert werden muss, nachdem er von Frau Merkel getunkt worden ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Geht es darum, dass der Bedeutungsverlust auf Bundesebene an ihm nagt, dass die schnelle Schlagzeile sozusagen wichtig war, um wieder vorzukommen? Man nennt das eine Übersprungshandlung im gemeinen Sinne. Wir bedauern dies sehr und würden uns wünschen, dass wir uns der Sache tatsächlich widmen könnten.

Herr Ministerpräsident, aber eines ist klar: Wer durch solche Überschriften – gewollt oder ungewollt und zum Schluss auch ganz gezielt – eine Kampagne lostritt, die auf die sozialstaatlichen Prinzipien dieses Landes zielt und das Solidaritätsprinzip untergräbt, muss wissen, dass das ein gefährliches Spiel ist. Wir haben Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise. Wer 3,4 Millionen Arbeitslose so unter Generalverdacht stellt, spielt mit dem Feuer. Wir verurteilen das entschieden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es um die Sache geht, bemühen wir uns um Menschen, die nicht unserer Partei angehören. Frau von der Leyen sagt, wenn jemand arbeiten wolle, dann hätten wir ein Problem, denn es fehle an Kinderbetreuungsplätzen, Schul- oder Berufsausbildungen. Das Problem lösten wir nicht, indem wir sie beschimpfen, sondern indem wir ihnen gezielt helfen. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen sagt zu Recht: Ich weiß nicht, wie man da weiterkommen will. Wenn keine Arbeitsplätze da sind – und wir haben ja Probleme auf dem Arbeitsmarkt angesichts der Krise – nützt eine gesetzliche Pflicht überhaupt nichts. Was wir brauchen, sind entsprechende Fördermaßnahmen, damit die Leute wieder eine Stelle finden. – Beide Personen sind in der CDU, und wir sagen ausdrücklich: Recht haben sie. Man muss aufhören mit dem Beschimpfen, helfen ist angesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber lassen Sie uns versuchen, in der Sache zu argumentieren. Ich will auch noch einmal begründen, warum wir das tun sollten: weil wir sicher sind, dass es nicht nur Frau von der Leyen und Herr Rüttgers sind, sondern dass es viele Menschen gibt, die die CDU wählen und sich mit Grausen von diesem Kurs abwenden.

Schauen wir uns also bitte genau an, was der seit zehn Jahren regierende Ministerpräsident im Zusammenhang mit den Reformen des Arbeitsmarktes eigentlich macht. – Da geht es um Sanktionen. Wer sich ein bisschen auskennt, und das unterstelle ich Ihnen, weiß, dass es schon heute – selbst Herr Dr. Bartelt bestätigt das – in einem abgestuften System Sanktionen gibt. Wenn ich keine zumutbare Arbeit annehme oder eine Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreibe, werden mir die Gelder gekürzt. Das ist heute schon Fakt. Ich frage Sie also: Was wollen Sie verschärfen? Wollen Sie verschärfen, dass auch Kranke arbeiten gehen müssen, auch Behinderte, auch alte Men-

schen? Diese Sanktionen sind unwürdig. Diese Sanktionen wollen wir nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie sprechen von mehr gemeinnütziger Arbeit. Schauen Sie sich die Situation in Ihrem Land an, die Ein-Euro-Jobs im Lande Hessen: Es gibt zu wenige. Die Menschen wollen diese Ein-Euro-Jobs annehmen, im Gegensatz zu den Vorurteilen, die man ursprünglich hatte. Sie können zum einen mehr Ein-Euro-Jobs schaffen, dann legen Sie sich aber mit dem Handwerk an. Das ist das eine Problem. Sie können zum anderen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen, den sozialen Arbeitsmarkt, den wir GRÜNE schon seit zwei Jahren fordern. Doch wer lehnt diesen im Lande Hessen ab? – Das ist die CDU. Deswegen ist Ihre eigene Forderung nach mehr gemeinnütziger Beschäftigung schon längst gefloppt. Herr Koch, Sie hätten es tun können. In Ihrem eigenen Land, in Ihrem eigenen Stall räumen Sie nicht auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können den Murks weitermachen – im Land der Optionskommunen. Hessen ist das Musterland der Optionskommunen. Schauen wir uns also an, wie das Land Hessen eigentlich bei den Eingliederungsquoten aufgestellt ist. Eingliederungsquoten sind die Quoten derer, die tatsächlich in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Das sind Ihre Jobcenter, die des Bundeslandes, das Sie regieren. Dort liegen Sie mit 26,7 % auf einem mittelmäßigen achten Platz.

Oder bei der Aktivierungsquote liegt es mit 21,8 % lediglich auf dem zwölften Platz, unser wunderschönes Bundesland Hessen, geführt von Roland Koch. Daher fragen wir: Was macht eigentlich Herr Banzer? Was hat eigentlich Frau Lautenschläger gemacht? – Ich dachte, wir wären in der Bundesrepublik das Land Nummer eins. Wir liegen auf einem mittelmäßigen, schlechten Platz. Wo wird den arbeitslosen Menschen in diesem Land denn geholfen? Sie regieren es, und daher ist es unwürdig, so zu argumentieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

40 % aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind alleinerziehend. Was diesen fehlt, sind Kinderbetreuungsplätze. Welche Quote haben wir denn in Hessen? – 19,6 % für unter Dreijährige. Es wären 35 % nötig. Herr Koch, Sie regieren dieses Land. Herr Koch, wo sind die Ausbaupläne? Wo sind endlich die Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen? Wo sind die Mittel für die Kommunen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich habe kein Problem damit, wenn Kritik geübt wird, wenn die Rahmenbedingungen stimmen würden. Sie schaffen die Rahmenbedingungen aber selbst nicht, heizen dann aber. Das ist eines Ministerpräsidenten unwürdig. Es tut mir leid.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Auch beim Lohnabstandsgebot sagen wir GRÜNE schon lange: Richtig, wir haben in der Bundesrepublik 1 Million Aufstocker. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich der Sache widmen wollen, werden Sie feststellen, dass 29,5 % von diesen Aufstockern einen Bruttoarbeitslohn von unter 5 € die Stunde verdienen – etwa ein Drittel. Daher ist

es doch völlig irrwitzig, zu sagen: Wir müssen an die Leistungen für die Arbeitslosen ran. – Das Brot kostet, was es kostet, ebenso das Wasser, die Heizung usw. Deswegen gibt es die genau und spitz berechneten – wwie wir finden, zu geringen – Leistungsentgelte für die ALG-II-Empfänger. Diese Spirale aber nach unten zu drehen, ist geradezu pervers. Wir brauchen – und das ist einer der Fehler, den wir noch ausbessern müssen – in der Bundesrepublik Mindestlöhne, damit wir das Lohnabstandsgebot nach oben bekommen. Die Menschen müssen ihre Existenz noch selbst sichern können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich brauche nicht hinzuzufügen, dass Sie bei den Mindestlöhnen eine sehr unrühmliche Rolle gespielt haben. Sie halten sie für Teufelswerk, aber es ist die einzige Möglichkeit, um nicht flächendeckend Unternehmen zu subventionieren, die Lohndumping betreiben.

Deswegen komme ich zu dem Schluss: mäßige Vermittlungsquoten in Hessen, keine Ausschöpfung der Eingliederungsmittel. Wir haben schon oft darüber geredet, dass in Hessen 300 Millionen € zur Verfügung stehen, aber nur 230 Millionen € ausgegeben werden. 70 Millionen € werden zurückgegeben, obwohl sie den Arbeitslosen zur Verfügung stünden, um sich zu qualifizieren. Sie geben 70 Millionen € zurück und helfen damit den Menschen in Hessen nicht. Helfen Sie den Menschen, in Arbeit und Qualifikation zu kommen, statt sie zu beschimpfen. Das ist weiterhin nicht zu ertragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mäßige Vermittlungsquoten, keine Ausschöpfung der Eingliederungsmittel, die Weigerung, Mindestlöhne einzuführen, schlechter Ausbau der Kinderbetreuung. Selbst bei den Zuverdienstmöglichkeiten haben Sie sich in den Verhandlungen im Jahre 2003 das Problem selbst ans Bein gebunden. Sie wollten doch überhaupt keine Zuverdienstmöglichkeiten bis zu einer Höhe von 400 €. Wir haben Ihren Vorschlag im EGG doch nachgelesen. Das heißt, Sie wollten doch selbst keine Hinzuverdienstmöglichkeiten. Selbst produzierte Probleme haben in Hessen zu schlechten Ergebnissen geführt.

Herr Koch, tun Sie doch etwas, damit Menschen aus dem ALG II herauskommen. Man hat Sie gewählt, damit Sie regieren und den Menschen helfen und nicht, um in diesem Land generalisierende Beschimpfungsdebatten zu führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich wiederhole es: Ihre Forderung nach schärferen Regeln – man mag das bedauern oder nicht – ist seit 2005 schon erfüllt worden, bei der damaligen Einführung der Hartz-IV-Gesetze. Das politische Verfallsdatum dieser Forderung ist abgelaufen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Bocklet, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das politische Verfallsdatum dieser Forderung ist abgelaufen. Wir können uns den Kommentar nicht ersparen, dass ganz offensichtlich auch das politische Verfallsdatum dieser Regierung abgelaufen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Bocklet, vielen Dank. – Ich darf Herrn Rock für die FDP-Fraktion an das Mikrofon bitten.

### René Rock (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie in jeder Plenarrunde diskutieren wir wieder einmal über das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, kurz Hartz IV genannt. Als ich die Medienberichterstattung verfolgt habe, war mir relativ schnell klar, nachdem das Wort Arbeitspflicht im Umlauf war, ein Sturm durch den Medienschwungel gegangen war, „Koch fordert Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger“ und die Reaktionen von SPD, GRÜNEN und LINKE zu lesen waren, dass wir uns hier und heute damit beschäftigen müssen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Westerwelle, Angela Merkel, Ursula von der Leyen hat er vergessen!)

Darum habe ich mich gefragt: Was ist das Problem bei der Arbeitspflicht?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dass das Grundgesetz das verbietet, vielleicht!)

Wenn Sie ins SGB II schauen – ich bin mir eigentlich sicher, dass das die Fachpolitiker, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, wissen –, können Sie nachlesen: Es gibt eine Arbeitspflicht. Ein Hilfebezieher muss alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit nutzen. Er muss grundsätzlich jede Arbeit annehmen, die nicht sittenwidrig ist. Das können Sie im SGB II nachsehen. Es gibt eine Pflicht zum Arbeiten.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Eben!)

Darum verstehe ich die ganze Aufregung an der Stelle nicht.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin mir sicher, dass Roland Koch auch nie gesagt hätte, er fordere die Arbeitspflicht, weil er mit Sicherheit weiß, dass es die bereits im Gesetz gibt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum sagt er es dann? – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Wenn Herr Schäfer-Gümbel den Artikel ansatzweise gelesen hat, hat er festgestellt: Herr Koch hat das Wort Arbeitspflicht nie benutzt. Er hat es auch nie so gesagt, sondern das ist in die Überschrift gekommen, wie auch immer.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das steht im Sozialhilferecht schon seit 20 Jahren! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich muss feststellen, dass viele gesagt haben: Das ist doch wieder der Koch, der die Stammtische zum Ziel hat.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

– Das ist Ihre Sicht der Dinge.

Als ich mich auf die Rede vorbereitet habe, habe ich mir gedacht: Na ja, dann schau ich einmal, in welcher „Bild“-Zeitung er das alles gesagt hat. – Aber er hat dazu eine Erklärung in der „Wirtschaftswoche“ abgegeben.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann sagen Sie: Okay, das war alles geplant. Das hat er der „Wirtschaftswoche“ gesagt, mit dem sicheren Wissen, dass das irgendwann in der „Bild“-Zeitung landet. Das ist wieder der Roland Koch, der sich eigentlich nur mit einem schwierigen Thema in die Medien schummeln will.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Günter Rudolph (SPD): Jetzt haben Sie es erkannt! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt kommen wir doch einmal zum Kern der Sache. Worum ging es denn zentral in dem Artikel?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist fast schon eine eigenständige Haltung, Herr Rock!)

Herr Koch wurde in der „Wirtschaftswoche“ gefragt: „Eine vierköpfige Familie mit 3.000 € brutto hat netto nicht mehr als eine vierköpfige Hartz-IV-Familie. Wieso redet niemand über das Lohnabstandsgebot?“ Das wurde er gefragt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Existenzminimum!)

Darauf hat er geantwortet: „Das Lohnabstandsgebot kann nicht befriedigend erfüllt werden.“ Das haben wir heute schon einmal gehört. Deswegen will ich es nicht ganz vorlesen. „Das Verfassungsgericht schützt – entsprechend dem Sozialstaatsgebot – den Menschen in Not ...“ Herr Schäfer-Gümbel hat den Passus hier heute schon einmal vorgetragen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Dann kommt Roland Koch zu der Erkenntnis: „Deshalb müssen wir Instrumente einsetzen, damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht“, weil eben das Lohnabstandsgebot so nicht zu erfüllen ist. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was heißt das denn jetzt übersetzt? – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Jetzt hör doch erst einmal zu!)

– Ich sage Ihnen, was das übersetzt heißt, was das Resultat ist, wenn man darüber nachdenkt: dass es im SGB II eben nicht nur heißt: „fordern“, sondern dass es auch heißt: „fordern“.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Florian Rentsch (FDP): So, wie es Gerhard Schröder wollte!)

Dass Sie von SPD und GRÜNEN, zumindest hier im Hessischen Landtag mit dem Thema „fordern“ ein ganz, ganz großes Problem haben, das haben wir vor drei Sitzungen hier schon einmal diskutiert, als Sie die komplette Aussetzung der Sanktionen gefordert haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer?)

– Sie haben das in einem Antrag gefordert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Das waren wir!)

– Wenn Sie das schon nicht mehr wissen, dann tut mir das leid.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Frei von jeder Sachkenntnis! – Janine Wissler (DIE LINKE): Das waren wir, Herr Rock!)

Die ganze Aufregung über die Arbeitspflicht ist doch eigentlich in diesem kurzen Satz: „fordern und fördern“ aufgelöst. Uns ist klar geworden, dass wir nur mit Fördern nicht zum Ziel kommen, sondern dass wir auch fordern müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Kollegen von der SPD, zumindest in Berlin scheinen Sie der Meinung gewesen zu sein, dass das Instrumentarium der Sanktionen nicht ausreicht. Sie haben Hartz IV reformiert. Dann ist im Januar 2007 etwas in Kraft getreten. Das werden Sie wissen, Herr Schäfer-Gümbel, wenn Sie von Sachkenntnis reden. Da haben Sie nämlich festgelegt: Bei wiederholten Verstößen reduziert sich nicht nur das Arbeitslosengeld II um 100 %, sondern auch der Ersatz der Kosten für Unterkunft und Heizung. Dann gibt es gar nichts mehr.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist wirklich frei von Sachkenntnis! – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Liebe Kollegen von der SPD, weniger als nichts gibt es nicht. Da kann Sie auch Roland Koch nicht übertreffen.

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben hier das Thema Alleinerziehende angesprochen. Sie haben gesagt: Ja, da kommt der Koch vielleicht womöglich wieder.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wenn Sie den Artikel vollständig gelesen hätten – das würde ich Ihnen jetzt dringend raten –, hätten Sie festgestellt, dass Roland Koch da auch etwas zu den Alleinerziehenden gesagt hat.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich weiß! Aber er sagt viel, wenn der Tag lang ist!)

Sie müssten eigentlich festgestellt haben, dass das nicht in die Richtung ging, die Sie hier eben in den Raum gestellt haben. Aber gut, ich möchte an der Stelle versuchen, das, was Roland Koch hier als Lösung in die Diskussion gebracht hat, was aus meiner Sicht nicht wirklich neu ist, zu beleuchten. Ich komme also wieder zu dem Thema: Mit welchem zentralen Argument oder Instrument will Ministerpräsident Roland Koch Hartz IV reformieren und voranbringen? Er benennt es auf Nachfrage der „Wirtschaftswoche“. Die „Wirtschaftswoche“ fragt: „Wie soll das gehen?“ Darauf sagt Roland Koch: „Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, ...“ Dann kommt er zur öffentlichen Beschäftigung. Da könnte man z. B. sagen: durch die Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes mit längerfristig öffentlich geförderter Beschäftigung. Das könnte man sagen. Roland Koch sagt hier: „im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung“.

Herr Bocklet kommt gerade nach vorne. Dann kann er auch noch etwas dazu sagen.

Wenn ich mir Punkt 4 c des Antrags der GRÜNEN, Drucks. 18/1795, anschau, dann lese ich dort den Satz, den ich gerade genannt habe: „die Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes mit längerfristig öffentlich geförderter Beschäftigung“. Das hat Herr Al-Wazir unterschrieben. Das ist genau das, was Roland Koch gesagt hat: Er möchte mehr öffentliche Beschäftigung. – Das ist genau der Lösungsansatz, den Herr Bocklet und Herr Al-Wazir in ihrem GRÜNEN-Antrag als Vorschlag bringen. Wo ist denn eigentlich Ihr inhaltlicher Unterschied an der Stelle?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie können es nachlesen. Ich habe Ihnen die Stelle genannt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): 100.000 Arbeitsplätze, das wäre es! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben die Überlegung, einen öffentlichen Arbeitsmarkt zu etablieren, um die Leute in Arbeit zu bringen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Rock, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Spies?

(René Rock (FDP): Ja, bitte! – Florian Rentsch (FDP): Sachliche Frage!)

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Kollege Rock, nur damit wir uns korrekt verstehen: Sie meinen mit einem solchen öffentlichen Arbeitsmarkt, und Sie unterstellen das auch dem Ministerpräsidenten, dass er sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene, existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse meint, oder meint er Arbeiten für ein Einkommen von Hartz IV? Denn genau das ist die strittige Frage, Herr Rock,

(Leif Blum (FDP): Kurzintervention!)

ob Leute für nichts arbeiten sollen oder ob Leute in Arbeit gebracht werden – –

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Spies, die Frage. Sie hatten sich zu einer Frage gemeldet.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Die Frage war präzise formuliert.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

– Sie können das gerne im Protokoll nachlesen. Die Frage war: Meinen Sie mit öffentlicher Beschäftigung, wie Sie es eben gesagt haben,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Unruhe)

sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene, existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse, oder meinen Sie Arbeiten für ein Einkommen, das Hartz IV bedeutet?

**René Rock (FDP):**

Herr Spies, ich kann Ihnen das nur bedingt beantworten, weil ich nicht Roland Koch bin. Ich kann nur darauf hinweisen, was im Antrag der GRÜNEN steht.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kochversteh! – Unruhe)

– Sie haben mir doch eine Frage gestellt. Jetzt lassen Sie mich doch auch einmal ausreden. – Herr Spies, ich kann Ihnen nur sagen, was in dem Antrag der GRÜNEN steht. Das könnten Sie nachlesen. Darin steht nämlich, dass sozusagen die Aufwendungen für die Arbeitslosigkeit umgewandelt werden sollen.

Bei Herrn Koch kann ich das nicht sagen. Da müssen Sie etwas warten. Er wird hierzu sicherlich noch etwas sagen. Ich kann es an der Stelle nicht sagen.

Jetzt sage ich Ihnen, was ich vom öffentlichen Beschäftigungssektor halte. Das ist interessanter; denn dazu kann ich eine Aussage machen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Aus meiner Sicht kann das nie das richtige Instrument sein. Denn wir haben 2,2 Millionen Langzeitarbeitslose im Jahr 2009 über eine Distanz gehabt, und wir kennen die Erfahrungen mit den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen. Diese werden vor allem wegen des Verdachts auf Vernichtung regulärer Arbeitsverhältnisse kritisiert und als Ein-Euro-Jobs gebrandmarkt, weil die Gemeinnützigkeit und die Zusätzlichkeit der geschaffenen Stellen nicht ausreichend kontrolliert wird oder kontrolliert werden kann. Darüber können Sie mit jeder IHK oder mit den Handwerkern reden. Sie können sich mit jedem auseinandersetzen. Die Gefahr bei solchen Ideen ist immer, dass sie sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse kaputt machen.

(Beifall bei der FDP)

Daher haben wir und auch ich persönlich mit dieser Sache ein großes Problem.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Sie müssen zum Schluss kommen.

**René Rock (FDP):**

Ich darf es kurz zusammenfassen: Wenn Oppositionsführer Al-Wazir und Ministerpräsident Koch hier konsequent wären, müssten wir zwei Millionen Stellen in einer solchen Beschäftigungsgesellschaft begründen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): 240.000 reichen!)

Wir brauchen keinen Streit um des Streites willen, sondern wir brauchen eine Reform. Darum ist die Debatte, die Roland Koch angestoßen hat, absolut richtig. Wir brauchen keine platte Polemik, sondern wir brauchen vernünftige Lösungen. – Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Rock, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Bocklet gemeldet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen von der FDP! Herr Rock, Sie sprachen uns direkt an. Machen Sie es doch so wie der Kollege Generalsekretär Lindner, der zu Recht sagt: Ich glaube nicht, dass die bisherigen Äußerungen uns in der Sache weiterbringen. – Johannes Vogel, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, sagt, der Hessische Ministerpräsident liege um Jahre zurück. Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen habe man schon lange beendet, und die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten verhinderten bereits die Probleme, die er beschreibe.

Die FDP ist noch ein bisschen beim Selbstfindungsprozess. Wir wollen Sie dabei gerne begleiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Florian Rentsch (FDP): Da brauchen Sie aber einen langen Atem!)

Meine sehr verehrten Herren, wenn Sie die Welt nicht nur aus der Perspektive der Windschutzscheibe eines Porsches sehen würden,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

dann wüssten Sie auch, dass es andere Probleme gibt. Die des sozialen Arbeitsmarktes haben wir am 27. Februar 2007 angesprochen. Seit dem 27. Februar 2007 liegt unser Antrag zum sozialen Arbeitsmarkt vor. Wir haben dazu dezidiert Stellung genommen. Herr Rock, vielleicht machen Sie sich die Mühe, und lesen Sie das nach. Es geht um die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch die Entgeltvariante. Haben Sie davon schon einmal gehört? Nein.

(Florian Rentsch (FDP): Er hat es gelesen, war aber nicht begeistert!)

Aber das ist nicht so schlimm. Wir helfen gerne. Betreuen wollen wir, und fördern wollen wir auch. Das gilt auch für die FDP. Deswegen sehen Sie uns da unterstützend an Ihrer Seite. Ich selbst bin Sozialarbeiter, meine Telefonnummer haben Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mich interessiert: Sie wollen Sanktionen verschärfen. Oder wollen Sie es nicht? Ich weiß es nicht. Aber wenn Sie es wollen, dann beschreiben Sie doch in Ihrer Antwort, Herr Rock, was Sie verschärfen wollen, wie Sie es verschärfen wollen. Wollen Sie den Menschen wie in Wisconsin nur fünf Jahre lang Sozialhilfe geben und sie dann komplett auf null stellen? Was wollen Sie verschärfen? Das ist reine heiße Luft. Bei uns in der Toilette gibt es einen Heißluftfön. Darüber steht: Es spricht René Rock. – Es kommt nichts Substantielles heraus.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Bocklet, die zwei Minuten sind herum.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Ende. – Wenn Sie etwas Substantielles tun wollen: Stimmen Sie gegen die Vorschläge der Bundesregierung bei der Zerschlagung der Jobcenter in

Hessen; denn die würden zu einer weiteren Verschlechterung für die Arbeitslosen in Hessen führen. Es liegt ein Regierungsentwurf vor. Herr Koch, Herr Rock, stimmen Sie im Bundesrat gegen den Entwurf von Frau von der Leyen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Rock, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Ebenfalls zwei Minuten.

**René Rock (FDP):**

Herr Präsident! Herr Bocklet, ich frage mich, ob Sie mir überhaupt zugehört haben, als ich zu Sanktionen gesprochen habe.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Er hört auch jetzt nicht zu!)

– Genau, er hört auch jetzt nicht zu.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich höre immer zu!)

Jemand, der sich hierhin stellt und mit solcher Polemik argumentiert, hat überhaupt nicht mehr das Recht, hier von sachlicher Politik zu sprechen, Herr Bocklet.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vielleicht sind Sie in Ihrem Redegeschick so untalentierte, dass Sie es nicht schaffen, nachdem Sie sich gemeldet haben, Ihre Rede noch zu verändern. Sie haben meinen letzten Satz nicht gehört. Ich habe in meinem letzten Satz gesagt: Wir brauchen keine platte Polemik, sondern kluge Lösungen. – Ihr Beitrag war nur platte Polemik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Rock. – Wir fahren in der Rednerliste fort. Frau Kollegin Schott erhält das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rock, ich finde es schon spannend, wenn Sie anfangen, darüber zu spekulieren, was Herr Koch gemeint haben könnte, und zu interpretieren. Ich dachte eigentlich, Sie reden miteinander. Vielleicht ist das doch nicht so.

Wenn Sie denn spekulieren, dann füge ich einfach eine Spekulation hinzu: Vielleicht meinte Herr Koch das auch im Sinne von Herrn Sinn, dass es völlig abgeschafft wird, dass Menschen überhaupt keine Grundsicherung kriegen und arbeiten gehen müssen und dabei über die öffentliche Hand auch noch verliehen werden können. Meinte er vielleicht das? Vielleicht kriegen wir eine Antwort, was er meinte.

(Leif Blum (FDP): Ihre Wahlkreismitarbeiter waren alle abgesichert!)

Denn im Grunde spricht er von einer Arbeitspflicht und davon, dass der Druck auf die Erwerbslosen erhöht werden müsse. Das Ganze setzen Sie trotz des Gegenwindes fort, Herr Koch, und nennen es pervers, dass der Einkommensabstand zwischen Hilfebeziehern und Erwerbstätigen so gering ist.

(Die Rednerin muss sich räuspern. – Ministerpräsident Roland Koch: Das hat Ihnen wohl die Sprache verschlagen?)

– Diese Debatte kann einem die Sprache verschlagen. – Es erscheint Ihnen nicht pervers, dass immer mehr Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihrem Einkommen leben können. Herr Koch, aber genau das ist pervers.

Herr Bartelt, wenn Sie an der Stelle davon sprechen, dass das Mittel der Sanktionen mehr benutzt werden müsse, dann sage ich Ihnen: Zu den Sanktionen, die ausgesprochen worden sind, gab es in etwa 10 % Widersprüche – eine grobe Zahl –, und von diesen 10 % war die Hälfte erfolgreich. Das heißt, die Sanktionen, die ausgesprochen werden, werden häufig zu Unrecht ausgesprochen. Wir müssen dieses Mittel also nicht verstärkt einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will es hier in aller Deutlichkeit sagen, auch wenn es heikel ist. Die Forderung nach einer Arbeitspflicht hat gerade in Deutschland vor dem Hintergrund der Geschichte, in der es einen Reichsarbeitsdienst gegeben hat, unangenehme Assoziationen. Ich finde, es ist einer modernen Gesellschaft nicht würdig, in einem Land, das so reich ist wie dieses, über derartige Dinge zu debattieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen hat Deutschland 1956 das Übereinkommen der ILO ratifiziert. Darin heißt es:

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, den Gebrauch der Zwangs- oder Pflichtarbeit in all ihren Formen möglichst bald zu beseitigen.

Ich glaube, wir sind hier auf einem Rückwärtsweg. – Noch darüber steht das Grundgesetz mit Art. 12. Ich gehe einfach davon aus, dass Sie den kennen und ich ihn nicht zitieren muss.

Herr Koch, die Forderung, die Sie aufstellen, grenzt an Rechtsbruch. Aber Sie sind offensichtlich so rückwärtsgewandt, dass Sie hinter all diese Vereinbarungen zurück wollen. Dass sie bindend sind, interessiert Sie wohl nicht. Das Ergebnis einer Studie von Max Kern, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung entstanden ist, lautet:

Die Heranziehung zu Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante ... führt ... [häufig] zu einem Verstoß gegen das ... Übereinkommen ...

Sie wollen Instrumente einsetzen, „damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht“. Da bleibt mir nur übrig, festzustellen, dass Sie in Sphären leben – da kann ich dem Bild mit dem Blick durch die Windschutzscheibe durchaus zustimmen –, die sich so weit von den Alltagserfahrungen der Menschen auch in Hessen entfernt haben, dass Sie als Ministerpräsident fehl am Platze sind.

(Beifall bei der LINKEN – Ministerpräsident Roland Koch: Der Meinung waren Sie doch schon vorher!)

– Ja, der Meinung war ich schon vorher, aber Sie bestätigen sie immer wieder. – Glauben Sie ernsthaft, die Menschen, die an den Tafeln Schlange stehen, die in den Suppenküchen zum Essen gehen, die für 3,50 € arbeiten und ergänzende Leistungen beziehen, betrachten Hartz IV als angenehme Variante? Glauben Sie das ernsthaft?

Offensichtlich nehmen Sie die Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung noch nicht einmal wahr, wonach von den jungen Arbeitslosen 90 % sofort eine Arbeit aufnehmen würden, wenn ihnen eine Stelle angeboten würde. Statt Erwerbslose zu diffamieren, sollten Sie Stellen für diese 90 % schaffen. Alleine in Hessen fehlen rechnerisch rund 170.000 Stellen.

Herr Koch, Sie treiben einen gefährlichen Spaltpilz in die Gesellschaft und verletzen die Würde der Betroffenen aufs Tiefste.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wieder einmal!)

Auch wenn einige in diesem Hause wieder der Meinung sein werden, ich moralisiere: Ein wenig Moral schadet der Politik nicht. Es stünde Ihnen gut an, sich zu entschuldigen. Wenn Sie jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, im Zweifel auch einer niederwertigen Arbeit in einem Zweig öffentlicher Beschäftigung, dann heißt das nichts anderes, als dass der Ministerpräsident in Hessen seine Linie der „Operation düstere Zukunft“ fortsetzen will. Sie haben dabei rund 10.000 Arbeitsplätze verloren. Die Arbeit bleibt liegen oder wird jetzt von Ein-Euro-Jobbern gemacht. Das ist, als würde man die Bezahlung eines großen Teils der öffentlich Beschäftigten abschaffen. Wieso einen Friedhofsgärtner bezahlen, einen Bademeister, eine Gemeindefschwester, wenn das doch die Arbeitslosen erledigen können?

Richtig wäre an dieser Stelle, den Sektor der öffentlichen Beschäftigung auszuweiten, statt ihn ständig weiter zurückzufahren. Würden wir uns schwedischen oder finnischen Verhältnissen annähern, also eine mehr als doppelt so hohe Zahl von Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigen, hätten wir keine Arbeitslosen mehr. Längst ist erwiesen, dass sogenannte Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeit verdrängen. Sie sind keineswegs immer zusätzlich und gemeinnützig. Fast die Hälfte aller Ein-Euro-Jobs ist nichts anderes als reguläre Arbeitsplätze, die nicht mehr bezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu diesem Ergebnis kam übrigens eine Studie der Bundesagentur für Arbeit. Wir hatten in Hessen im Jahr 2008 8.380 Ein-Euro-Jobs. Das ist eine Form moderner Sklavenarbeit. Sie muss in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden.

(Holger Bellino (CDU): Was haben Sie denn für Arbeitsverträge geschlossen? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Lassen Sie doch diese alte Mär, an der vorne und hinten nichts stimmt. Noch einmal: Ich habe genau den Stundenlohn gezahlt, den dieses Haus beschlossen hat. Herr Wintermeyer, wenn Sie der Meinung sind, dass das Haus die Mitarbeiter zu schlecht bezahlt, dann habe ich kein Problem damit, wenn wir diese Bezahlung erhöhen.

(Zurufe von der CDU)

„In Zeiten wie diesen kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz“, heißt es auf einem CDU-Wahlplakat. In Zeiten wie

diesen drangsalieren wir jeden Arbeitslosen, müsste es heute heißen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Herr Koch, Sie sagen, es könne kein funktionierendes Arbeitslosenhilfesystem geben, das nicht auch ein Element der Abschreckung enthält; ein solcher Druck sei notwendig. Dass Sie hier einen Begriff aus der Militärsprache und aus dem Strafgesetzbuch wählen, zeigt deutlich, wie Ihre Äußerungen einzuordnen sind. Erwerbslose sind durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes hart betroffen. Ihre wirtschaftliche Situation verschlechtert sich, ihre Zukunftspläne geraten durcheinander, ihr Selbstbewusstsein leidet. Sie brauchen keine kriegsähnlichen Zustände der Angst und keine Strafe, sondern sie brauchen unsere Unterstützung.

(Beifall bei der LINKEN – Judith Lannert (CDU): Ihre mit Sicherheit nicht!)

Im „Stern“ vom Oktober 2004 heißt es: Vor dem Hintergrund dauerhafter Massenarbeitslosigkeit nimmt die psychische Belastung der Menschen, die noch einen Arbeitsplatz haben, ständig zu. – Es heißt weiter: Schätzungen zufolge verursacht der Stress am Arbeitsplatz in der Europäischen Union 50 bis 60 % aller Krankheitstage und damit jährliche Kosten in dreistelliger Milliardenhöhe. – Im „Tagesspiegel“ vom 30. November 2009 heißt es: Angst vor Arbeitslosigkeit. Die Krise macht krank. – Nein, Herr Koch, wir brauchen weder mehr Druck noch Zwangsarbeit.

Allerdings muss ich mich auch über die Argumentation der Sozialdemokraten am heutigen Tage ein bisschen wundern. Begonnen hat das Hartz-IV-Elend doch mit Ihnen und den GRÜNEN, und das Erwerbslosen-Bashing hat doch Herr Schröder eingeführt.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Alles, was Herr Koch jetzt fordert, ist doch längst möglich. Sie haben es möglich gemacht. Herr Schäfer-Gümbel, wenn Sie hier heute Morgen Mindestlöhne fordern, muss ich eigentlich lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Sie wissen so gut wie ich: Wir hätten Mindestlöhne, wenn Ihre Partei es ernst meinen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten uns als Landtag dennoch gemeinsam gegen jegliche Form von Zwangsarbeit von Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern aussprechen. Stattdessen brauchen wir mehr gute Arbeit durch Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Dauerarbeitsplätze sowie die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Man muss dann auch eine Zahl nennen – 10 € pro Stunde –, damit das Ganze einen Sinn ergibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde die Zahl der Leiharbeiter und der Aufstocker deutlich verringern, und die Menschen könnten von ihrem Einkommen leben. Hinzu käme die Umverteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen. Auch darüber müssen wir reden. Es ist genug Arbeit vorhanden. Das Leben der Arbeitslosen würde durch eine sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 500 € und bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder und Jugendliche deutlich verbessert.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Schott, die Redezeit ist um. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Das ist nicht pervers, sondern existenziell notwendig, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, Herr Koch. Die Freibeträge für Ersparnisse zur Alterssicherung müssen erhöht werden, und Partnereinkommen dürfen nicht angerechnet werden. Schon im September haben wir beantragt, alle Sanktionen auszusetzen. Die Kosten für die Unterkunft müssen übernommen werden. Wir brauchen eine Grundsicherung für alle, die sich am tatsächlichen Bedarf der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und ihrer Kinder ausrichtet. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde. Dazu zählt eine repressionsfreie existenzsichernde Grundsicherung.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Schott. – Als Nächstem darf ich Herr Ministerpräsidenten Koch das Wort erteilen.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Abg. Schäfer-Gümbel in der Suche nach Motiven vermutet, es sei darum gegangen, ein Thema in die prominente öffentliche Wahrnehmung zu bringen, dann will ich mich zunächst dafür bedanken, dass Sie dieses Thema zum Setzpunkt am Mittwochmorgen gemacht haben.

(Heiterkeit bei der CDU – Günter Rudolph (SPD):  
Wir kennen Sie halt!)

– Ich bin für die Mitarbeit der Opposition gelegentlich dankbar.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Rudolph, ich glaube, dass Sie recht hatten, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen – jenseits der Polemik, die damit verbunden ist und die auch Sie hier betreiben. Wenn man die Debatte in den letzten zehn Tagen verfolgt hat, sieht man, dass wir allen Anlass haben, sehr ruhig und nüchtern darüber zu diskutieren, wie die Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt aussieht. Da gibt es eine ganze Menge, worauf wir stolz sein sollten – ausgenommen die Linkspartei –, aber es gibt eben auch Dinge, die nach wie vor kritisch sind und die man hinterfragen muss.

(Zurufe von der LINKEN)

Deshalb führen wir eine öffentliche Debatte über das, was sich hinter Hartz IV an neu strukturierter Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Deutschland verbirgt. Das wird von Ihnen und vor allem von der Linkspartei oft als eine „Absenkung des Sozialstandards“ diffamiert. Dabei ist aufgrund der geltenden Gesetze mehr Geld in die Unterstützung von Menschen geflossen, die arbeitslos – auch langfristig arbeitslos – sind, als es jemals in der Geschichte unseres Landes der Fall war. Das ist eben ein Teil des politischen Bestands, wo wir aufpassen müssen, dass wir uns nicht ständig in eine Position reden, in der alle glauben,

hier werde per Gesetz ein sozialer Notstand herbeigeführt – obwohl erwiesen ist, dass der Steuerzahler, der jeden Cent dieser Unterstützung bezahlen muss, mehr in diese Form der Hilfe investiert, als er bei einer anderen Gesetzeslage jemals investiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das aber so ist, dann haben wir die Verpflichtung, über den Anlass zur Hilfe zu sprechen. Dann besteht gleichzeitig die Verpflichtung, darüber zu sprechen, ob es in ausreichendem und notwendigem Umfang gelingt, das zu erreichen, was wir als Ziel haben. Da wird es nicht nur eine Antwort geben – auch wenn es bequemer ist, aus einem Interview nur einen Teil zu zitieren, auch wenn Journalisten wie die der „Wirtschaftswoche“ das Interview für zu wenig spektakulär hielten und deshalb eine Überschrift gewählt haben, die ich so nie formuliert habe und die ich auch nicht freigeben würde.

Die Fragestellung, die dahinter steht, ob es denn so ist, dass alles Geld dort ankommt und ob die Effekte so sind, wie wir das haben wollen, kann man doch nicht zur Seite räumen. Man muss doch zur Kenntnis nehmen, dass wir mit unserer Gesetzgebung in den letzten Jahren außerordentlich beachtliche Erfolge im Bereich kurzfristiger Arbeitslosigkeit erzielt haben. Die Bundesagentur ist in diesen Fragen inzwischen sehr gut. Das war sie nicht immer. Das kann man durchaus zur Kenntnis nehmen. Man kann auch sagen, in den letzten vier Jahren – das war unter Rot-Grün nicht immer so, das lassen wir aber als Anfangsschwierigkeiten so stehen – waren viele der neuen Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und nicht Teilzeit- oder Minijobs, wie es in den Jahren 2003, 2004 und 2005 der Fall war. Aber wir arbeiten jetzt daran, dass es so wird.

Gleichzeitig sehen wir, dass es bei den Langzeitarbeitslosen keine vergleichbare Entwicklung gibt. Also muss uns gemeinschaftlich – auf beiden Seiten – die Frage umtreiben: Was kann da sein?

Ich habe gesagt – und bleibe dabei –, dass es unter den Langzeitarbeitslosen ersichtlich verschiedene Gruppen gibt. Das sind – wenn man die Statistik insgesamt zugrunde legt – rund 4,9 Millionen Menschen. Wenn man bei denen wiederum darauf schaut, wer sich in einer Beschäftigungsmaßnahme befindet und wer Aufstocker ist – dazu sage ich gleich noch etwas –, wer also nicht Vollzeit arbeitslos ist, stellt man fest: Wir reden noch über etwas mehr als 2 Millionen Menschen – vielleicht 2,3 Millionen –, die sehr unterschiedliche Schicksale und Karrieren haben, Menschen, die in der Tat zum Teil daran verzweifelt sind, dass sie kein Arbeitsangebot bekommen.

Bei einer nennenswerten Gruppe davon handelt es sich um junge Frauen, die alleinerziehend sind. Über diese Frauen habe ich in dem Interview gesagt – das haben Sie selbstverständlich nicht zitiert; das würde Ihr Redemanuskript zerstören –, dass die Hilfe, die wir ihnen angedeihen lassen, aus meiner Sicht ungenügend ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Demonstrativer Beifall des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Bocklet, ich muss zugeben, ich kann mich mit Ihnen in dieser Sache besser auseinandersetzen als mit Herrn Schäfer-Gümbel; denn Sie haben etwas dazu gesagt. Wir sind nicht in allem einer Meinung; aber es ist eine Position, über die sich streiten lässt.

Ich sage Ihnen nur: Wenn Sie daraus zitieren, sagen Sie bitte auch, dass Hessen in den letzten vier Jahren das Bundesland unter den westlichen Flächenländern – mit anderen kann man das nicht vergleichen – mit dem größten Anstieg bei den Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren war.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Ja, wir tun gemeinsam mit den Kommunen etwas dafür, um das zu entwickeln. Das passt.

Ich füge nur eines hinzu – darüber müssen wir in der Sache diskutieren; die Debatte kennt hier jeder seit den Jahren 2001/2002 –: Ich akzeptiere auf Dauer nicht, dass die Auskunft der Arbeitsvermittlung, es gebe kein Betreuungsangebot in einer kommunalen Krippe, nicht zur Folge hat, dass man für das Kind der betreffenden Frau ein individuelles Betreuungsangebot organisiert, damit sie arbeiten kann. Das gilt sogar für den Fall, dass die Kosten ihr Arbeitseinkommen übersteigen; denn das bedeutet, dass sie die nächsten ein oder zwei Jahre im Arbeitsmarkt integriert bleibt. Wenn man dagegen sagt: „Wir warten darauf, dass es ein Angebot in einer Krabbelstube gibt“, führt das möglicherweise dazu, dass sie lebenslang nicht mehr in den Arbeitsmarkt hineinkommt.

Es ist preiswerter, viel Geld zu bezahlen, um zu helfen. Aber die bürokratischen Regeln der Bundesagentur erlauben das nicht, und der Bund zahlt unseren Kommunen nicht das notwendige Geld, wenn sie freihändig Integrationsmaßnahmen entwickeln. Darüber muss man reden und streiten. Das ist einer der Punkte, und ich will, dass wir in den Gesetzgebungsverfahren, die zurzeit laufen, auch darüber reden.

(Zurufe von der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, da Sie das gefordert haben, sage ich noch einmal ganz klar: Wir, die Landesregierung, prüfen im Augenblick sehr genau, ob es, bei zwei Bescheiden und gespaltenen Behörden, überhaupt eine theoretisch Möglichkeit gibt, diese Aufgabe zu erfüllen, gerade wenn es um Menschen in einer Situation geht, in der das Arbeitsentgelt einerseits und das Betreuungsangebot andererseits eine Rolle spielen. Ich verhehle Ihnen nicht, ich bin nach der Vorlage dieses Gesetzes und nach allem anderen, was ich bisher gesehen habe, außerordentlich skeptisch.

Jörg-Uwe Hahn hat im Bundesrat bereits darüber gesprochen. Vielleicht war mancher ein bisschen erstaunt, als wir beide gesagt haben, wir glauben nicht, dass die Arbeitsvermittlung ohne einen einheitlichen Bescheid eine vernünftige Zukunft hat. Darüber brauchen wir gar nicht zu streiten. Das betrifft z. B. solche Fragestellungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber wenn man das sagt, hat man auch das Recht und die Pflicht, über den anderen Teil zu reden. Es gibt nämlich beide Seiten. Leider Gottes gibt es im Rahmen der Gesetzgebung auch eine Debatte darüber, welche Anreize funktionieren bzw. wo sie funktionieren und wo nicht.

Es ist ein Teil der Wahrheit, dass sich jeder Mensch, der Arbeit sucht – Sie, ich, wer auch immer –, in Bezug auf den Arbeitseinsatz und das, was er dafür zurückbekommt, überlegt, ob die Relation von Arbeit und Entgelt angemessen ist. Das heißt, jede Entscheidung der Bundesagentur und jede Entscheidung des Gesetzgebers, ob es nun um Zuverdienstmöglichkeiten, Anrechnungsquoten

oder die Höhe des Arbeitsentgelts geht, haben am Ende einen Einfluss auf die Beschäftigungsquote.

Das Menschenbild, das wir hatten, war vielleicht zu positiv. Es war zu optimistisch, anzunehmen, dass die Menschen das System nur in Anspruch nehmen, wenn sie es wirklich brauchen. – Das ist kein hetzerischer Satz irgendeines CDU-Politikers, sondern die Analyse von Peter Struck im Hinblick auf die Frage, was wir mit dem Gesetz machen.

Genau um diese Frage geht es. Wer mit Fallmanagern spricht, weiß doch, wie unterschiedlich die Fragen sind. Wenn ich mich in einer bestimmten südhessischen Großstadt umschaue – so viele gibt es da nicht –, stelle ich fest, dass es dort eine geringere Sanktionsquote gibt als woanders. Die haben dort z. B. entschieden, dass es kein sanktionswürdiger Tatbestand ist, Ein-Euro-Jobs nicht anzunehmen. Das deckt sich nicht unbedingt mit dem, was im Gesetz steht. Aber man kann in einem statistischen Vergleich mit dem Nachbarkreis nachweisen, dass dies unmittelbare Folgen dafür hat, wie das System funktioniert.

Wiesbaden, unsere Landeshauptstadt, hat eine Sanktionsquote von 4,5 %. Sie weist auch andere Zahlen auf, was die Beschäftigungsmöglichkeiten betrifft. Damit erzielt sie bessere Effekte bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen als andere Städte. Die Stadt Wiesbaden hatte als einzige den Mut, sich zur Optionskommune zu erklären und diese Rechte selbst wahrzunehmen.

Aber jetzt kann man doch nicht sagen: „Das interessiert mich nicht“, sondern man muss sich Folgendes vor Augen halten. Wenn es denn so ist, dass die Verpflichtung zur Arbeit Gegenstand der Hartz-IV-Gesetze ist, was folgt daraus? Dieser ganze Wirbel ist mit dem Begriff „künstliche Aufregung“ kaum mehr zu beschreiben. Ja, der Grundsatz, dass der, der vom Staat eine Leistung erhält, verpflichtet werden kann, eine Gegenleistung zu erbringen, ist Gegenstand des von Ihnen mit beschlossenen Gesetzes. Die Frage ist: Wer entzieht sich dem ohne angemessenen Grund, und wie lange schaut man zu, dass sich jemand dem entzieht?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wissen Sie, an dieser Stelle wird es wieder sehr praktisch. Herr Bocklet, ich lasse mich darauf ein, hier darüber zu diskutieren. Ich persönlich glaube – auch dafür ist die Stadt, in der wir uns gerade befinden, ein ganz gutes Beispiel –, dass die gemeinnützige Beschäftigung ein Instrument ist, mit dem man darauf hinweisen kann, dass es die Verwaltung nicht toleriert, dass in Zeiten des Übergangs, aus welchen Gründen auch immer, eine totale Beschäftigungslosigkeit mit der Folge der Entrhythmisierung und allen anderen Folgen, über die wir in jedem der Berichte lesen, eintritt. Das ist aus meiner Sicht legitim.

Man stellt sich die Frage: Ist sie dazu in der Lage? Dafür braucht man nicht jahrelang Jobs aufzubauen. Deshalb haben wir in Hessen gemeinsam mit den niederländischen Experten und unseren Optionskommunen das Konzept der Werkakademie übernommen. Das funktioniert gerade andersherum.

Wir sprechen nicht über Jahre. Wenn eine solche Situation eintritt, wollen wir acht Wochen lang täglich, kontinuierlich Präsenz, Arbeit und Diskussion sehen. Dabei geht es nicht um irgendeine Beschäftigung, sondern darum, zu trainieren, wie man einen Job bekommt, und darum, dass ein PC aufgestellt wird, dass eben ein solches Training an-

geboten wird und dass andere Möglichkeiten gewählt werden können. In diesem Konzept heißt es noch nicht einmal, der Betreffende muss von morgens bis abends arbeiten. Er oder sie muss jeden Tag vier Stunden anwesend sein, und er oder sie kann selbst auswählen, zu welcher Zeit das stattfinden soll.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Darum geht es bei dem Konzept der Werkakademie, das wir jetzt im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Bergstraße, in Marburg, im Rheingau-Taunus-Kreis, in Offenbach, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, im Vogelsbergkreis, im Odenwaldkreis und in Fulda ausprobiert haben. Das heißt, wir wissen inzwischen einiges. Wir wissen, dass wir an zwei Elementen arbeiten müssen. Das eine Element ist: Wir haben eine Integrationsquote – wie es auf Neudeutsch heißt; das ist die Rückführung in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis – von fast 50 %. Das ist die positive Seite.

Wir haben aber auch 10 bis 15 % – das ist zwischen den Landkreisen unterschiedlich –, die schon, nachdem sie den Hinweis erhalten haben, sie müssten zwei Monate lang täglich für vier Stunden kommen, lieber nicht daran teilnehmen. Sie melden sich krank, ziehen den Antrag zurück oder gehen sonst irgendwie in Deckung. Das ist ein Punkt, mit dem man sich ebenso sehr beschäftigen muss, wie man sich über die fast 50-prozentige Erfolgsquote freuen darf. Nur wenn man beides macht, kommt man zu einem vernünftigen Ergebnis und setzt eine Entwicklung in Gang.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Ministerpräsident, nur ein freundlicher Hinweis: Die Redezeit der Fraktionen ist zu Ende.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Ich bedanke mich für den Hinweis. Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. – Die Debatte über den Zusammenhang zwischen Mindestlohnaufstockern und Arbeitsanreizen hat teilweise skurrile Züge.

Sehr verehrte Frau Schott, Sie haben hier darüber gesprochen, wie Sie Arbeitsverhältnisse aufgespalten haben – völlig ordnungsgemäß, möglicherweise gesetzlich; darum geht es mir gar nicht –, statt ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu schaffen, was Sie als Abgeordnete, wie ich Ihnen sagen kann, hätten machen dürfen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Damit erreicht man Ende, dass von den 1,3 Millionen Aufstockern nur 300.000 volle sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse haben, während 1 Million genau mit solchen Arbeitsverhältnisstrukturen auskommen, weil sie die Anrechnungsquote ausnutzen, aber in dem System statistisch dann nur 3 oder 4 € Durchschnittslohn bekommen.

Mit der Wahrheit hat das nichts zu tun. Das ist eine Frage des statistischen Betrugs. Nein, nicht alle Leute, die aufstocken, bekommen das. Aber wir haben zu viele Leute, die keine Lust haben, mehr als 100 oder 200 € zu verdienen, weil wir sie an der Stelle mit dem System so schlecht behandelt haben, dass sie glauben, sie müssten zu viel abgeben, und deswegen kein Interesse daran haben. Es ist

unsere staatliche Organisation, die dafür verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Von den Sozialdemokraten wird dauernd gesagt, das gehe nur mit dem Mindestlohn. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in Deutschland jemand, der eine Familie mit zwei Kindern hat, diese Frage des Opportunitätsnutzens stellt – also die Frage, wo es sich für ihn finanziell lohnt –, hat das mit Ihren 7,50 € nichts zu tun; dann braucht er 10,60 € oder 11,20 €, je nach der Debatte, damit er überhaupt in diese Ecke kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie das machen wollen, dann können Sie auch noch 5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse der öffentlichen Hand à la Linkspartei schaffen und sich das Geld irgendwo drucken lassen. Denn im realen Leben gibt es das alles nicht. Das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Sehen Sie: Sie vermischen zwei Fragen mit einer polemischen Moral, die nichts damit zu tun hat.

(Zuruf von der SPD: Sie haben das doch gemacht!)

Wer nicht daran glaubt, dass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der Arbeit zur Verfügung gestellt wird, am Ende Arbeit nachgefragt wird und wir dafür einen vernünftigen Preis bekommen, wer nicht daran glaubt, dass die Organisationen der Tarifparteien wirken, der wird eh verlieren. Mit den 7,50 €, die schon Hunderttausende Jobs kosten würden, hätten Sie in unserer theoretischen Debatte kein Problem.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): 500 Milliarden €!)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Mir ist es lieber, dass jemand Vollzeit arbeitet, auch wenn das zu einem relativ geringen Lohn erfolgt, weil der Markt es im Augenblick nicht anders hergibt. Wir können das dann aufstocken, damit er mehr hat, als wenn er nicht arbeitet. Das ist mir lieber, als dass wir für seine Mehrarbeit 100 % bezahlen, er damit am Ende weniger hat und dem Markt dauerhaft nicht mehr zur Verfügung steht. Die Diffamierung des Aufstockens kann ich absolut nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ja, auch diese Debatte werden wir weiterhin führen müssen.

Ich bleibe dabei. Herr Bocklet hat das angesprochen. Das ist richtig. Wir haben mit dem Existenzgrundlagengesetz die Grundlage für die ganze Debatte in Deutschland geschaffen. Wir ziehen uns nicht dahinter zurück.

Wir haben in Deutschland entschieden: Für jemanden, der zusätzlich etwas tut, sind die ersten 100 € die besten 100 €. – Nach meiner festen Überzeugung ist das ein großer Fehler. Wir haben das Gesetz so geschaffen, dass die geringfügige Beschäftigung für viele das Attraktivste ist, die sich in diesem Arbeitsmarkt bewegen. Wir müssen dafür sorgen, dass die sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, bei der man den Tag über überwiegend beschäftigt ist, die attraktivste Variante ist. Bei dieser Variante ziehen wir aber 80 % ab. Bei der anderen Variante lassen wir einen Verdienst zu 100 % zu.

Wir haben deshalb damals gesagt: Die geringfügige Beschäftigung ist vom Studenten über den beschäftigten Arbeitnehmer bis hin zum Rentner ein zusätzliches Ele-

ment. Aber das ist nicht die regelmäßig vorzufindende Situation bei Arbeitnehmern, die wir haben wollen. Deswegen müsste gelten: Wer geringfügig beschäftigt ist, dem wird das auf den Unterhalt nach Hartz IV angerechnet, und zwar möglichst vollständig. Wer aber den ganzen Tag arbeitet und bei wem das Gehalt aufgestockt werden muss, der soll nicht 80 % abgezogen bezogen bekommen, sondern vielleicht nur 50, 60 oder 70 %, jedenfalls deutlich weniger, als es bisher der Fall ist, damit nach Arbeitsplätzen in Vollzeit gesucht wird.

Wenn Sie das machen, wenn Sie konsequent sind, bei der Organisation und bei der Anwendung der Sanktionen, wenn Sie offen darüber reden, dass das ein Teil des Projektes ist und dass das nicht wieder weggenommen wird, und wenn Sie zugleich die Anreize so schaffen, dass jemand nicht auf Teilzeitarbeit oder auf Nebenjobs spekuliert, sondern eine Hauptarbeit haben möchte, weil das das Ertragreichste im staatlichen sozialen System ist, dann verringern Sie die Zahl der Hilfeempfänger. Damit bekommen Sie die Gelder frei, mit denen man dann das bezahlen kann, was wir z. B. für die Alleinerziehenden brauchen.

Nur wenn man das als Konzept im Gesamten sieht und sich nicht die schönen und bequemen Dinge und die Versprechungen herauspickt, wenn man auch über die unangenehmen Teile redet und sich der Debatte stellt, nur dann ist man nach meiner Überzeugung in der Lage, verantwortliche Politik in diesem Sinne zu machen. Das versuche ich zu tun. – Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Anhaltender Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Koch, vielen Dank. – Wir treten jetzt in die zweite Diskussionsrunde ein. Den Oppositionsfraktionen sind jeweils zwei Minuten zusätzliche Redezeit zugewachsen. Es sind also sieben Minuten Redezeit für die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Als Erster hat sich Herr Schäfer-Gümbel für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hahn, das hat mit einem zweiten Versuch nichts zu tun. Der entscheidende Punkt ist, dass man aus dieser Debatte nicht wegen arroganten Verhaltens und oberflächlicher Belehrungen entlassen wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU: Ach du lieber Gott!)

Herr Koch, deswegen will ich es noch einmal versuchen. In dieser Debatte gibt es drei Ebenen. Vielleicht sollten wir jetzt noch einmal versuchen, das ein bisschen zu sortieren.

In der Tat gibt es, erstens, die Fachdebatte. Da gibt es vieles zu tun.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Dazu haben Sie keinen Beitrag geleistet!)

– Herr Irmer, Sie sind nun wirklich kein ausgewiesener Experte für den Arbeitsmarkt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mehr als Sie!)

Sie fallen hier selten als Experte auf.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Die Fachdebatte ist von einigem gekennzeichnet, worauf es sich in der Tat einzugehen lohnt. Nun will ich als Erstes darauf hinweisen –

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Irmer und Herr Reif, muss ich wieder so laut werden, oder hören Sie vielleicht erst einmal zu? Das hilft vielleicht auch.

(Zuruf von der SPD: Das hilft nicht!)

– Okay, bei Herrn Reif hilft das nicht. Das ist auch klar.

Zunächst möchte ich etwas zur Fachdebatte sagen. Ich habe zum Thema Organisationsreform in der Tat vorhin schon eine Bemerkung gemacht. Ich würde mir wünschen, dass wir gemeinsam deutlichere Signale in Richtung Berlin geben – wir haben das im letzten Sommer schon versucht –, weil das, was da gerade passiert, Irrsinn ist. Die Grundgesetzänderung ist am Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gescheitert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Andernfalls hätten wir eine Mischverwaltung organisieren können, mit der auf der einen Seite das Modell der Arbeitsgemeinschaft und auf der anderen Seite auch das Modell der Optionskommunen hätten abgesichert werden können. Denn wir müssen aus der einseitig geführten Debatte über die Organisation herauskommen. Wir müssen endlich dazu kommen, Fördern und Fordern konsequent umzusetzen. Das war mein erster Punkt.

Zweiter Punkt. Mit Verlaub, es lag nicht an uns, sondern es lag an Ihren Truppen in Berlin, dass wir bei diesem Thema zu keinem Ergebnis gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit Verlaub, das, was Frau von der Leyen gerade vorgelegt hat, ist sozusagen, organisationspolitisch gesehen, noch eine Prise mehr Unfug.

Ich komme zur dritten Bemerkung. Dabei geht es um die Sanktionen. Der Herr Ministerpräsident hat hier so getan, als hätten wir das Thema Sanktionen infrage gestellt. Das ist völliger Unfug. Das, was im Rahmen der Arbeitsmarktreform an Sanktionen eingeführt wurde, hat konsequenterweise zuvor schon immer im Sozialrecht existiert, und zwar auch in dieser Tiefe. Deswegen habe ich vorhin auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Herr Rock bar jeder Sachkenntnis ist. Denn das, was im Sozialhilferecht angelegt ist, wurde bei der Arbeitsmarktreform übertragen, und zwar mit unserer ausdrücklichen Zustimmung. Herr Rentsch, es wurde von der Sozialverwaltung im Übrigen konsequent angewendet. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das wurde dann auf das gesamte System übertragen. Deswegen tun Sie nicht so, als würden wir bei dieser Debatte nur einen Teil herausgreifen.

(René Rock (FDP): Natürlich machen Sie das!)

Denn natürlich gibt es bei allen öffentlichen Leistungen, also bei der Subvention für Energie, bei Steuersubventionen und bei sozialen Subventionen, Missbrauch. Der ist entschieden zu bekämpfen. Das gilt von der Steuerhinterziehung über den Subventionsbetrug bis hin zum Missbrauch der Arbeitslosenhilfe. Das habe ich gesagt, damit das völlig klar ist.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eine vierte Bemerkung muss dann auch gestattet sein. Herr Koch, mit Verlaub, bei der Fachdebatte, die Sie zum Thema Mindestlohn führen, ignorieren auch Sie die Lebenswirklichkeit. Es ist doch so, dass bestimmte Instrumente, die wir in guter Absicht eingeführt haben, dazu geführt haben – das müssen wir inzwischen doch zur Kenntnis nehmen –, dass tarifvertraglich geregelte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung akut bedroht ist und abgebaut wird.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ach, das war nicht abzusehen?)

Deswegen müssen wir die Instrumente nachschärfen. Das Beispiel Post ist doch im Moment ein besonders gutes. Vor den Verwaltungsgerichten wird der Mindestlohn der Post bekämpft, damit reguläre Beschäftigung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch solche mit Niedriglöhnen ersetzt werden kann. Da müssen wir doch eine Haltelinie nach unten einführen. Denn die Spirale, die da beschrieben wird, schlägt nach unten durch. Das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Mit dem, was Sie wollen, würde das noch beschleunigt.

Deswegen sage ich es noch einmal: Wir orientieren uns an der Arbeitsgesellschaft und nicht an der Transfargesellschaft.

Ich komme damit zu der Frage: Worum geht es wirklich? – Es geht nicht darum, die Fachdebatte zu führen. Sie haben sich hierhin gestellt und sich zum Opfer gemacht: Das tut mir so unendlich leid, aber in der Überschrift stand etwas anderes, als was ich weiter hinten gesagt habe.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist lächerlich!)

Sie hätten intensiv intervenieren und dagegen protestieren können, dass Sie in dieser Form falsch interpretiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Koch, es ist aber nichts passiert. Ich sage Ihnen auch, warum nichts passiert ist. Es ist nichts passiert, weil Sie gemerkt haben, dass Sie damit wieder einmal polarisieren können. Es hilft, die Debatte zu entfachen. Das hilft, zu zündeln. Deswegen haben Sie das anschließend kalkuliert genutzt. Das ist es, was ich unanständig finde. Sie waren nicht bereit, die falsche Interpretation Ihres Interviews zurückzunehmen. Vielmehr haben Sie anschließend weiterhin kräftig gezündelt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist das mit der Diffamierung.

Sie nehmen die Zahlen aus Wiesbaden wie eine Selbstverständlichkeit. Die Zahlen aus Wiesbaden sagen Ihnen eigentlich eines. Sie sagen, dass Sie eine Debatte über ein

Problem führen, das es in der Tat in einzelnen Fällen gibt. Zu der Frage, wie hoch der Prozentsatz ist, gibt es Unterschiedliches.

Ich sage ausdrücklich: Wir werden uns mit dem Thema beschäftigen müssen. Aber Sie tun mit der Debatte, die Sie angezettelt haben, so, als sei das das Zentrale. Sie tun so, als ob die Ausweitung der Kosten etwas damit zu tun hätte, dass es ganz viele Menschen geben würde, die sich ihrer Verpflichtungen entziehen. Das Gegenteil ist der Fall.

Beim Thema Arbeitsmarktpolitik entstehen die Kostensteigerungen im Kern aus zwei Umständen, erstens aus einer deutlichen Ausweitung von Zuschüssen beispielsweise bei den Aufstockern, weil dieser Bereich dramatisch zugenommen hat, und zweitens, weil mit dem neuen Leistungsrecht – das ist in der Tat eines der Verdienste der Hartz-IV-Reform – Menschen aus der versteckten Armut herausgeholt wurden. Menschen, die vorher die Leistung aus Stigmatisierungsgründen nicht beantragt haben – das haben wir oft genug diskutiert – haben jetzt die Leistung beantragt. Deswegen sind viele zusätzlich in den Leistungsbezug gekommen.

Das ist auch richtig so. Aber das jetzt zum Anlass zu nehmen, aufzufordern, es müsse weniger geben – dann müssen Sie endlich sagen, an welcher Stelle Sie eigentlich die Leistungseinschränkung wollen. Diese Antwort sind Sie uns schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt, und das ist die dritte Ebene: Warum nehmen wir ein Thema auf, das Ihre Truppen mobilisiert, das scheinbar so mit Ihnen läuft und wo Sie versuchen, mit der gesamten Debattenanlage ein bisschen den Druck zurückzunehmen, als gäbe es nur diese Fachebene? – Ich habe eben gesagt, das hat mit der Fachebene nichts zu tun. Sie wollten polarisieren. Sie wollen den Druck aus dem Kessel nehmen. Das ist eine Interpretation Ihres persönlichen Verhaltens.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schäfer-Gümbel, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Hahn, deswegen war das Aufrufen am heutigen Tag nicht eine verantwortungslose Debatte bzw. ein Aufruf zu verantwortlicher Politik, sondern es war Ausdruck politischen Anstands, „Stopp!“ zu rufen, wenn jemand gegen Arbeitslose keilt. Das ist der entscheidende Punkt in dieser Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Großer Gott! – Weitere Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Schäfer-Gümbel. – Nächster Redner ist Herr Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich möchte mich zu Beginn ausdrücklich für Ihre Unterstützung in der Auseinandersetzung bedanken, welche Höhe des Mindestlohns wir brauchen, damit man von Arbeit vernünftig und gut leben kann. Sie haben recht, es muss in der Größenordnung von 10,60 € liegen, und das geht offensichtlich in fast allen Ländern Europas, bloß Ihrer Meinung nach nicht in Deutschland. Danke für die Unterstützung an dieser Stelle.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider sind Sie uns eine Antwort schuldig geblieben, die Herr Rock eben auch nicht gegeben hat, wenn Sie sagen, es soll gearbeitet werden. Meinen Sie jetzt sozialversicherte, tarifvertraglich abgesicherte, reguläre Arbeit, oder meinen Sie Zwangsarbeit? Das ist eine Frage, die Sie uns nicht beantwortet haben.

Ich möchte sehr deutlich sagen, beim Lohnabstandsgebot gibt es zwei Richtungen, dieses einzuhalten. Es gibt die Richtung, durch einen gesetzlichen Mindestlohn denjenigen, die Vollzeit arbeiten, so viel Geld in der Tasche zu belassen, dass es einen deutlichen Abstand zu Hartz IV gibt. Und es gibt die andere Richtung – ich vermute, in die argumentieren Sie –, immer weniger Sozialleistungen zu zahlen, damit immer noch geringere Niedriglöhne bei Vollzeit gezahlt werden müssen. Letzterer Richtung können wir nicht zustimmen. Das schafft Armut in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweite Ebene. Herr Koch, Sie argumentieren zur Arbeitslosigkeit, das, was wir dafür zahlen, ist zu teuer. Darin würde ich Ihnen sogar zustimmen. Wir können uns nicht nur aus ethischen und moralischen, sondern auch aus finanziellen Gründen eine solch hohe Arbeitslosigkeit nicht leisten. Dann lassen Sie uns aber etwas gegen Arbeitslosigkeit tun und nicht gegen die Arbeitslosen kämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben vorgerechnet, dass es den Arbeitslosen besser geht, weil der Staat mehr für Arbeitslose ausgibt. Das ist natürlich eine vollkommene Milchmädchenrechnung. Wenn sich die Zahl der Bezieher in ihren Größenordnungen verdoppelt und verdreifacht, und Sie sagen, wir gäben 10 % mehr für die aus, dann bleibt für jede einzelne Person selbstverständlich weniger übrig. Das ist doch das, was die Betroffenen erleben. Kommen Sie also nicht mit solchen Milchmädchenrechnungen.

Wenn Sie sagen, der Staat brauche mehr Geld, wir könnten das so nicht finanzieren, dann setzen Sie sich doch für ein gerechtes Steuersystem ein, damit Geld im Staat vorhanden ist, um die dem Sozialstaat auferlegten Aufgaben auch vernünftig wahrzunehmen. Dazu vermisste ich Ihre eindeutige Unterstützung.

(Beifall bei der LINKEN)

Dritte Argumentation. Sie sagen: Wir tun doch alles, damit diejenigen, die jetzt nicht sofort einen Arbeitsplatz finden, qualifiziert werden. – Herr Koch, wissen Sie, ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn mehr Menschen im Land Gabelstaplerführerscheine haben. Ich selbst habe auch einen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ui!)

Aber ob das hilft, die Arbeitslosigkeit zu beheben, wage ich doch zu bezweifeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte auch bezweifeln, ob es Sinn macht, Menschen nach dem ersten oder zweiten Bewerbertraining, wenn es nicht zum Erfolg geführt hat, noch ein viertes oder fünftes Mal zum Bewerbertraining zu schicken, nur weil sie bei den Bewerbungen nicht erfolgreich waren bzw. zu keinem Vorstellungsgespräch eingeladen worden sind bzw. es keine ausgeschriebene Stelle gegeben hat, auf die sie sich hätten bewerben können. Da hilft auch das fünfte Bewerbertraining nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Letzte Bemerkung. Herr Koch, Sie sind von vielen Ihrer Parteikollegen inklusive der Bundeskanzlerin zusammengepfiffen – zurückgepfiffen worden.

(Florian Rentsch (FDP): Zusammengepfiffen! – Zurufe von der CDU und der FDP)

Besonders hat mir die Bemerkung Ihres Parteikollegen Fuchs aus Berlin gefallen, der Sie als Systemveränderer zurückgepfiffen hat.

(Ministerpräsident Roland Koch: Das muss Ihnen doch gefallen!)

– Ja, Herr Koch. Wenn ich nicht prinzipiell gegen den Verfassungsschutz wäre, würde ich ihn jetzt auffordern, Sie als Systemveränderer zu beobachten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Oh! – Günter Schork (CDU): Sehr geistreich!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Dr. Wilken. – Als Nächster hat Herr Bocklet Gelegenheit, in noch sieben Minuten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort an uns zu richten.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, sehen Sie es uns GRÜNEN nach, dass sich unser Mitleid in Grenzen hält, wenn Sie Ihre Opferrolle in der Diskussion beschreiben und sagen, Sie seien ein bisschen missverstanden worden, die Überschriften seien unfair gesetzt. Das Mitleid ist in der Tat begrenzt – Herr Wagner, habe ich recht?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zustimmung des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie können in diesem Zusammenhang auch lauter klatschen. – Aber jetzt interessiert mich die Frage der konkreten Vorschläge des Ministerpräsidenten in der Sache, und zwar die konkreten Vorschläge in Ihrem Einflussbereich. Ich lasse gelten, dass wir eine interessante Debatte im Zusammenhang mit den Hinzuverdienstgrenzen haben. Aber selbst wenn wir die Hinzuverdienstgrenzen verbessern, werden wir trotzdem Aufstocker behalten. Die Gesamtsumme der ALG-II-Bezieher wird etwa gleich bleiben.

Es ist außerdem ein bundespolitisches Thema. Wir können uns in der Sache trefflich streiten. Aber was ich spannend finde, ist der Satz von Dr. Bartelt, dass Sie diesen

Weg begehen wollen, Herr Koch. Sie erwecken den Eindruck, dass Sie sagen: Wir müssen alles Erdenkliche tun, damit die Menschen aus der Arbeitslosigkeit einen Weg finden. – An diesem Maßstab muss man sich messen lassen, wenn man solche Reden wie Sie hält. Also nicht nur Fördern und Fordern müssen im Einklang stehen, sondern auch das Reden und das Handeln.

Herr Banzer, wir fragen uns angesichts der Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, ob Sie oder Ihr Ministerpräsident Koch z. B. einen Gipfel der Jobcenter in Hessen einberufen und sich darüber beschwert haben, dass die Aktivierungsquote so mäßig und der Eingliederungstitel so schlecht ist, wenn Hessen bundesweit nur auf dem zwölften Platz liegt. Hat er sich darüber beschwert, dass die Mittel zur Aktivierung und Qualifizierung so grotten-schlecht sind? Ich habe davon nichts wahrgenommen.

Herr Rentsch, Sie reden ja gleich. Herr Banzer, können Sie mir helfen? Wann findet der Gipfel denn eigentlich statt, wo Sie die Jobcenter zusammenrufen und sagen: „So kann es nicht weitergehen; wir brauchen bessere Qualifizierung“? – Das ist das, was Sie tun können. Das tun Sie aber nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es nicht wahrgenommen. Normalerweise treten Sie alles irgendwie breit, wenn Sie einen Gutschein übergeben. Dann können Sie das auch einmal öffentlich machen. Oder laden Sie uns einmal ein. Wir hören uns das gerne an. Was ist eigentlich Ihr genauer Vorschlag? Herr Koch, noch einmal: Wir müssen genau hinschauen, sagen Sie. – Gut, ich habe mittlerweile sogar eine Lesebrille. Auch ich werde älter. Ich schaue genau hin, aber ich finde den konkreten Vorschlag nicht.

Was schlägt die CDU denn nun vor? Wollen Sie sofort alle Leistungen komplett auf null stellen? Wollen Sie den Menschen nie wieder Sozialhilfe geben, weil sie sich geweigert haben, ein Angebot anzunehmen? Was wollen Sie denn konkret? Es gibt keinerlei konkrete Vorschläge des Ministerpräsidenten, schon gar nicht in Hessen, sondern es gibt das Fabulieren im Nebel, man müsste einmal genauer hinschauen, eigentlich sei es ein Gesamtpaket. Jetzt kommen Sie doch aus der Deckung, und versprechen Sie uns Hessinnen und Hessen einmal, was Sie genau tun wollen an Sanktionsverschärfungen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

außer dass Sie bisher eine Atmosphäre vergiften, wenn Sie eine große, wie Sie sagen, sichtbare Minderheit verdächtigen, sie würde doch tatsächlich Missbrauch betreiben.

Ich gebe Ihnen gern das Beispiel von Frankfurt. Es gibt eine Antwort der Bundesregierung zu dem Sanktionskatalog. In Frankfurt am Main haben wir 65.000 ALG-II-Empfänger. Da gibt es eine größere Anzahl von Menschen, die Sanktionen bekommen haben. Die weitaus übergrößte Mehrheit dieser Menschen waren diejenigen, die gar nicht zum Erstgespräch gekommen sind. Sehen Sie, da sind wir uns einig: Wer gar nicht erst zum Gespräch zu einer Hilfeleistung kommt, der scheint ein anderes Problem zu haben.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Beispielsweise keine Wohnung!)

Aber bei 65.000 ALG-II-Empfängern gibt es nur 639 Menschen, die eine Arbeitsmaßnahme abgelehnt haben

und deswegen sanktioniert wurden. Da bewegen wir uns im Promillebereich. Jetzt sprechen Sie von einer sichtbaren Minderheit. Ich frage Sie, Herr Koch: Welche Zahlen haben Sie, die wir nicht haben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sie haben, geben Sie sie heraus. Vor allem, wenn Sie sie haben: Was ist Ihr konkreter Vorschlag der Sanktionen? Wollen wir wieder die Einführung der Prügelstrafe? Ich weiß es nicht. Aber was da ist, ist doch eindeutig. Wir haben ein abgestuftes Konzept, diese Menschen zu sanktionieren. Das kann man gut finden oder nicht. Wer darüber fabuliert, muss auch konkrete Vorschläge machen; sonst vergiftet er nur die Atmosphäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, bei den Alleinerziehenden gehen wir seit seit. Ich habe die Quote in Hessen genannt. 40 % Alleinerziehende können keinen Arbeitsplatz finden, weil sie ihre Kinder betreuen müssen. Dann sagen Sie, wir haben in der Vergangenheit schon viel getan. – Richtig. Wer würde das bestreiten wollen?

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Herr Rentsch, aber zum dialektischen Denken kommt die Frage: Wir haben gerade den Haushalt für das nächste Jahr verabschiedet. Wo sind denn die Mehrausgaben für die Kinderbetreuung?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie nehmen das den Kommunen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Zu der Mindestverordnung gibt es einen unwürdigen Streit zwischen Herrn Weimar und Herrn Banzer über die bessere Qualität von Kinderbetreuung. Auch das ist ein entscheidendes Kriterium für die Frage, ob Menschen ihre Kinder in die Kindergärten geben. Sie wollen den Kommunen 400 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich nehmen, und es gibt unwürdige Vorschläge, das mit der Mindestverordnung für bessere Qualität in den Kindergärten zu verquicken.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das hat doch mit der Vermittlung von Hartz-IV-Empfängern nichts zu tun!)

Es gibt nicht genug Geld für die Kommunen. Die Kinderbetreuung wird nicht quantitativ stärker ausgebaut. Dann darf man auch nicht auf Alleinerziehenden herumtrampeln, wenn sie arbeitslos sind. So einfach ist die Rechnung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Schließlich heißt es, wir brauchen eine bessere Qualität in den Jobcentern. Richtig, Herr Koch, wir brauchen eine bessere Qualität in den Jobcentern, bessere Vermittlung und bessere Beratung. Was wir nicht brauchen, ist eine Zerschlagung der Jobcenter. Eine getrennte Wahrnehmung der Trägerschaft ist Unfug. Wir würden die Menschen wieder durch verschiedene Behörden, durch verschiedene Bescheide hin- und herjagen. Das ist Unfug. – Wenn Sie „Richtig!“ sagen, was ich so rechts hinter mir vernehme, dann frage ich Sie: Wo ist Ihre konkrete Bundesratsinitiative dafür, dass das gestoppt wird?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Stoppen Sie Frau von der Leyen jetzt sofort. Sie haben eine Menge Möglichkeiten, die Situation zu verbessern,

(Clemens Reif (CDU): Haben wir denn Ihre Unterstützung?)

nicht nur Reden und nicht nur Brunnenvergiften. Sie müssen handeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was Sie hier tun, ist ein Jammern auf hohem Niveau. Sie sind aber nicht in der Opposition, Sie sind seit vielen Jahren der Ministerpräsident. Es kommt einer Selbstanklage gleich. Sie jammern eigentlich über sich selbst. Im Prinzip ist das eine Selbstohrfeige, die Sie sich stündlich verpassen. Stoppen Sie das, und handeln Sie endlich. Das wäre im Sinne aller Arbeitslosen. Helfen Sie sich selbst und den Arbeitslosen. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Bocklet. – Ich darf Herrn Rentsch, dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, das Wort erteilen.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Bocklet, ich will die Grundfrage, die Sie gestellt haben, um die es heute hier geht, gern vorwegnehmen. Sie wird nicht dadurch gelöst, dass man in so einer Debatte immer wieder Moralien versprüht und sagt, was man alles nicht möchte.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

In so einer Debatte geht es schon darum – das hat der Kollege Bartelt hervorragend herausgearbeitet –, die Frage zu stellen, was eigentlich die gesellschaftliche Antwort auf Hartz IV ist. Wenn man Ihnen und dem Kollegen Schäfer-Gümbel gerade zugehört hat, kommt man zu dem Ergebnis, Ihre Antwort auf Hartz IV ist Hartz IV.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Quatsch! So ein Unfug!)

Meine Damen und Herren, das ist einfach zu kurz gesprungen. Herr Kollege Bocklet, warum reden wir denn in Hessen über die Frage, dass wir Infrastrukturprojekte wie den Flughafen ausbauen wollen? Wir tun das, weil wir der festen Überzeugung sind und die Zahlen uns belegen, dass wir mit diesem Flughafen mehr Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze in diesem Bundesland generieren. Das ist der Grund.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Warum ist denn der Anstieg der Arbeitslosenquote in Hessen so niedrig? – Weil wir anscheinend in dieser Frage einen guten Job gemacht haben.

Herr Kollege Bocklet, deshalb: Ja, wir sind uns in der Grundfrage einig, dass wir bei der Frage, wie man mit den Möglichkeiten von Hartz IV umgeht, wie man das System weiterentwickelt, darüber diskutieren müssen, ob z. B. das Thema „Fördern und Fordern“ noch in einem richtigen Gleichgewicht steht. Da hat der Ministerpräsident eine

Frage öffentlich aufgeworfen, die anscheinend so interessant ist, dass sie überall in Deutschland diskutiert wird. Es scheint also nicht so uninteressant gewesen zu sein; sonst würden die Menschen in Deutschland nicht darüber diskutieren. Aber die andere Frage ist doch genauso richtig, dass Hartz IV immer die schlechteste Antwort auf eine Sozialstaatsproblematik ist.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich möchte Ihnen das noch einmal sagen. Denn man hat das Gefühl, Sie haben das alles vergessen, was Gerhard Schröder gemeinsam mit Joschka Fischer und dem Arbeitsminister Wolfgang Clement, der früher Ihrer Partei angehörte, auf den Weg gebracht hat.

(Torsten Warnecke (SPD): Und der CDU-Bundesratsmehrheit!)

Die haben das Thema Hartz-Gesetze auf den Weg gebracht, weil sie das Gefühl hatten, erstens, dieser Sozialstaat hat sich in seiner Form überlebt, zweitens, wir müssen die Frage von staatlicher Leistung und persönlicher Gegenleistung neu austarieren.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch einmal etwas zum Bürgergeld!)

Drittens haben die drei gemeinsam mit Herrn Hartz, einem ehemaligen Supermanager der Firma VW, dieses Projekt auf den Weg gebracht, weil sie aus staatlicher Sicht mehr Druck ausüben wollten. Wer das alles heute wegstreicht, wer als Sozialdemokrat so tut, als ob das alles nicht gewesen sei, der verleugnet seine eigene Geschichte. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, damit kommt man einfach nicht weit.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer streicht das denn weg? Das ist doch unglaublich, das ist doch völlig unredlich!)

Wer Ihren Worten zugehört hat und die letzten Tage verfolgt hat, kommt schon zu dem Ergebnis, dass die Sozialdemokraten ihren Kurs immer weiter neu austarieren, weil natürlich unter dem großen neuen Bundesvorsitzenden in den nächsten Monaten und Jahren versucht werden wird, eine Öffnung zur Linkspartei zu generieren. Wer sich die Position dieser Kollegen anschaut, der wird sehen, dass die Sozialdemokraten das Ruder deutlich nach links werden legen müssen, wenn es überhaupt eine Zusammenarbeit geben wird.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das würden wir begrüßen!)

Meine Damen und Herren, das zeigt: Ihnen geht es nicht um eine Reform von Hartz IV. Sie wollen in dieser Debatte moralisch stigmatisieren, und das bringt uns kein Stück weiter, Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb gibt es für mich zwei zentrale Punkte. Die erste Frage hat der Kollege Bocklet mit seinen Zahlen zu Recht angesprochen. Aber, Herr Kollege Bocklet und auch Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das ist nicht die Wahrheit. Wie kann es denn sein, dass das System Hartz IV, das zwei Systeme wie Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegt, letztlich zu einer Verdoppelung der Kosten geführt hat? Das hat doch nicht nur etwas damit zu tun, dass nun quasi Anspruchsberechtigte in den Bezug kamen, die es vorher nicht gab. Das ist auch ein Teil der Wahrheit, das stimmt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, 20 % Haushalte!)

Aber dass man bei einer Verdoppelung der Kosten jetzt gerechtfertigterweise auch darüber nachdenken muss, dass dieses System vielleicht nicht ganz in Ordnung ist, das gehört auch zur Wahrheit dazu, und das negieren Sie in Ihrer Debatte.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Armut sichtbar gemacht!)

Zweiter Punkt. Zu der Frage, wie Hartz IV weiterentwickelt wird, hat Herr Bocklet auch etwas Richtiges gesagt. Das ist übrigens die Strategie der GRÜNEN, teilweise richtige Fragmente in sonst unzusammenhängenden Aussagen zu verstecken.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie billig! Dass du das nötig hast! – Gegenruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn: Er hat sich auf euer Niveau begeben!)

Herr Kollege Bocklet, die Frage, wer Hartz IV demnächst in Deutschland systematisch betreuen wird, ist eine der grundlegenden Fragen. Da muss man hier im Parlament schon feststellen, dass Sie genauso wie die Kollegen der Sozialdemokraten in den letzten Jahren der Büttel der Bundesagentur für Arbeit waren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Eine Frechheit!)

Sie haben immer von diesem Pult aus, im Bundestag, wo immer Sie Verantwortung getragen haben, den Leuten erzählt: Die Optionskommunen können es eigentlich nicht. Wir brauchen eine zentrale Steuerung aus Nürnberg. – Mittlerweile haben wir die Situation, dass sogar grüne Dezentralen darum bitten, dass man ihnen die Option gibt, weil sie es mit der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr aushalten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dann erklären Sie doch einmal, was Sie gerade in Berlin veranstalten! Wer regiert denn in Berlin?)

Das gehört doch genauso zur Wahrheit dazu. Deswegen hören Sie endlich auf mit dieser Veranstaltung nach dem Motto: Wir brauchen auch noch gemeinsame Aufgabewahrnehmung.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, brauchen wir auch!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich bitte, zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist vorbei.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Ich möchte nicht, dass es demnächst in Hessen noch Empfänger gibt, die möglicherweise aufgrund einer falschen Reform Bescheide von zwei Behörden bekommen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass es eine Zuständigkeit gibt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine Damen und Herren, in Hessen haben wir nachgewiesen, dass das Modell, das durch die Regierung Roland

Koch im Jahr 2001 eingeführt worden ist, das richtige Modell ist. Die Kommunen müssen alleine zuständig sein, eine Mischverwaltung darf es nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) Kordula Schulz-Asche und Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Meine Herren, wer regiert denn in Berlin?)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Rentsch. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind wir am Ende einer Debatte, die sich mit drei Anträgen dreier Fraktionen befasste: ein Antrag der SPD-Fraktion betreffend Diffamierung von Arbeitssuchenden durch Ministerpräsident Roland Koch zurückweisen; dazu ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend dumpfer Populismus von Ministerpräsident Koch – Verbesserungen der Arbeitsmarktreform statt Beschimpfungen von Arbeitslosen; und der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Arbeitsmarktpolitik nach dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gestalten. Alle drei Anträge bzw. Entschließungsanträge sollen dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit überwiesen werden. – Kein Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(Zuruf: Wir hatten einen normalen Antrag gestellt!)

– Es gab einen Antrag und zwei Entschließungsanträge – das war die Grundlage – und alle gehen an den Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit.

Ich darf **Tagesordnungspunkt 22** aufrufen:

#### **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend erneuter Aufklärungsrekord ist großartiger Erfolg für hessische Polizei – Drucks. 18/1792 –**

Dazu hat sich Herr Bellino für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Bellino, zehn Minuten Redezeit.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit ist ein zentrales Feld der CDU-Politik in diesem Lande und erfährt daher auch die notwendige Aufmerksamkeit und vor allen Dingen auch Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Die aktuelle Kriminalstatistik zeigt, wie wir meinen, eindrucksvoll, dass sich die Investitionen in sachliche und personelle Ausstattung in den letzten Jahren, im letzten Jahrzehnt, gelohnt haben und in Erfolge umgesetzt werden konnten. Vor allen Dingen lassen bzw. eröffnen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen den nötigen Spielraum.

Wenn Hessen wieder als eines der sichersten Bundesländer aus dem nationalen Vergleich hervorgeht, die Kriminalität zurückgeht, die Aufklärungsquote einen Höchststand verzeichnet, dann ist dies in erster Linie den engagierten und motivierten Polizistinnen und Polizisten, aber auch den Mitarbeitern anderer Sicherheitsbehörden zu verdanken.

Daher dankt die hessische CDU der Polizei, dem Verfassungsschutz und all jenen, die in unserer Sicherheitsarchitektur einen wichtigen Beitrag leisten, für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Einsatz führt oft in Grenzbereiche. Auch deshalb verdient er unseren höchsten Respekt: der Polizist, der einen schlimmen Verkehrsunfall zu bearbeiten – und dann auch zu verarbeiten – hat, der mit übelsten Ausprägungen häuslicher Gewalt konfrontiert wird, der rechte und linke Chaoten bei Demonstrationen auseinanderhalten muss, um sich anschließend noch beschimpfen zu lassen. Wir sagen es daher an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Die Polizisten verdienen nicht nur unseren höchsten Respekt, sondern wir verabscheuen auch jede Gewalt, die sich gegen Polizisten richtet, sei sie verbal geäußert oder in Tätlichkeiten ausgeübt.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Blick in die Kriminalstatistik zeigt, dass die Aufklärungsquote abermals um 0,7 Prozentpunkte auf einen Spitzenwert von 57,8 % gesteigert werden konnte. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist und keineswegs in Hessen immer so war, zeigt der Blick auf die Zahlen unter der rot-grünen Regierungsverantwortung, 48,6 % im Jahr 2000, noch nicht einmal die Hälfte aller Fälle, konnten damals aufgeklärt werden. Heute haben wir die höchste Steigerungsrate bei der Aufklärung in ganz Deutschland.

Dies ist auch kein Wunder, denn damals waren wichtige Ermittlungs- und Fahndungstechniken und -methoden doch verpönt, gab es 1.000 Polizisten weniger als heute,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

war das Polizeigesetz allenfalls rudimentär an den Erfordernissen moderner Polizeiarbeit ausgerichtet.

(Günter Rudolph (SPD): Wie viele Polizisten gab es 1950?)

Ob Sie das hören mögen oder nicht – damals hieß die Realität: kaum Schutzwesten, ein überalterter Fuhrpark, ganze zwei Internetanschlüsse in der hessischen Polizei, aber Namensschilder für die Polizisten, damit sich randalierende Chaoten später persönlich beschweren konnten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Neben der gestiegenen Aufklärungsquote zeigen auch die auf vergleichsweise niedrigem Niveau stagnierende Zahl der Straftaten von 407.000 Fällen sowie die Häufigkeitszahl von 6.711 pro 100.000 Einwohner, dass Hessen eines der sichersten Bundesländer ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greulich (FDP))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bürger spüren das am deutlichen Rückgang der Straßenkriminalität um 5,3 %, der Diebstahlsdelikte mit einem Rückgang von 3,6 %, der Diebstähle in und aus Kraftfahrzeugen mit einem Rückgang von 7 %, aber auch an einem Rückgang der Gewaltdelikte.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Rudolph, meine sehr geehrten Damen und Herren, dies gilt trotz der zentralen Lage Hessens in Deutschland und Europa, der besonderen Herausforderungen eines

Ballungsraumes und der hervorragenden verkehrstechnischen Anbindung – von dieser profitieren nicht nur unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Ganoven, und das stellt uns vor ganz andere Herausforderungen als andere Bundesländer.

Diese Spitzenstellung wollen wir auch behalten. Deshalb investieren wir auch in Zeiten wie diesen, in denen wir sehr wohl auch sparen müssen, in unsere Sicherheitsarchitektur. Wir statten die dort tätigen Beamten nicht nur mit entsprechender Ausrüstung, sondern auch mit den nötigen Gesetzen aus.

Die Unterstützung, von der ich sprach, gilt für die materielle und personelle Ausstattung der Polizei und andere Elemente unserer Sicherheitsarchitektur genauso wie für die rechtlichen Rahmenbedingungen. Dabei verweise ich gerne auf das gerade angepasste HSOG, das sogenannte Polizeigesetz.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist langsam abenteuerlich – dass das ein tolles Gesetz ist! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Das passt, ich erkläre Ihnen das gerne. – Das, was wir mit der Mehrheit in diesem Hause beschlossen und in Paragraphen umgesetzt haben, kostet nicht immer Geld, ist aber meines Erachtens sehr wertvoll für die innere Sicherheit und auch mitverantwortlich für diese hohen Aufklärungsquoten, über die wir uns wohl alle freuen.

(Beifall bei der CDU)

Stellvertretend nenne ich hier die automatischen Kennzeichenlesegeräte, die akustische und optische Wohnraumüberwachung für entsprechend gelagerte Fälle bei schweren Verdachtsmomenten, aber auch die Quellen-TKÜ, Videoüberwachung, verdachtsunabhängige Kontrollen und die Ausweitung der DNA-Analysen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wenn wir heute in Hessen einen Gesamtbestand von über 74.000 Einträgen in der DNA-Datenbank haben, dann bedeutet dies auch 1.713 Treffer im Jahr 2009, durch die erst entsprechende Straftäter überführt werden konnten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

All dies ist mitverantwortlich für die tollen Ergebnisse in der PKS.

(Günter Rudolph (SPD): Sie müssen die Statistik schon richtig auswerten!)

All das, was ich hier angesprochen habe – insofern kann ich schon die Aufregung der Opposition verstehen –, sind Themenbereiche, die von der Opposition kritisch begleitet wurden, unseres Erachtens aber von großer Bedeutung sind.

Bei Ihnen gab es beispielsweise kein Gewaltschutzgesetz, durch das häusliche Gewalt erst erfasst und bekämpft werden kann. 53.000 Fälle allein dazu sind in der PKS über die Jahre ausgewiesen, seit dem Jahr 2002, als dieses Gesetz eingeführt wurde.

Bei Ihnen gab es keine Schleierfahndung. Allein 128.000 Kontrollen im letzten Jahr, auch das zeigt die Statistik, deckten über 11.600 Straftaten auf. Die hätten nicht aufgedeckt werden können, wenn wir diese verdachtsunabhängigen Kontrollen nicht eingeführt hätten.

(Nancy Faeser (SPD): Es geht nicht um Aufdeckung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der aktuelle Haushalt zeigt in monetärer Hinsicht, dass wir es nach wie vor bei der Bedeutung und die Priorisierung belassen, die dem Bürger zugutekommt.

(Beifall bei der CDU)

So hat dieser Einzelplan, über den wir hier ja sprechen – auch nahezu folgerichtig, denn das sind die Ergebnisse dieser Investition –, mit 1,8 Milliarden € auf der Ausgabe Seite das zweithöchste Volumen aller Ressorthaushalte. Dadurch kann die personelle Ausstattung umgesetzt werden – ich sage hier nur: 550 zusätzliche Kommissaranwärter im Jahr 2010, wie schon 2008 und 2009; aber auch 42 zusätzliche Stellen bei der Wachpolizei und zusätzliche Spezialkräfte, um neue Kriminalitätsformen zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang natürlich auch die Sachinvestitionen, die Millionenbeträge für neue Dienstpistolen, Schutzwesten, Helme, aber auch der Austausch von 15 Livescannern zur digitalen Erfassung der Fingerabdrücke und Ähnliches mehr. Das sind alles Investitionen, die eben dafür sorgen, dass sich die PKS auch in Zukunft entsprechend erfreulich präsentieren wird. Auf der anderen Seite gibt es – weil wir eben auch immer die Prävention im Auge haben – Aussteigerprogramme und zahlreiche Netzwerke gegen Gewalt, die auch durch Landesmittel unterstützt werden, aber auch die finanzielle Ausstattung des Verfassungsschutzes mit 24 zusätzlichen Stellen, um auch hier nicht nur Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Bekämpfung des Extremismus zu haben, sondern auch vorbeugend agieren zu können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich werden wir uns – das zeigen die eben dargestellten Zahlen – auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Ganz im Gegenteil: Neue Kriminalitätsfelder, der technische Fortschritt, die internationale Mobilität – auch der Verbrecher – erfordern beständige Wachsamkeit und die Weiterentwicklung bei der Bekämpfung von Kriminalität. Kriminalitätsfelder wie Wohnungseinbrüche, wo wir mit einem Anstieg konfrontiert werden, die Zunahme bei der Internetkriminalität, die politisch motivierte Kriminalität und Einbrecherbanden, die international unterwegs sind, aber auch die Intensivtäter, die wir teilweise in Hessen haben, zeigen, dass wir in diesen Bereich weiterhin investieren müssen.

Daher bleibt es für uns als CDU dabei, dass die Innere Sicherheit ein zentrales Feld unserer Politik in Hessen ist und dass dies auch in Zukunft unserem Land und seinen Bürgern guttut. Rückgänge in der Kriminalität und Steigerungen bei den Aufklärungsquoten beweisen dies eindrucksvoll. Die CDU bedankt sich bei allen, die bei dieser wichtigen Aufgabe mitgearbeitet haben und auch zukünftig mitarbeiten werden, und wir bitten das gesamte Haus um Zustimmung, wenn es nachher um unseren Entschließungsantrag geht. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Öztürk für die Fraktion der GRÜNEN.

#### **Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich begrüßen wir es als GRÜNE, wenn Bürgerinnen und Bürger in Hessen von weniger Kriminalität betroffen sein sollten. Das wird zumindest in der Statistik behauptet; ob dem so ist, können wir nachher schauen. Ich möchte diese Debatte erst einmal dazu nutzen, den Polizistinnen und Polizisten in Hessen ausdrücklich für ihre engagierte Arbeit zu danken, die sie täglich – ohne Rücksicht auf Wochenenden und Feiertage – zu leisten hatten, und das wahrlich nicht immer unter ganz einfachen Umständen.

(Allgemeiner Beifall)

Diesen herzlichen Dank möchte ich noch einmal im Namen meiner Fraktion aussprechen, und auch ganz persönlich.

Es kann nicht geleugnet werden, dass die Polizei diese hervorragende Leistung nicht wegen, sondern trotz dieser Landesregierung erbringt.

(Lachen des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Sie ist seit elf Jahren im Amt, und die Bedingungen waren für die Polizisten, wie gesagt, wahrlich nicht immer einfach. Wir denken da an massive Überstunden und an dauerhafte Stellenunterversorgung. Meine Damen und Herren, das haben die Polizistinnen und Polizisten hier leisten müssen, trotz dieser Landesregierung.

Ich möchte zunächst einmal kurz festhalten, dass ich den Umgang mit dem Parlament schon sehr befremdlich finde, denn uns Parlamentariern lag bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik dieselbe überhaupt nicht vollständig vor – auch nicht, wie die Koalition von CDU und FDP ihren Auftrag, den sie vom Wähler bekommen hat, eigentlich bewertet. Hält sie es nicht für notwendig, erst einmal nach den vollständigen differenzierten und aufgeschlüsselten Zahlen zu fragen, bevor sie die Arbeit der Landesregierung in den Himmel lobt? Ist das ihre Aufgabe? – Das finde ich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Günter Rudolph (SPD): Nein, das könnte nur hinderlich sein!)

Uns Parlamentariern – sagen wir einmal, uns normalsterblichen Parlamentariern – liegen die vollständigen Zahlen nicht vor. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ich kann Ihre Lobreden von daher beim besten Willen nicht nachvollziehen. Also, das tut mir leid.

Die vollständigen Zahlen liefern einige Rückschlüsse. Auf diese möchte ich kurz eingehen; und Sie haben in Ihrem Entschließungsantrag die einen oder anderen Punkte angesprochen. Darin sagen Sie z. B., Hessen sei eines der sichersten Bundesländer, wie es Minister Bouffier behauptet. Aber – mit Verlaub – das ist mitnichten so. Sie behaupten das, doch das ist Augenwischerei, denn wenn Sie sich die Zahlen genau anschauen, stellen Sie fest: Mit einer Aufklärungsquote von 57,8 % liegen wir im Bundesvergleich auf Platz 7 und nicht auf Platz 1. Meine Damen und Herren, das ist lediglich Mittelfeld. Wenn Sie hier ein Mittelklassenspiel als Spitzenleistung bezeichnen wollen, dann können Sie das gern machen. Das ist aber nicht unser Verständnis. Wer hat denn eine höhere Aufklärungsquote? Wenn man sich die Zahlen anschaut, stellt man fest: In Bayern sind es 64,7 %, in Thüringen sind es 64,5 % und beim rheinland-pfälzischen Nachbarn sind es 62,3 %.

Das sind alles Zahlen, die viel höher sind als unsere angeblich höchste Aufklärungsquote.

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Zahlen ganz ehrlich anschaut, dann muss man zugeben, dass sie eher stabil sind. Die Situation hat sich weder verschlechtert noch verbessert. Auch kleine Verbesserungen, so behaupten es die Fachleute, sind Standardabweichungen. Diese hier wieder als großen Erfolg zu verkaufen – meine Güte, haben Sie es nötig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bezweifle auch, was Sie unter Punkt 5 Ihres Antrags behaupten, dass diese Statistik in der Lage ist, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wiederzugeben. Ich würde es natürlich begrüßen, wenn das so wäre, denn die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Freiheit ist für uns GRÜNE ein sehr wichtiges Anliegen. Wir wollen aber gern wissen: Wie können Sie behaupten, dass der massive Anstieg von unaufgeklärten Wohnungseinbrüchen bei der Bevölkerung nicht eine größere Verunsicherung hervorruft, als es der Rückgang der Straßenkriminalität überhaupt aufwiegen kann? Ich möchte, um die Statistik besser einordnen zu können, vor allen Dingen vom Herrn Minister wissen: Wie hoch ist die Anzahl der Kontrolldelikte, Herr Minister, also der Delikte, deren Auftreten überhaupt erst durch Kontrollen der Polizei festgestellt wird? Diese Delikte haben nämlich die gute Eigenschaft, dass sie bei der Feststellung auch sofort die Aufklärung mitliefern,

(Minister Volker Bouffier: Ist doch klar!)

wie beispielsweise bei Schwarzfahrern, oder wenn Sie der Oma die Katze vom Dach runterholen. Ich möchte gern wissen: Wie viele dieser Fälle sind Kontrolldelikte, und wie viele sind ganz einfach zu lösende Delikte gewesen? Das kann ich diesen Zahlen nicht entnehmen, meine Damen und Herren. Ich glaube nicht, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger ein höheres Sicherheitsempfinden haben würden, wenn die Ahndung der Schwarzfahrer sehr hoch ist. Das möchte ich hier ganz offen ansprechen, und da sind Sie uns noch eine Antwort schuldig, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Sagen Sie doch einfach einmal: Ist das ein gutes Ergebnis oder nicht?)

Offen bleibt z. B. auch die Frage, wie hoch die Aufklärungsquote bei Delikten der Wirtschaftskriminalität ist oder wie es bei der Internetkriminalität aussieht. Herr Bellino hat es angesprochen, dass man da noch etwas machen muss. Ich hätte mir gewünscht, dass man es schon in den letzten zehn Jahren gemacht hätte, denn in Fachkreisen wird der Anstieg der Kriminalität in diesen Bereichen eindeutig kritisiert.

(Holger Bellino (CDU): Wer hat die Kommissare denn eingeführt? – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Nachdem Sie es jahrelang verschoben haben!)

Ich würde gern wissen, wie viele Steuerhinterzieher oder wie viele Hacker Sie eigentlich gefangen haben. Dazu kann ich den Zahlen leider nichts entnehmen, und deswegen wundert es mich sehr, dass die CDU-FDP-Koalition diese Lobreden hält.

Sehr verehrte Damen und Herren von der CDU und der FDP, nun zu den „angemessenen Rahmenbedingungen“, die Sie unter Punkt 6 Ihres Antrags ansprechen. Wir wis-

sen ganz genau, dass die massiven Stellenstreichungen der letzten Jahre eigentlich nicht zu vertreten waren, und es ist makaber, dass Sie in Anbetracht dieser Situation hier von „angemessenen Rahmenbedingungen“ sprechen. Das ist eine Ignoranz ohnegleichen. Damit tun Sie der Polizei unrecht. Sie haben jahrelang massive Überstunden und Stellenabbau hinnehmen müssen. Davon sagen Sie gar nichts, sondern reden hier von „angemessenen Rahmenbedingungen“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Zum Schluss wundert es einen natürlich nicht, dass Sie die umstrittene Novelle des HSOG als sehr erfolgreich bezeichnen und sich dazu auch noch beglückwünschen. Da frage ich mich wieder einmal: Was kann diese Landesregierung eigentlich mehr, außer ihre eigene Arbeit in den Himmel zu loben? – Wie gesagt, anscheinend haben Sie es nötig.

Einige kritische Punkte des HSOG möchte ich aber unerwähnt lassen, denn darüber haben wir im Ausschuss ausreichend diskutiert. Ich möchte hier ganz klar festhalten: Wir bezweifeln es ganz massiv, dass sich die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der hessischen Bevölkerung durch Maßnahmen wie Rasterfahndung, Kennzeichenerfassung oder Wohnraumüberwachung überhaupt steigern lassen.

Meine Damen und Herren, dazu haben wir ein Beispiel, wenn wir uns den jüngst in den USA vereitelten Flugzeuganschlag anschauen. Das hat gezeigt: Es gibt ausreichend Daten, diese liegen vor. Es stellt sich nur die Frage, ob sie auch von kompetenten Personen ausgewertet werden und ob die Behörden ausreichend vernetzt sind. Tun Sie von daher nicht so, als ob die Datensammelerei eine höhere Sicherheit bringen würde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir brauchen auch nicht sehr viel Fantasie, um heute feststellen zu können, dass Sie sich bei der nächsten Statistik wieder hierhin stellen und sagen werden: Die Einschränkungen zulasten der Freiheit haben mehr Sicherheit gebracht. – Wir können heute ganz genau prognostizieren, dass dem so sein wird. Wir lassen uns trotzdem überraschen. Vielleicht fällt Ihnen einmal etwas Neues ein.

(Holger Bellino (CDU): 12.000 DNA-Treffer!)

Bis dahin möchte ich mich bei den fleißigen Polizistinnen und Polizisten des Landes Hessen recht herzlich bedanken und hoffe, dass sie bald bessere Arbeitsbedingungen haben werden.

Sie haben wahrscheinlich keinen Zweifel daran, dass wir diesem Entschließungsantrag keinesfalls zustimmen werden. Die vollständigen Zahlen liegen nicht vor. Die sollen erst einmal kommen. Diese möchten wir als Parlamentarier bewerten. Dann können wir noch einmal darüber reden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

(Günter Rudolph (SPD): Für einen Setzpunkt der CDU ist die CDU stark vertreten! Vielleicht bin ich heute Morgen zu kleinlich! – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Holger Bellino (CDU): Bei euch ist gerade einmal der Fraktionsvorstand da!)

### Hermann Schaus (DIE LINKE):

Seid ihr fertig? – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man diese Diskussion zum Setzpunkt der CDU verfolgt, dann stellt man sich die Frage: Worum geht es hier? Geht es hier um eine Statistik, oder geht es hier um die Sicherheit der Bevölkerung, oder geht es vielleicht auch um die Arbeit und die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamtinnen und -beamten? – Nein, eines wird klar. Wer den vorliegenden Entschließungsantrag von CDU und FDP liest, der bekommt schnell den Eindruck, dass es hier gar nicht um die Qualität und die Realität im Polizeidienst in Hessen geht, sondern nur und ausschließlich um das Eigenlob der Regierungsfractionen.

(Günter Rudolph (SPD): Klar! – Wolfgang Greilich (FDP): Wahrheit muss Wahrheit bleiben! – Holger Bellino (CDU): Die Zahlen sind doch eindeutig!)

Schon gar nicht geht es im Entschließungsantrag um eine kritische Auseinandersetzung mit den Problemen der Beschäftigten, von denen in den letzten Wochen viel Bedenkliches zu hören und zu lesen war. DIE LINKE stellt deshalb die Frage, wie berechtigt die Selbstbeweihräucherung von CDU und FDP wirklich ist. Denn die Beschäftigten im Landesdienst sehen die Verdienste der Landesregierung offensichtlich als weit geringer an. Sie üben teils heftige Kritik. Offensichtlich schmücken sich CDU und FDP also nicht nur mit fremden Federn. Sie sind auch gegenüber der Kritik aus den Reihen der Beschäftigten taub. Da der Volksmund sagt: „Eigenlob stinkt“, und: „Der Fisch stinkt vom Kopfe her“, sollten wir der Frage nachgehen, warum CDU und FDP die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit ihrer Arbeitssituation und dem Arbeitsklima so geflissentlich übergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen: Für die Arbeit der Polizei muss man dankbar sein, weil sie trotz der Landesregierung einen guten Job macht. Die brenzlige Zukunftsfrage ist: Wie lange werden die Beschäftigten die Bedingungen noch mitmachen, und wie lange lässt sich das gegenwärtige Niveau überhaupt noch halten? – Dass es dabei nicht nur um mehr Personal und Geld geht, sondern auch um ein Betriebsklima, in dem Beschäftigte nicht zu obrigkeitstaatlichen Befehlsempfängern degradiert werden, will ich gleich zeigen.

Lassen Sie mich aber zunächst auf zwei Probleme hinweisen, die sich aus der dem Entschließungsantrag zugrunde liegenden Statistik ergeben, die aber bei den Regierungsfractionen komplett unter den Tisch fallen, weil sie so nicht ins Schema passen.

Erstens. Jede Statistik ist mit Vorsicht zu genießen, weil interpretierbar. Der Anstieg der sogenannten Rohheitsdelikte, also der Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, wird auch in allen anderen Bundesländern mit Sorge festgestellt und ist für Hessen ebenfalls ausgewiesen. Herr Bellino, es ist sehr merkwürdig, dass Sie in Ihrem Jubelantrag dieses für die Polizei große Problem nicht erwähnen. Das passt nicht in die Systematik dieses Antrags. Das ist doch klar.

(Holger Bellino (CDU): Das habe ich doch erwähnt!)

Die Partylaune bei FDP und CDU soll wohl durch keine Fakten getrübt werden.

(Holger Bellino (CDU): Sagen Sie auch etwas zum Verfassungsschutz?)

Zweitens. Jede Statistik ist mit Vorsicht zu genießen, weil interpretierbar. Das gilt besonders für den ausgewiesenen Rückgang der Wirtschaftskriminalität um sagenhafte 37 %. Ich bitte den Herrn Innenminister, hierauf einzugehen; denn ich frage: Könnte dieser sagenhafte Rückgang nicht dadurch zustande kommen, dass, wie in anderen Bereichen, die Kapazitäten bei den Ermittlern abgebaut wurden?

(Beifall bei der LINKEN)

Das könnte auch ein Standortvorteil sein.

In der vorliegenden Eigenloburkunde steht nichts zum Thema Arbeitszeit, welches die Beschäftigten im öffentlichen Dienst umtreibt, so auch die Polizei. Nicht nur, dass für die Beamtinnen und Beamten in Hessen die längste Wochenarbeitszeit in Deutschland festgelegt ist. In der Polizei herrscht auch krasser Personalmangel. Überstunden sind deshalb an der Tagesordnung. Selbst einzelne Polizeipräsidien äußern inzwischen offene Besorgnis. Erste Dienststellen müssen nachts geschlossen werden. Das kann doch alles nicht sein.

Ich halte es angesichts dieser Schwierigkeiten für unverantwortlich, wenn CDU und FDP demnächst auch noch erklären werden, auch die Lebensarbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten um zwei Jahre hochsetzen zu müssen. Ein Vollzugspolizist, der mit 62 Jahren noch Kriminellen hinterherrennen soll – das halte ich für eine durchaus schwierige Situation. Herr Bouffier, lassen Sie die Lebensarbeitszeit unangetastet, und verkürzen Sie endlich die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir aber jetzt zum sicherlich verwegenen Absatz des Entschließungsantrags von CDU und FDP, nämlich Nr. 6, wo es heißt – ich zitiere –: „... dass derartige Erfolge nur durch das Zusammenwirken motivierter und bestens ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten sowie angemessene Rahmenbedingungen möglich sind.“

(Holger Bellino (CDU): Das ist richtig!)

Herr Bellino, ich kann es Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen, Ihre politischen Fantasien mit der Realität zu konfrontieren, wie sie von vielen Polizistinnen und Polizisten erlebt wird. Man kann aus subjektiven Einzelempfindungen zwar nicht auf das ganze System schließen, aber wenn man sich die Details und die Masse der inzwischen bei unserer Fraktion, den Medien und wahrscheinlich Ihnen allen eingegangenen Beschwerden anschaut,

(Günter Rudolph (SPD): Ja! Das können wir bestätigen!)

dann heißt das: Es gibt eklatante Probleme bei Hessens Polizei.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Gewerkschaften sprechen von einem Klima der Angst. Medien, Polizistinnen und Polizisten berichten dieser Tage zigfach, in der hessischen Polizei gebe es ein System von Obstruktion, Angst und Unterwerfungsgeschichte.

sam. Von Mobbing, besser gesagt Bossing, gestörten Vertrauensverhältnissen zum Führungspersonal, welches mit Drohungen, Negativbeurteilungen und Disziplinierungsmaßnahmen durchregiert, und vielen anderen Dingen mehr ist die Rede. Das passt leider überhaupt nicht in Ihren Antrag. Ich bin gespannt, ob die Landesregierung sich für die Probleme noch genauso verantwortlich fühlt wie für die selbst zugeschriebenen Erfolge der Polizei, oder ob es dann heißt: Gibt es nicht, denn das steht ja nicht in unserer Statistik. – Das scheint es aber eben doch zu geben, vielleicht sogar systematisch.

Meine Damen und Herren, alle Fraktionen haben unter anderem ein Schreiben erhalten, in welchem ein Polizeibeamter mit über 40-jähriger Dienst erfahrung berichtet. Ich darf zitieren:

Aus eigener Beobachtung kann ich Ihnen versichern, dass sich das Klima zwischen der Behörde (Führungsverantwortlichen) und den Mitarbeitern in den letzten Jahren spürbar verschlechtert hat.

An anderer Stelle:

Heute ... werden sofort Disziplinarverfahren eingeleitet, und Stellungnahmen von den Betroffenen nimmt man überhaupt nicht zur Kenntnis, sodass der Eindruck entsteht, dass das Ergebnis des Disziplinarverfahrens bereits zu Beginn feststeht.

Vom Verbrechenstrafatbestand der Verfolgung Unschuldiger durch die Behördenleitung ist im Weiteren die Rede, von willkürlichen Negativbeurteilungen, bei denen Betroffenen ihre gesetzmäßigen Widerspruchsrechte vorenthalten werden.

DIE LINKE erhielt weitere Zuschriften, unter anderem zig Seiten Unterlagen mit selbst für meine Fraktion kaum für möglich gehaltenen Zustandsbeschreibungen des Innenlebens bei einem großen Polizeipräsidium.

Ich zitiere: „Angst vor Repressalien jeglicher Art seitens der Dienststellenleitung“, „desolate Zustände“, „unzumutbare Arbeitsbedingungen“, „Nichteinhaltung vorgeschriebener Wachstärken“.

Im Weiteren wird gesprochen von Überforderung, Überalterung, Missachtung von Sicherheitsaspekten, ausgelöst durch den krassen Personalmangel, rassistischem Umgangston in Abschiebeeinrichtungen, Nichtweiterleitung von internen Beschwerden wegen Mobbing durch Vorgesetzte. Allein in einem Polizeipräsidium gebe es Einwände von mehr als 300 Beamtinnen und Beamten, die sich zu Unrecht negativ beurteilt fühlen.

Das interne System, welches gegen Mobbing und andere Probleme im Dienstablauf eingerichtet ist, wird als vollkommen unwirksam, ja sogar als Instrument der Dienststellenleitung dargestellt, um interne Kritiker auszufiltern. Es werden Vorwürfe bis hin zur Behördenleitung und zum Landespolizeipräsidenten erhoben, denen diese Umstände bekannt seien.

Sie werden die Masse und Details dieser Problembeschreibung wohl kaum länger als billigen Klamauf der Opposition abtun können. Wir denken uns das schließlich nicht aus. Um es gleich vorweg zu sagen: Bitte sparen Sie sich ein für allemal, DIE LINKE zu bezichtigen, wir würden die hessische Polizei in Verruf bringen. – Die hessische Polizei kommt derzeit unter Ihrer Verantwortung in Verruf.

(Beifall bei der LINKEN)

Täglich melden sich weitere Betroffene – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Meine Fraktion wird deshalb in den nächsten Wochen konkrete Vorschläge unterbreiten, wie wir die Rechte der Beschäftigten beim Land Hessen wieder stärken können. DIE LINKE will einen Polizei- und Landesdienst, in dem sich Mitarbeiter trauen, ihre persönlichen Kompetenzen einzusetzen, in dem Mitarbeiter für ihre Rechte, auch für ihre politischen Rechte, eintreten dürfen, ohne Angst vor Negativbeurteilungen und Schikanen haben zu müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein moderner und selbstbewusster öffentlicher Dienst ist ein lernender öffentlicher Dienst. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir könnten die Aussprache schließen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Der Minister traut sich nicht! – Minister Volker Bouffier: Die Regierung behält sich vor, wenn das Parlament fertig ist, etwas zu sagen!)

– Gut, dann stelle ich fest, das Parlament ist „fertig, etwas zu sagen“. Dann kommt der Herr Minister dran. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das kann man so machen. Bisher war es üblich, dass erst das Parlament spricht und dann die Regierung.

(Nancy Faeser (SPD): Wir würden es gerne umgekehrt machen!)

Der Nachteil ist, dass ich jetzt nicht auf Ihre bedeutenden Ausführungen eingehen kann, es sei denn, wir machen eine zweite Runde.

(Nancy Faeser (SPD): Aber ich auf Ihre! – Günter Rudolph (SPD): Das Leben ist manchmal hart!)

– So ist es, Herr Kollege Rudolph, vor allem für die Opposition, wenn die Regierung hervorragende Arbeit abliefern.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Nancy Faeser (SPD): Eben nicht!)

Da das so ist, will ich ein paar Bemerkungen machen. Ich habe anlässlich der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik für das vergangene Jahr in der Pressekonferenz, nachdem wir die Zahlen vorgetragen haben, den Damen und Herren, die dort versammelt waren, gesagt: Meine Damen und Herren von der Presse, das ist ein sehr gutes Ergebnis, und ich sage Ihnen heute schon, was die Opposition heute Nachmittag verkünden wird.

(Günter Rudolph (SPD): Nach der Debatte!)

Sie wird sagen, das ist ein ordentliches Ergebnis, es ist sogar sehr gut, aber es ist erzielt worden trotz der Regierung, weil die Polizei so gut arbeitet.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erster Punkt. Diese Rituale kennen wir. Ich bedauere, dass Sie leider Gottes immer wieder an diesem alten Faden entlanglaufen. Das nützt niemandem. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten keine guten Zahlen. Dann wüsste ich den Inhalt der Presseerklärungen von SPD, LINKEN und GRÜNEN auch schon. Dann wäre ausschließlich der Minister schuld.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wer so schlicht auf so kleinkariertem Karo das Thema bearbeitet, verfehlt das Thema.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Wir haben von Ihnen gelernt! Jetzt ist es auch nicht recht!)

– Nein, nein. – Meine Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass wir überhaupt darüber diskutieren. Es ist nicht so, dass wir keine Erfolge hätten und auf der anderen Seite Sorgen. Die Debatte ist so kindisch, sie wird dem Thema nicht gerecht.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben doch noch gar nichts gesagt!)

– Doch, ich habe schon zwei gehört. – Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen so oft vorgetragen: Natürlich ist es wichtig, sich die Jahresstatistik anzusehen, aber noch wichtiger ist es, sich lange Entwicklungen anzuschauen. Denn wenn Sie sich lange Entwicklungen anschauen, werden Sie feststellen, wie sich die Dinge verändern, zum Guten oder zum Schlechten. Sie können einzelne Spitzen, die es statistisch immer gibt, zur Seite legen. Was uns gemeinsam beschäftigen muss: Wie bekommen wir es hin, dass das Grundbedürfnis der Menschen, sicher zu leben,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sozial gerecht zu leben!)

von diesem Staat erfüllt wird, dass wir die Grundaufgabe, diese Sicherheit zu gewährleisten und auch die Freiheit zu gewährleisten, in einem vernünftigen Verhältnis immer wieder neu auswiegen? Das ist eine ununterbrochene Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt und die man nicht mit ganz schlichten allgemeinen Bemerkungen vom Tisch fegen kann.

Da dies nun die elfte Kriminalstatistik ist, die ich diesem Haus vortragen darf, werden Sie mir erlauben, auf ein paar Umstände hinzuweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Das wird niemand bestreiten!)

Wenn ich auf diese Umstände hinweise, will ich sagen: Wir sind uns sicher einig, und das haben Sie wenigstens noch anerkannt, dass es ein sehr gutes Ergebnis ist. Ich bedanke mich ausdrücklich bei all denen, die für die Erarbeitung dieses guten Sicherheitsergebnisses Verantwortung tragen. Das sind die Polizeibehörden – der Kollege Bellino hat es gesagt –, das sind aber auch die Behörden des Verfassungsschutzes, der Justiz und viele andere mehr. Da sind wir uns einig.

Ich füge aber hinzu: Hessen ist unter dieser Regierung und meiner Verantwortung sicherer geworden. Das ist so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun lassen Sie uns – ich lade Sie dazu ein – über einzelne Punkte, wo wir noch Fragen haben, miteinander um den besten Weg ringen. Vielleicht haben Sie die Größe, Dinge, die einfach so sind, wie sie sind, nicht immer mit allgemeinen Bemerkungen in Zweifel zu ziehen. Frau Kollegin Öztürk, Ihren ganzen Beitrag kann ich zusammenfassen mit: Ich habe Zweifel. – In Gottes Namen, ich mache die Zahlen nicht, ich mache auch die Statistik nicht. Wir legen sie seit Jahren immer in gleicher Weise vor. Jetzt lade ich Sie herzlich ein: Nehmen Sie sie einfach so, wie sie sind. Lassen Sie uns darüber reden, was erfreulich ist, was Sorgen macht und wie sich die Dinge entwickelt haben. Ich sage Ihnen, wenn Hessen heute unter den vier ersten Ländern in Deutschland ist, dann ist das ein Anlass zur Freude.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir gehören zu den sichersten Bundesländern. Das will ich hier festhalten, und das sollten wir nicht bestreiten, weil es den Menschen nicht hilft, wenn man etwas bestreitet, was objektiv wahr ist. Hessen gehört zu den vier sichersten Bundesländern. Das ist ein Erfolg, darüber können wir uns freuen, und das sollten wir gemeinsam anerkennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir haben immer noch Biblis!)

Da das zeitlich alles sehr begrenzt ist, will ich sagen: Frau Kollegin Öztürk, Sie haben wieder vieles miteinander vermischt. Sie haben sich mit der Aufklärungsquote beschäftigt und festgestellt, im Bundesvergleich liegen wir auf dem siebten Platz. Prima, ich bin sehr froh und dankbar dafür. Als ich anfang in dieser Verantwortung, war Hessen auf dem letzten Platz aller westdeutschen Länder. Das ist die schlichte Bilanz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Unter Rot-Grün, nur damit wir das einmal in Erinnerung rufen, war Hessen auf dem letzten Platz. Kein Land hat die Aufklärungsquote so gesteigert wie Hessen, und das ist ein Erfolg. Man kann sich nur darüber freuen, wenn in Hessen fast 60 % der Täter überführt werden. Das ist ein doppeltes Signal: Erstens können wir den Menschen, den Opfern, sagen, dass wir die meisten kriegen. Zweitens können wir denen, die etwas im Schilde führen, sagen: Ihr könnt euch nicht ausruhen, wie das früher einmal bei 44 bis maximal 46 % war, sondern wir wollen die 60 % erreichen. Wir sind relativ dicht dran. Dabei geht es nicht um einen zahlenarithmetischen Willen, sondern darum, dass jedes Opfer Anspruch darauf hat, dass wir alles tun, damit wir wenigstens den Täter kriegen und die anderen abschrecken. Darum muss es doch gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb haben wir im Vergleich zu Rot-Grün eine sagenhafte Bilanz, und das können Sie nicht wegdiskutieren.

Jetzt kommt der zweite Punkt. Wie messen wir? Ich habe es oft genug vorgetragen, aber Sie haben es heute wieder in einen falschen Zusammenhang gestellt. Wie messen wir die Sicherheit in einem Land? Das geschieht überall gleich, nach gleichem System, und zwar seit 40 Jahren. Wir messen die Anzahl der Einwohner, und wir messen die Anzahl der erfassten Straftaten. Das bringen wir zueinander ins Verhältnis. Das bedeutet für Hessen einen Schnitt, der deutlich unter 7.000 liegt, etwas über 6.700.

Das ist die viertbeste Zahl in Deutschland. Das hatten wir früher nicht. Damit Sie das richtig einordnen können: Wir

haben heute weniger Straftaten als vor zehn Jahren. Das muss einen doch freuen. Die Zahl der Straftaten im Jahre 2009 ist die niedrigste seit elf Jahren. Ich kann nicht erkennen, dass das ein Anlass zu Besorgnis oder zum Zweifel oder zu sonst etwas ist. Das ist vielmehr ein Anlass, Dank und Anerkennung für diese Leistung auszusprechen, und es ist Anlass zu Freude. Aber wir wollen noch besser werden. Darüber sollten wir doch nicht streiten. Oder wollen Sie allen Ernstes behaupten, dass die Zahlen nicht stimmen? Das ist also eine Erfolgsgeschichte.

(Nancy Faeser (SPD): Ich habe nie behauptet, dass die Zahlen nicht stimmen!)

Meine Damen und Herren, damit Sie nicht glauben, wir könnten nicht über jeden Punkt sehr intensiv sprechen: Es gibt kein Bundesland, das in diesem Bereich die Ergebnisse Jahr für Jahr verbessert hat. Bei der Aufklärungsquote sind wir einmalig. Wir wollen zwar noch besser werden, aber ich habe Ihnen gesagt, wo wir da stehen. Bei der Kriminalitätsbelastung nimmt Hessen in Deutschland den vierten Platz ein. Auf welchem Platz Hessen unter Ihrer Regierungszeit lag, darauf habe ich gelegentlich hingewiesen.

Wir haben eine Reihe von Besonderheiten, auf die ich hinweisen will, weil sie von öffentlicher Bedeutung sind. Wiederholt ist die politisch motivierte Kriminalität angesprochen worden. Hessen ist seit Jahren in der guten Lage, dass die Zahl der Fälle politisch motivierter Kriminalität – anders als in anderen Ländern und entgegen dem Bundestrend – auf einem unteren Niveau verharren. Wir nehmen diese Form der Kriminalität sehr ernst – ob von links, ob von rechts –, und es ist ein Erfolg der polizeilichen Arbeit, der polizeilichen Strategie und unserer Arbeit als Regierung, wenn wir sagen können, wir sind in allen Vergleichen, was die politisch motivierte Kriminalität angeht, am unteren Ende der Tabelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Politisch motivierte Gewalt, ob von rechts oder von links, ist zwar ein Thema, das uns Sorgen gemacht hat, aber Hessen liegt in dieser Hinsicht seit einigen Jahren im Vergleich aller Bundesländer auf dem besten Platz. Das ist doch eine tolle Leistung. Stellen Sie sich einmal vor, es wäre anders. Deshalb will ich ausdrücklich Dank und Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schaus, Sie haben als alter Gewerkschafter eine gewerkschaftspolitische Rede gehalten, aber Sie haben nichts zum Thema Sicherheit gesagt. Darin liegt aber ein Grund der hohen Belastung der Polizeibeamten. Wenn wir 10 oder 20 Leute von der einen oder anderen extremistischen Seite haben und gelegentlich 400 bis 500 Polizisten aufbieten, damit diese Extremisten in diesem Land eben nicht machen können, was sie wollen, dann ist das meine bewusste politische Entscheidung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich weiß, dass das die Polizeibeamten belastet. Aber das, was Sie vortragen, ist unfair und in jeder Hinsicht nicht nur rabulistisch, sondern absurd. Auf der einen Seite sind Sie besorgt über extremistische Entwicklungen, auf der anderen Seite sagen Sie, die Polizeibeamten sind belastet. Genau deshalb, weil es so ist, sind unter der politischen Verantwortung dieser Regierung und der Koalition aus CDU und FDP in Hessen in den vergangenen Jahren deutlich mehr Polizeibeamte – im Vergleich zu vielen an-

deren Ländern – eingestellt worden, als in den Ruhestand gehen. Schauen Sie sich die Jahre 2008, 2009 und 2010 an.

(Günter Rudolph (SPD): Schauen Sie sich die Jahre 2004, 2005, 2006 an! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

In jedem Jahr wurden 550 Polizeibeamte neu eingestellt. Dafür bedanke ich mich. Das war aber auch notwendig. Wir brauchen diese Polizeibeamten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Wir ruhen uns nicht aus – nach dem Motto „Wir haben gute Zahlen“. Wir wissen, dass das eine erhebliche Belastung ist, und deshalb tun wir etwas in einem Bereich, der uns besorgen muss. Es ist bereits angesprochen worden: Angriffe auf Polizeibeamte. Das muss uns in der Tat besorgen. Ich will Ihnen nicht vorenthalten – Sie können es auch nachlesen –: Im Bereich linksextremer politisch motivierter Gewaltkriminalität haben wir den besorgniserregenden Zustand, dass sich fast 50 % der Angriffe gegen Sicherheitsbehörden richten. Das ist eine Entwicklung, die uns besorgen muss. Wir haben im Moment den Eindruck, dass sich auf linksextremer Seite ein Gewaltpotenzial entwickelt, das uns extrem besorgen muss. Das, was die Kollegen in Berlin, die Kollegen in Hamburg seit längerer Zeit auch öffentlich thematisieren, nehmen wir sehr ernst. Das ist eine Sonderentwicklung, die wir in anderen Bereichen so nicht kennen.

Deshalb dürfen wir unsere Arbeit nicht an links oder rechts oder was auch immer ausrichten. Das habe ich immer wieder vorgetragen, und dabei bleibt es auch. Jeder Gewalttäter ist einer zu viel, und wenn er Gewalt gegenüber Sicherheitsorganen anwendet, ist das für uns eine besondere Herausforderung, denn unsere Beamtinnen und Beamten verdienen nicht nur in solchen Debatten, sondern auch in der praktischen Arbeit unsere Solidarität und entsprechend ihrer sehr verantwortungsvollen Aufgabe auch unseren Schutz vor denen, die – in welchem Gewande auch immer – extremistisch daherkommen, um die, die berufen sind, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, persönlich anzugreifen. Ich sage das nicht ohne Hintergrund.

Ich wäre dankbar, wenn wir in Zukunft nicht entlang berühmter politischer Gräben diskutieren würden. Leute, die Autos anzünden, Leute, die Beamte mit Nadeln stechen, sie verprügeln und andere Straftaten begehen, sind keine engagierten Demokraten, sondern Chaoten. Ich wäre dankbar, wenn wir diese Position gemeinsam vertreten würden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, weil die Zeit davonläuft, abschließend einen Blick auf das werfen, was uns besorgen muss. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, es macht wenig Sinn, sich immer nur die Jahreszahlen anzuschauen. Ich will darauf eingehen, weil es gelegentlich erwähnt wurde. Man muss die langen Linien sehen. Wir haben einen Anstieg der Zahl der Wohnungsdiebstähle – ein Delikt, das die Menschen ganz besonders bedrückt. Deshalb werden wir uns an der Stelle ganz besonders engagieren. Wir verzeichneten 2009 einen Anstieg der Wohnungsdiebstähle auf 8.573 Fälle. Das ist eine Zunahme um rund 1.200 Diebstähle. Wir hatten aber vor zehn Jahren fast doppelt so viele Fälle. Es ist also gelungen, diese Form der Kriminalität um rund 40 % zurückzudrängen. Das ist

ein guter Wert, wir werden uns darauf aber nicht ausruhen. Ich will dafür plädieren, dass wir uns nicht zu sehr auf die jeweiligen Jahresstatistiken einstellen.

Meine Damen und Herren, was muss uns besorgen? Uns muss die Internetkriminalität besorgen. Es sind viele jugendliche Zuschauer anwesend. Deshalb will ich sagen, dass der Bereich mit der höchsten Steigerung die Kriminalität im Internet ist. In 60 % der Fälle handelt es sich um Betrug – in allen Variationen. Die Fallzahlen steigen ständig. Es sind bestimmt einige im Saal, die da persönliche Erfahrungen gemacht haben.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stehen die Besucher jetzt unter Generalverdacht? – Gegenrufe von der CDU)

– Frau Kollegin, Sie geben mir eine gute Gelegenheit. Sie haben sicher die Kriminalstatistik gelesen, die das Landeskriminalamt vorgelegt hat. Darin werden Sie sicher auch den dicken Abschnitt mit der Überschrift „Opferstatistik“ gelesen haben. – Wenn Sie den kennen, dann ist mir Ihr Zwischenruf noch unverständlicher, um es vorsichtig auszudrücken.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir eine Opferstatistik erstellen, dann deshalb, weil wir alles tun wollen, um die Menschen zu schützen, zukünftig nicht Opfer zu werden. Wenn ich darauf hinweise, dass viele junge Menschen Nutzer des Mediums Internet sind und viele von ihnen von Tätern betrogen werden, die sich dieses Mediums bedienen, dann spreche ich keinen Generalverdacht aus, sondern ich gebe den wertvollen Hinweis, dass sie sehr sorgfältig, sehr vorsichtig und sehr, sehr gründlich mit der Frage umgehen sollten, wem sie ihre Daten offenbaren, wem sie ihre Kontonummer und Ähnliches preisgeben. Sowohl für junge als auch für ältere Menschen ist es einfach schlimm, wenn sie abkassiert werden und wir kaum eine Chance haben, der Täter habhaft zu werden oder den Schaden auszugleichen. Das ist eine Entwicklung, die uns besorgen muss.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich hoffe, dass die im Saal Anwesenden keine solchen Erfahrungen machen oder gemacht haben.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch die Besucher direkt angesprochen! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Bemerkung. Herr Kollege Bocklet, die Neigung zur Gewalt in unserem Land ist nach wie vor hoch. Das muss uns besorgen. Wenn wir eine ernsthafte Debatte führen, die sich jenseits des allgemeinen Blabla bewegt, müssen wir uns doch auch mit der Frage beschäftigen: Was können wir tun, um Fehlentwicklungen nach Möglichkeit einzudämmen?

Wir haben einen Bereich, der vor ein paar Jahren gar nicht erfasst wurde, weil er nicht strafbar war: die häusliche Gewalt. Der Anteil der häuslichen Gewalt zuzuordnenden Straftaten an der erfassten Kriminalität steigt ständig. Dass es im vergangenen Jahr allein in diesem Bereich über 11.000 Verfahren gab, ruft uns zu einer sehr intensiven Debatte darüber auf, wie man dem begegnen kann. Das ist nicht in erster Linie ein polizeiliches Thema, sondern das ist ein allgemeines gesellschaftliches Thema, mit dem sich viele beschäftigen. Trotzdem bleibt das etwas, was uns Sorgen machen muss.

Schauen Sie sich einmal an, mit welchem hohem Personalaufwand sich die hessische Polizei diesem Bereich widmet. Ich halte das für richtig. Es war meine bewusste politische Entscheidung, dafür zu sorgen, dass die hessische Polizei all diesen Vorkommnissen nachgeht, unabhängig davon, ob eine Anzeige erfolgt ist oder nicht; denn ich wollte vermeiden, dass Menschen zu Hause unter Druck gesetzt werden, indem man ihnen z. B. sagt: Wenn du mich anzeigst, wird etwas geschehen. – Dann wird die Gewalt nämlich perpetuiert.

Wir verfolgen alles. Damit sorgen wir dafür, dass viele Verfahren in der Statistik auftauchen, und wir holen uns auch viele Überstunden. Ich halte das trotzdem für richtig, insbesondere im Hinblick auf die Kinder, die Opfer von Gewalt werden.

(Beifall bei der CDU)

Auch das kann und will ich uns nicht ersparen: Die Gefahren und Herausforderungen des Terrorismus sind nicht überwunden. Entgegen der landläufigen Behauptung oder der Einschätzung, die man manchmal haben kann, gehört die Bekämpfung des Terrorismus nach wie vor – ich befürchte, das wird noch etliche Jahre so sein – zu den größten Herausforderungen, die wir bewältigen müssen. Noch immer ist es so, dass sich tagtäglich Hunderte von hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten dieser Aufgabe widmen. Dies ist keine Frage der Statistik, und es geht auch nicht darum, ob wir uns darum kümmern sollen. Wir müssen uns darum kümmern.

Rufen Sie sich einmal die Aufregungen um die Vorgänge am Münchner Flughafen in der vergangenen Woche in Erinnerung – nur diesen Vorfall, bei dem sich glücklicherweise herausgestellt hat, dass es sich um einen Irrtum handelte. Da gab es nicht nur das übliche Rauschen im Blätterwald sowie die Besorgnisse und Kommentare derer, die sich immer äußern. Sie mögen sich einfach einmal vorstellen, vor welchen Herausforderungen wir bei einem Flughafen stehen, auf dem täglich zum Teil 170.000 Passagiere abgefertigt werden, bei anderen Verkehrsknotenpunkten von außergewöhnlicher Größe und bei einer nach wie vor extrem hohen Gefährdung nicht nur für unser Land, sondern auch für viele andere durch Menschen, die ein einziges Ziel haben: durch das Töten vieler Unschuldiger ihre Überzeugungen und Ideen unter das Volk zu bringen.

Da das so ist, werden unsere Beamtinnen und Beamten auch in Zukunft stark belastet sein. Das ist der Grund, warum wir auch in diesem Jahr wieder versuchen – es auch machen –, uns personell zu verstärken. Gleichwohl wird eine hohe persönliche Belastung bleiben. Aber es bleibt auch dabei, dass jeder einzelne Beamte ein hohes Maß an persönlicher Verantwortung hat.

Heute Nacht sind Beamte angegriffen worden und mussten von der Schusswaffe Gebrauch machen. In einer Zeitung war zu lesen: Auch der normale Einsatz kann ganz schnell zu einer Bedrohung werden, die, wenn es nicht gelingt, die Gefahr abzuwehren, lebensbedrohend ist.

Deshalb will ich jenseits aller Geplänkel, die üblicherweise kommen, sagen: Wir haben allen Anlass, zwar nicht überheblich, aber mit Stolz auf die Leistungsbilanz der hessischen Sicherheitsbehörden zu schauen. Das ist eine sehr gute Bilanz, eine Bilanz, die uns anspricht, dort, wo wir noch Lücken haben, besser zu werden und neuen Herausforderungen angemessen zu begegnen, bei der wir uns aber auch immer darüber im Klaren sein müssen: Hundertprozentige Sicherheit kann niemand gewähren. Wir

können dankbar und froh sein, wenn der einzelne Polizist bzw. die einzelne Polizistin in der konkreten Situation durch kluge, angemessene Verhaltensweisen Menschen schützt, Verbrechen verhindert und dort, wo sie geschehen sind, aufklärt.

Dank und Anerkennung für die, die diese Arbeit leisten, Dank und Anerkennung für diejenigen, die sie politisch unterstützen. Wir sind auf einem guten Wege, und wir werden diesen konsequent weiterführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Frau Abg. Faeser für die SPD-Fraktion. Sie haben 14 Minuten Redezeit. Die Oppositionsfraktionen haben vier Minuten zusätzliche Redezeit; für Herrn Greilich kommt nichts hinzu. Bitte schön.

(Günter Rudolph (SPD): Es ist gut, wenn man wartet!)

**Nancy Faeser (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass ich heute nach Ihnen reden darf. Ich will gleich etwas zu den Ritualen sagen. Sie sagen: Die Opposition pflegt hier ihre Rituale und wird das auch nach meiner Rede wieder tun. – Wie lautet denn der heutige Antrag? Ist es nicht das größte Ritual, hier die Kriminalitätsstatistik vorzustellen

(Beifall bei der SPD)

und darauf zu verweisen, was für eine tolle Arbeit diese Landesregierung doch leistet?

(Holger Bellino (CDU): Und die Polizei!)

Herr Minister, wenn Sie sich hierhin stellen und im Anschluss an Ihre eigentlichen Ausführungen auf die Berliner Kollegen schimpfen, ist auch das ein Ritual – was ich, ehrlich gesagt, unter Kollegen nicht ganz fair finde.

(Holger Bellino (CDU): Wir loben die Polizei! Das ist mehr als ein Ritual!)

– Herr Bellino, das machen wir auch; denn die Zahlen, die in der Kriminalitätsstatistik stehen, sind in der Tat erfreulich. Deswegen bedanken wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bei den Beamtinnen und Beamten, die wirklich eine herausragende Arbeit geleistet und ein hervorragendes Engagement an den Tag gelegt haben. Von dieser Stelle aus sage ich also den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Lande ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber auch hervorzuheben – gerade deshalb, weil der Herr Minister es ihnen nicht ganz leicht gemacht hat –, dass der massive Stellenabbau von 1.000 Stellen und die dauerhafte Stellenunterversorgung den Beamtinnen und Beamten wirklich Überdurchschnittliches abverlangt haben. Herr Minister, das haben Sie auch zugegeben. Die Arbeitsverdichtung in den Dienststellen ist enorm. Viele Beamtinnen und Beamte gehen über ihre Leistungsgrenzen hinaus. Nicht zuletzt deshalb gibt es in Hessen derzeit rund 1.000 Polizeivollzugsbedienstete, die leider nur eingeschränkt dienstfähig sind.

Wie Sie erwähnt haben, kommen die neuen Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung, gerade auch beim Internet, erschwerend hinzu. Zu nennen sind aber auch die Großeinsätze, die immer, wie es die Gewerkschaft ausdrückt, mit einer Vollkaskoversicherung durchgeführt werden, nämlich mit einer enorm hohen Zahl an Einsatzkräften.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

An anderer Stelle fehlen sie dann leider. Wir haben – das machen wir schon seit Jahren – im Haushalt Polizeianwärterstellen beantragt,

(Günter Rudolph (SPD): Das machen wir jedes Jahr!)

um genau dieser prekären Situation vorzubeugen. Das machen wir Jahr für Jahr. Herr Minister, die Einstellung von 550 Polizeianwärtern, die Sie heute hier erwähnt haben, reicht nicht,

(Beifall bei der SPD)

weil Sie in den Jahren 2003 bis 2007 so gut wie gar keine eingestellt haben.

(Holger Bellino (CDU): Falsch!)

Das hat dazu geführt, dass, weil jährlich ca. 400 Polizeianwärter ausscheiden – –

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– „Kaum welche“ – Herr Finanzminister, es ist leider so, und es ist auch etwas, was der Herr Minister hier zugeben musste.

(Minister Volker Bouffier: Karlheinz, das hat zwar nichts mit der Wahrheit zu tun, aber sie trägt es trotzdem vor!)

Deswegen gab es in Hessen eine Unterversorgung in Höhe von 1.000 Polizeivollzugsbeamten. Das ist doch die Wahrheit. Herr Minister, tun Sie doch nicht so, als ob Sie nicht in den letzten Debatten eingestanden hätten, dass die prekäre Haushaltssituation dazu geführt hat, dass Sie keine einstellen konnten.

(Holger Bellino (CDU): Sie hatten Stellen, aber keine Leute!)

Sie haben doch vorhin nicht umsonst gesagt, dass Sie nur in den Jahren 2008 und 2009 in dem Umfang Polizeianwärter eingestellt haben, wie Polizeibeamte ausgeschieden sind.

Dies ist übrigens eine Einschätzung, die nicht nur von der Opposition stammt, sondern auch von führenden Polizeiverantwortlichen so formuliert wird. Der Polizeipräsident Bernhardt aus Offenbach hat hierzu sehr klare Worte gefunden, die, wie ich glaube, allen hessischen Polizeibeamten aus der Seele sprechen. Ich zitiere: Der Innenminister habe zwar eine aus seiner Sicht sehr erfreuliche – –

(Günter Rudolph (SPD): Er soll zuhören, der Herr Innenminister! – Gegenruf des Ministers Volker Bouffier: Ich höre zu!)

– Tut er doch.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, ein bisschen Stil wollen wir haben! – Weitere Zurufe von der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Frau Abgeordnete hat jederzeit die Möglichkeit, zu reden. Das passiert halt einmal. Ich werde demnächst alle Abgeordneten, die hier vorne stehen, darauf hinweisen. Bitte schön, Frau Faeser.

**Nancy Faeser (SPD):**

Danke schön, Herr Präsident. Ich habe mich auch nicht beschwert. – Mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich den Polizeipräsidenten Bernhard: Der Innenminister habe zwar aus seiner Sicht eine sehr erfreuliche Kriminalstatistik für das Bundesland vorgelegt, aber nicht mitgeteilt, auf wie vielen Überstunden seine Freude beruht.

Deswegen zeichnet sich der heute von CDU und FDP vorgelegte Jubelantrag in seinem Abs. 6 in besonderer Weise durch Realitätsferne aus. Herr Minister, offenbar haben Sie die Realitäten nicht erkannt. Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen haben das offenbar auch nicht.

Ich möchte auf einen Umstand hinweisen, den offensichtlich auch der Ministerpräsident, der jetzt nicht anwesend ist, leider nicht zur Kenntnis nimmt. Es geht um das, was in seiner Heimatstadt Eschborn gerade passiert. Die Polizeidirektion Main-Taunus hat nämlich erkannt, dass die öffentliche Sicherheit mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann, und fordert daher alle Kommunen in ihrem Zuständigkeitsbereich auf, städtische Ordnungshüter einzustellen. Deshalb haben sich Eschborn und Schwalbach auf den Weg gemacht, die Mitarbeiter der bestehenden Ordnungspolizei aufzustocken bzw. eine eigene Stadtpolizei zu gründen, um damit originäre Aufgaben der Polizei übernehmen zu können. Sie wollen damit die innere Sicherheit für die Einwohnerinnen und Einwohner gewährleisten. Das ist eine Bankrotterklärung hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine Erfolgsgeschichte. Für die Sozialdemokratie ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit die Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Friedens in unserem Land. Die Bürgerinnen und Bürger haben gegenüber dem Staat einen Anspruch auf Sicherheit. Hierzu trägt die Polizei gerade auch durch sichtbare Präsenz und Verfügbarkeit bei. Beides ist aus unserer Sicht nicht mehr hinreichend gewährleistet. Deshalb muss da mit zusätzlichen Polizeianwärtern verstärkt werden.

Ich weiß, dass Ihnen – Sie setzen lieber auf Billiglösungen wie die Wachpolizei und den freiwilligen Polizeidienst – solche Aussagen im Hessischen Landtag und in der Öffentlichkeit nicht gefallen.

(Horst Klee (CDU): Sie sollten die Leute nicht so abqualifizieren, wie Sie das machen!)

– Herr Klee, das weiß ich. Aber genau das sind die Erfahrungen, die man vor Ort leider macht.

(Horst Klee (CDU): Sie gucken nur in die falsche Richtung!)

Daran ändert auch die landesweite Aufklärungsquote von ca. 57 % nichts. Das ist sicherlich sehr ordentlich. Das ist keine Frage. Das habe ich eingangs gesagt.

Ich muss allerdings eines sagen. Herr Minister, ich fand, die Stellungnahme, die Sie heute abgegeben haben, war

sehr viel nachdenklicher als die, die Sie während der Pressekonferenz abgegeben haben.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Das war die bei der Pressekonferenz, die Sie dazu gemacht haben. – Denn heute haben Sie zumindest darauf verwiesen, dass es bei manchen Delikten auch nennenswerte Steigerungen gibt. Es gibt eben nicht nur positive Ergebnisse, wie das beispielsweise bei den Einbrüchen in Fahrzeuge der Fall ist.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Herr Innenminister, nein, es gehört zur Wahrheit und zur Analyse einer solchen Kriminalitätsstatistik auch dazu, zu erwähnen, dass die Zahl der Straftaten gegen das Leben um 6,5 % gestiegen ist.

Herr Innenminister, ich kann verstehen, dass Sie versuchen, positive Schlagzeilen zu haben. Das zu schaffen versucht Ihre Fraktion heute hier.

(Horst Klee (CDU): Wer macht das nicht?)

Sie sehen sich mit einer verfehlten Personalpolitik konfrontiert. Sie sind auch auf kommunaler Ebene mit Schwierigkeiten konfrontiert. Darüber hinaus – das hat Herr Kollege Schaus hier schon ausgeführt – haben Sie zunehmend Schlagzeilen über Mobbingfälle und über den Umgang der Dienstvorgesetzten mit den Polizeibeamten zu verzeichnen.

(Wolfgang Greilich (FDP): Rohrkrepierer! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Herr Greilich, Vorsicht!)

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der in der Statistik sehr eklatant ist. Das wurde in der gestrigen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ausreichend gewürdigt. Der Herr Minister hat das heute leider nicht getan. Ich hätte erwartet, dass er das tut, und zwar sowohl in der Pressekonferenz als auch hier.

Die Zahlen für die Stadt Frankfurt sind nämlich sehr erschreckend. Die Stadt Frankfurt erhält leider im bundesweiten Vergleich den Titel, Hauptstadt des Verbrechens zu sein. Denn dort sind die Zahlen am höchsten.

Jetzt muss man aber genau hingucken und sich fragen: Warum ist das denn so? – Aber gerade das macht der Innenminister nicht. Der Innenminister stellt sich nicht hin und sagt, dass seine Statistik da offensichtlich ein Ungleichgewicht enthält, weil es nämlich nur um das Verhältnis der Einwohner zu den angezeigten Straftaten geht.

Ich hätte es gut gefunden – ich meine auch, dass Sie da in der Verantwortung stehen –, wenn Sie hinsichtlich der Stadt Frankfurt darauf hingewiesen hätten, dass die Kriminalitätsrate dort deshalb so hoch ist, weil es so viele Pendler gibt und weil die Straftaten am Frankfurter Flughafen einfach der Stadt zugerechnet werden.

Zur Ehrlichkeit bei der Analyse dieser Statistik gehört auch dazu, zu sagen, was sie hervorruft. Daran sieht man auch, dass die Statistik nicht in allen Bereichen aussagekräftig ist und sehr große Schwächen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Horst Klee (CDU): Jede Statistik hat das! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das darf man doch einmal sagen!)

– So ist es.

(Minister Volker Bouffier: Wahr ist aber, dass Ihre Statistiken immer schlechter waren! Bei Ihnen gab es keine einzige gute!)

Herr Bellino, Sie haben hier von theoretischen Straftaten gesprochen und lange Ausführungen darüber gemacht, dass sich die neuen Änderungen des HSOG schon auf die Kriminalitätsstatistik des letzten Jahres ausgewirkt hätten.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist absurd!)

Die Änderungen des HSOG wurden gerade erst Ende letzten Jahres verabschiedet. Das ist in der Tat absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Hier geht es nämlich nicht um theoretische Straftaten, also um solche, die möglicherweise geschehen könnten, oder um die jetzt schon bestehende präventive Wirkung im Nachhinein. Es ist schon ganz spannend, was für ein Bild Sie da aufgezeigt haben.

Nein, es geht hier vor allen Dingen um die angezeigten Straftaten. Das ist es, was in der Statistik erfasst wird. Um nichts anderes geht es. Deswegen tun Sie auch nicht so, als ob das in allen Bereichen aussagekräftig wäre. Dadurch zeigen sich erhebliche Schwächen in der Kriminalitätsstatistik. Es geht nämlich um das Anzeigeverhalten. Es geht gerade nicht darum, ob Straftäter verurteilt wurden. Vielmehr geht es nur um das Anzeigeverhalten der Bevölkerung. Das kann natürlich unterschiedliche Ursachen haben.

(Günter Rudolph (SPD): Ein Indikator!)

Das Verhalten, anzuzeigen, kann in der Bevölkerung auch aus irgendwelchen Gründen zurückgehen. Es kann sich auch auswirken, dass die Polizei überbelastet ist. All das wirkt sich auf das Anzeigeverhalten aus. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Statistik.

Dazu kommt eine hohe Dunkelziffer. Sie haben das, was uns alle sorgen muss, nämlich die häusliche Gewalt, angesprochen. Da ist es immer noch so, dass viele Opfer aus Scham nicht zur Polizei gehen.

Herr Minister, eines muss ich sagen: Ich habe heute mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Sie zu diesem Thema differenziert gesprochen haben. In Ihrer Presseerklärung, die aus dem Ministerium herausgegangen ist, haben Sie der SPD die Schuld für die Höhe der Straftaten bei der häuslichen Gewalt zugeschoben.

(Minister Volker Bouffier: Nein!)

– Oh ja. Lesen Sie nach, was in Ihrer Pressemitteilung steht. Da steht nämlich, dass wir, als wir damals in Hessen die Verantwortung trugen, keine Gesetzgebung dazu gemacht hätten und dass es erst im Jahr 2002 eine ordentliche Gesetzgebung dazu gegeben habe.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

– Das ist in der Tat eine Unverschämtheit und sehr unsehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn zum einen ist natürlich nicht der Hessische Landtag dafür zuständig, das Strafgesetz – –

(Minister Volker Bouffier: Ihre eigenen Kollegen haben das auch nicht verstanden! Auch ich habe das nicht verstanden!)

– Herr Minister, nein, das kann man nachlesen. Ich werde Ihnen das zeigen.

Der Hessische Landtag ist nämlich nicht für die Strafgesetzgebung zuständig. Insofern war es Rot-Grün, wer die Gesetzgebung dazu im Bund verabschiedet hat. So viel zur Wahrheit bei diesem Thema.

Ich kann mich auch nicht erinnern, dass es in der Ära Kohl nennenswerte Initiativen der CDU gegeben hätte, Gesetzgebungsverfahren zur häuslichen Gewalt durchzuführen oder Straftatbestände bei häuslicher Gewalt zu installieren. Herr Minister, insofern muss man sagen: Das war völlig daneben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns doch einzelne Ergebnisse der Kriminalitätsstatistik an. Es gibt nämlich einen Bereich, der sehr auffällig ist. Meine Kollegin Öztürk ist darauf schon eingegangen.

Bei den Deliktgruppen, bei denen privat Vorsorge geschaffen werden kann, geht die Zahl zurück. Das betrifft nämlich gerade die Einbrüche in Pkw. Da können Diebstahlsicherungen eingebaut werden.

(Günter Rudolph (SPD): Technischer Fortschritt!)

Diejenigen, die sich das leisten können – –

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Das ist auch ein Grund dafür – das ist sehr gut –, dass die Zahl der Straftaten zurückgeht. Das ist zu begrüßen.

(Günter Rudolph (SPD), zu Minister Volker Bouffier gewandt: Das ist doch schön! Ich bezweifle aber, dass das Ihr Verdienst ist!)

– Eben. – Die Frage ist doch, wessen Verdienst das letztlich ist.

Es gibt einen zweiten Bereich, der diesem gegenübersteht. Das ist nämlich der, bei dem der Staat die präventiven Maßnahmen ergreifen muss, um Straftaten zu verhindern. Da ist es nämlich gerade nicht so. Wenn man sich die Rauschgiftdelikte ansieht, erkennt man, dass dort eine Steigerung um 17,8 % zu verzeichnen ist. Davon habe ich heute hier nichts gehört. Denn da gibt es offensichtlich keine erfolgreiche Arbeit dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eines muss ich Ihnen leider einmal sagen: Auch bei der Jugendkriminalität schmückt sich der Innenminister mit fremden Federn. Denn die Häuser des Jugendrechts sind eindeutig auf eine Initiative der SPD zurückzuführen. Wir haben im Landtag zwei Jahre gebraucht, um Sie davon zu überzeugen, das umzusetzen.

Auch die Zahl der Delikte Raub und räuberische Erpressung haben um mehr als 4 % zugenommen. Davon war in der Pressekonferenz leider auch nicht viel zu hören. Wir werden uns darum sehr kümmern müssen. Herr Minister, das haben auch Sie gesagt. Dabei gilt es vor allen Dingen auch hinsichtlich der Übergriffe in den U- und S-Bahnen, die uns in den letzten Monaten sehr erschüttert haben, zu handeln.

Etwas haben Sie heute so nicht dargestellt. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Aber in der Pressekonferenz haben Sie das falsch dargestellt. Es geht dabei um die Gewalt gegen Polizeibeamte.

Herr Bellino hat vorhin gesagt – da sind wir uns in diesem Haus alle einig –, dass da etwas geschehen muss. Leider handelt es sich da um ein großes gesellschaftliches Problem, dem die Politik entgegenstehen muss.

Sie haben in der Pressekonferenz aber einen Zusammenhang hergestellt, mit dem Sie der gesellschaftlichen Debatte nicht gerecht wurden. Sie haben nämlich in Zusammenhang mit der Gewalt gegen Polizeibeamte auf linksextrem politisch motivierte Gewalt hingewiesen. Diesen Zusammenhang herzustellen ist schlichtweg falsch. Das muss man einmal sagen. Das haben Sie hier heute zum Glück auch nicht getan.

(Minister Volker Bouffier: Das ist Unsinn!)

– Ich bin froh, dass Sie jetzt sagen, das sei Unsinn. Aber in Ihrer Pressemitteilung steht dazu leider etwas anderes.

Sie haben vorhin erwähnt, dass wir in Hessen Gott sei Dank ein relativ niedriges Niveau an politisch motivierten Straftaten haben. Auch wir begrüßen, dass das so ist. Das ist gar keine Frage. Sicherlich stehen wir im bundesweiten Vergleich gut da. Meine Damen und Herren, das ist aber kein Grund, sich zurückzulehnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Wir haben einen Anstieg der Gewaltbereitschaft bei den politisch motivierten Straftaten gerade bei den Rechtsextremen im Schwalm-Eder-Kreis.

Das ist Grund genug, sich darum zu kümmern. Herr Minister, das ist kein Grund, sich hier feiern zu lassen. Es gibt noch sehr viele Defizite, die wir miteinander zu bearbeiten haben. Deswegen ist der Jubelantrag der Mehrheitskoalition heute gescheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention hat sich der Abg. Bellino gemeldet.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident! Frau Kollegin Faeser, Sie brauchen keine Sorge haben, der Antrag der CDU und der FDP ist keinesfalls gescheitert. Ich bin sicher, er wird nachher eine Mehrheit bekommen.

(Lachen der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden dankbar dafür sein, dass wir ihre wichtige Arbeit wertschätzen und hier vor allen Dingen – da scheint ein Unterschied zwischen uns und zumindest Teilen der Opposition zu bestehen – weiterhin mit den nötigen materiellen, aber auch sachlichen und vor allen Dingen rechtlichen Möglichkeiten ausstatten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin, wenn Sie auf die Stellensituation eingehen, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, auch wenn es die Regie-

rung ist, die das macht und diese nicht Ihre Farben trägt, dass wir im dritten Jahr in Folge über den Bedarf hinaus ausbilden. Es ist falsch, was Sie gesagt haben. Wir haben 2006, 2007 sehr wohl Polizeianwärter eingestellt, wenn auch nicht in dieser Höhe.

(Nancy Faeser (SPD): Zu wenige!)

– Sie haben gesagt, da wäre gar nichts passiert. Das ist falsch. Wir haben auch damals eingestellt. Wir sind jetzt im dritten Jahr, in dem wir über den Bedarf hinaus ausbilden. Im Gegensatz zu Ihrer Verantwortung werden bei uns die Polizeistellen mit Menschen besetzt. Sie hatten Stellen, aber keine Menschen, die das gemacht haben. Das ist doch das, was Sie dem Volk immer wieder ins Auge streuen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten Stellen geschaffen. Aber was sind die Stellen wert, wenn keine Menschen diese Stellen ausfüllen? Darüber hinaus haben wir die Sachleistungen verdoppelt, um einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Wenn Sie, wie ich meine, etwas despektierlich auf das Zusammenspiel der Ordnungspolizei, der freiwilligen Polizeihelfer, der Wachpolizei und der Schutzpolizei eingehen, dann ist dies nicht in Ordnung.

Das ist aber typisch. Es wird wie die Schleierfahndung, wie Quellen-TKÜ und anderes hier bekämpft. Aber wenn vor Ort die Erfolge erzielt werden, dann waren es plötzlich alle. Überall in den Kommunen, wo freiwillige Polizeihelfer und Videokameras eingesetzt werden, wird es auch von sozialdemokratischen Bürgermeistern und Stadtverordneten gelobt, auch wenn es hier von Ihnen immer bis auf das Messer bekämpft wurde.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Zu Recht weisen Sie auf die häusliche Gewalt hin. Aber wer hat denn die häusliche Gewalt zum Thema gemacht und dafür gesorgt, dass sie bekämpft wird und als Straftatbestand in die Statistik eingeht? Das bläht die Statistik sogar auf. Die Polizei hat jetzt andere Möglichkeiten, bei häuslicher Gewalt gegen Frauen, gegen Männer, gegen Kinder etwas zu unternehmen. Das waren CDU und FDP, während Sie Jahrzehnte darüber gejammert und nichts, aber auch gar nichts in dieser Hinsicht getan haben.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, die zwei Minuten sind vorbei.

**Holger Bellino (CDU):**

Ich bin sicher, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass Hessen ein sicheres Bundesland ist und vor allen Dingen auch bleiben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Erwiderung, Frau Kollegin Faeser.

(Peter Beuth (CDU): Jetzt legt die Kollegin beim Lob noch einmal nach!)

**Nancy Faeser (SPD):**

Herr Kollege Beuth, den Gefallen werde ich Ihnen leider nicht tun.

(Minister Volker Bouffier: Schade!)

Das geht leider auch nicht.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Hätten Sie eine andere Arbeit geleistet, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, so aber leider nicht. Das ist halt so.

(Zurufe von der CDU)

Herr Bellino, ich habe nicht gesagt, dass Sie niemanden eingestellt haben. Ich habe gesagt, Sie haben zu wenige und unter Bedarf eingestellt. Sie haben 2003 bei der „Operation düstere Zukunft“ – wie wir sie nennen – allein 360 Stellen bei den Polizeivollzugsbeamten abgebaut. In den Folgejahren haben Sie nicht einmal diejenigen ersetzt, die weggegangen sind. Das hat zu diesem Defizit geführt.

Meine Damen und Herren, wir sind doch nicht die einzigen, die das sagen. Von allen Gewerkschaften werden diese Zahlen bestätigt. Das ist nicht zuletzt auch einer der Gründe gewesen, warum Sie 2008 im Wahlkampf ziemliche Schwierigkeiten hatten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Peter Beuth und Horst Klee (CDU))

Meine Damen und Herren, Sie haben heute einen Antrag gestellt, um Ihre Landesregierung zu loben. Dann geht es um Ihre Landesregierung und auch um die Defizite, die Ihre Landesregierung in den letzten Jahren geleistet hat, und um nichts anderes.

(Holger Bellino (CDU): Um die Polizei!)

Es geht nicht darum, andere Politik zu beurteilen, sondern es geht um Ihre. Sie müssen sich schon der Verantwortung stellen.

(Holger Bellino (CDU): Das tun wir!)

Herr Bellino, Sie haben gerade gesagt, dass die Stadtverordneten beloben, dass die Polizei so gute Arbeit leistet. Sicherlich sind sie mit der Arbeit der Polizei vor Ort zufrieden. Aber offensichtlich reicht sie nicht aus. Ich empfehle ein Gespräch mit dem FDP-Stadtrat in Eschborn, Herrn Geiger. Lassen Sie sich erklären, wie gut er das im Moment findet, dass er mehrere Hunderttausend Euro dafür in den Haushalt einstellen muss, um neue Ordnungshüter einzustellen. Das finde ich schon interessant.

(Fritz-Wilhelm Krüger (FDP): Falsch!)

– Herr Krüger, das ist richtig. Lesen Sie doch die „FAZ“, und schauen Sie dort hinein. In Schwalbach passiert das Gleiche.

(Zurufe von der FDP)

Wenn offensichtlich diese Defizite in der inneren Sicherheit bestehen, sodass die Kommunen diese Last auch noch mittragen müssen, kann in diesem Land in der inneren Sicherheit etwas nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD – Fritz-Wilhelm Krüger (FDP): Absolut falsch!)

Herr Bellino, es wird davon nicht besser. Sie haben versucht, hier einen Jubelantrag zu machen. Es ist Ihnen nicht gelungen.

(Holger Bellino (CDU): Wir loben die Polizei!)

Es tut mir leid. Insofern werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, denn es gibt nichts zu belobigen. Es gibt an vielen Stellen jede Menge Arbeit. Wir stehen Ihnen als konstruktiver Partner dafür zur Seite.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Der letzte Satz war gut!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Öztürk für die GRÜNEN.

**Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich bin noch einmal nach vorne gekommen, weil ich eigentlich auf die Beantwortung der Fragen gewartet habe, die ich Ihnen gestellt habe.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben nicht zugehört!)

Sie haben weder etwas zu den Kontrolldelikten gesagt, noch habe ich etwas darüber erfahren, wie hoch die Aufklärungsquote bei der Wirtschaftskriminalität und bei der Internetkriminalität ist. Die Debatte hier als kindisch zu bezeichnen – mit Verlaub: Wenn hier – um in Ihrem Sprachgebrauch zu bleiben – ein kindischer Antrag von der CDU/FDP-Koalition gestellt wird,

(Lachen bei der FDP – Zurufe von der CDU)

dann können Sie sich nicht hierhin stellen und die kritischen Nachfragen der Opposition als kindische Debatte bezeichnen, sehr verehrter Herr Minister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist einfach zu durchsichtig. Es ist Ihr Job, die Kriminalität in diesem Land zu verringern. Sie haben ein paar Zahlen vorliegen, und rums muss dann die CDU/FDP-Koalition hingehen,

(Peter Beuth (CDU): Wenn wir es so gut hingekriegt haben, müssen wir es doch auch sagen!)

einen Lobantrag stellen und quasi ohne Inhalt die Debatte führen. Wenn wir kritische Fragen stellen – ich wiederhole –, ist das unsere Aufgabe als Opposition.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir waren mit Ihnen im 18. Jahrhundert!)

Ich sehe mich nicht in der Rolle, dass ich quasi Ihre Arbeit auch noch bejubeln muss, wenn es kritische Punkte gibt. Wie hoch ist die Anzahl der Kontrolldelikte? Das möchte ich gerne wissen. Wie hoch ist die Aufklärungsquote bei der Internetkriminalität und bei der Wirtschaftskriminalität? Das würde ich auch gern wissen.

An keiner Stelle meiner Rede habe ich behauptet, die Statistik sei falsch. Herr Minister, ich habe lediglich gesagt, ich bezweifle diese. Ich glaube, das muss der Vollständigkeit halber noch einmal hier erwähnt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Greilich, FDP.

(Peter Beuth (CDU): Jetzt aber!)

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Öztürk, nicht das Thema, über das wir hier diskutieren, hat etwas mit „kindisch“ zu tun. Wenn der Minister diesen Begriff verwendet hat, dann sicherlich deshalb, weil er damit beschreiben wollte, dass die Art und Weise, wie die Opposition mit diesem Thema umgeht, sicherlich dem Ernst der Angelegenheit nicht angemessen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die hessische Polizei hat – das ist schon mehrfach betont worden – im vergangenen Jahr wieder großartige Arbeit geleistet. Die vielen Zahlen, die die hessische Kriminalstatistik beinhalten, lenken unseren Blick vielleicht etwas von den Polizisten und der harten, fordernden Arbeit ab, die hinter diesen Zahlen steckt. Aber die vielen hessischen Polizistinnen und Polizisten, die sich jeden Tag mit all ihrer Energie, einem großen Maß an Motivation – da sind wir uns einig, Frau Kollegin Faeser – und teilweise unter sehr schwierigen Bedingungen für die Sicherheit in unserem Lande einsetzen, haben diesen Erfolg im vergangenen Jahr möglich gemacht.

Deshalb ist hier auch die Stelle, einmal unseren hessischen Polizistinnen und Polizisten Dank zu sagen. Denen sage ich: Wir danken Ihnen. Wir sind stolz auf Sie, auf Ihren immer wieder gezeigten Mut und Ihren entschlossenen Einsatz für die Sicherheit unserer Bürger.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Faeser, dieser Mut und dieser Einsatz – in Ihrem Beitrag habe ich den Hinweis auf die gute Sicherheitspolitik in Hessen vermisst – haben dazu geführt, dass wir im Jahre 2009 in Hessen so wenige Straftaten wie nie zuvor und eine Aufklärungsquote von mittlerweile nahezu 60 % hatten. Das ist eine gute Nachricht für unsere Bürger, die wir entsprechend betonen sollten. Hessen ist eines der sichersten Bundesländer in ganz Deutschland.

Wir haben in den letzten zehn Jahren insgesamt einen Rückgang der Zahl der festgestellten Fälle, und das, obwohl, wie jeder weiß, eine nachhaltige und intensive Aufklärungsarbeit auch dazu führt, dass da, wo man genauer hinschaut, zunächst einmal die Fallzahlen steigen. Das ist z. B. bei der häuslichen Gewalt der Fall gewesen.

Da will ich nur eines richtigstellen. Frau Kollegin Faeser, Sie haben behauptet, der Innenminister habe in seiner Presseinformation, die ich hier vorliegen habe, die SPD für irgendetwas verantwortlich gemacht. Es ist sicherlich kein falsches Zeichen, wenn man Schuldbewusstsein zeigt. Aber das hat er nun einmal nicht getan, und insofern sollten Sie ihm das auch nicht vorwerfen. Ich kann Ihnen wörtlich zitieren, was zu dem Thema in der Presseerklärung steht:

Bei meinem Amtsantritt vor zehn Jahren fand ich eine völlig andere rechtliche Situation vor als heute. Es gab kein Gewaltschutzgesetz, um die häusliche Gewalt zu bekämpfen, ...

Was ist daran falsch? Das ist vollständig richtig. Da steht kein Wort von der SPD. Dass Sie damals gemeinsam mit Rot-Grün im Bund diese Situation zu verantworten hat-

ten, steht auf einem anderen Blatt. Aber dazu hat der Minister nichts gesagt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gute Nachricht über die hervorragende Kriminalitätsstatistik in Hessen ist neben dem individuellen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten das Ergebnis einer klugen, vorausschauenden und nachhaltigen Sicherheitspolitik in Hessen in den letzten zehn Jahren. Bei aller Bescheidenheit weise ich auch darauf hin, dass der Erfolg vor allem den Zeitraum umfasst, in dem die FDP in Hessen an der Regierung beteiligt war. Seit 1998 FDP und CDU in Hessen die Regierungsverantwortung übernommen haben, wird in Hessen das Wort Sicherheit großgeschrieben, und das mit liberaler Handschrift.

Weil die beste Polizeiarbeit immer noch die ist, die durch die Polizisten vor Ort, also durch Polizeipräsenz, geleistet wird, werden wir den Polizeidienst weiter stärken und auch im Jahr 2010 wieder 550 Kommissaranwärter neu einstellen. Weil Sie immer versuchen, das kleinzureden, will ich einmal klarstellen: 1998, als wir angefangen haben, gab es mehr Polizeistellen – auf dem Papier. Was wir geschaffen haben, sind keine Pappkameraden, sondern Polizisten aus Fleisch und Blut. Das ist der Unterschied zu der Zeit unter Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Weil dieses gute Personal, welches wir in der hessischen Polizei haben, auch angemessen bezahlt werden muss, haben wir trotz aller Haushaltskonsolidierung die Vergütung erhöht. Seit April 2009 wurde die Vergütung um 3 % aufgestockt. Ab 1. März, also in fünf Wochen, wird es eine weitere Erhöhung um zusätzliche 1,2 % geben.

Wir Liberale wissen nur zu gut, dass Sicherheitspolitik immer im Spannungsfeld zwischen den Grenzen staatlicher Eingriffe auf der einen Seite und von Bürgerrechten auf der anderen Seite steht. Dass die Wahrung von Bürgerrechten für uns oberste Priorität hat und die Gewährleistung von Sicherheit nicht zulasten von Freiheit gehen darf, ist für uns ein elementares Anliegen. Aber – das unterscheidet uns von der Opposition – in der Regierungsverantwortung ist bei verantwortungsvoller Sicherheitspolitik kein Platz für starre Ideologien. Das sage ich sowohl denen, die bei jeder Neuerung, die diskutiert wird, sofort und in geradezu pawlowschen Reflexen Nein rufen, wie auch denen, die bei jeder aufsehenerregenden Straftat dieser ein neues Gesetz hinterherwerfen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Verantwortliche Politik kennt keine Diskussions- und Denkverbote. Verantwortliche Politik lebt aber auch nicht von Aktionismus, sondern von Besonnenheit.

Besonders positiv möchte ich zu dieser Kriminalstatistik feststellen: Die Erfolge waren auf der Grundlage eines Gesetzesinstrumentariums möglich, welches strengen rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Gerade in letzter Zeit gab es einige Vorkommnisse, die großes mediales Aufsehen erregt haben. Bei dem versuchten Anschlag von Detroit gelang es dem jungen Nigerianer, explosive Stoffe durch die Sicherheitskontrollen zu bringen. Ich muss sagen, es war ein herber Rückschlag, dies zur Kenntnis nehmen zu müssen. In den letzten Jah-

ren wurden die Sicherheitsvorkehrungen erheblich verschärft, und wir alle haben uns sicherlich schon einmal darüber geärgert, wenn man seine Wasserflasche an der Sicherheitskontrolle abgeben musste, um sich danach zu dem doppelten Preis eine neue kaufen zu müssen.

(Florian Rentsch (FDP): Ja!)

In einer Phase, in der wir alle gehofft haben, es könnte vielleicht das eine oder andere wieder gelockert werden, kommt dieser neuerliche Anschlagversuch einem besonders krassen Eingriff in die Entwicklung gleich.

Sehr schnell waren dann wieder neue Techniken in der Diskussion, die das angeblich hätten verhindern können. Meine Damen und Herren, um das ganz offen zu sagen: Auch hier will ich völlig ideologiebefreit diskutieren. Wenn Neuerungen so bahnbrechend sind, dass sie verhindern können, dass heimtückische Gewalttäter explosives Material in den Sicherheitsbereich eines Flughafens schmuggeln können, wenn gleichzeitig sogar eine Besserung für die Passagiere eintritt, weil sie nicht mehr abgetastet werden müssen und weil die Kontrollen sehr viel schneller erfolgen können, dann sollten wir das ganz ergebnisoffen diskutieren. Aber dann will ich auch wissen, dass diese Geräte tatsächlich die Sicherheit der Passagiere erhöhen; sonst können wir uns diese Diskussion sparen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in der Presse gelesen, selbst die neueste Generation von Körperscannern sei nicht in der Lage, die Substanzen zu erkennen, die dieser Nigerianer in seiner Unterhose ins Flugzeug geschmuggelt hat. Wenn das so ist, dann können wir uns die weitere Diskussion sparen. Wenn nicht, dann werden wir uns mit den Themen befassen müssen. Aber das ist in der Tat eine Bringschuld. Zunächst muss klargestellt werden, ob das einen Sicherheitsgewinn bringt oder nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vergangenen Mittwoch wurde am Münchner Flughafen Sprengstoffalarm ausgelöst – auch das, es wurde schon erwähnt, zu Unrecht, wie wir heute wissen. Hunderte von Menschen wurden evakuiert, weil man meinte, an einem Computer Hinweise auf Sprengstoff gefunden zu haben, was aber gar nicht so war. Das zeigt uns: Die derzeitigen Sicherheitsstandards sind so gut, dass Gefahren rechtzeitig erkannt werden können. Woran es in München gefehlt hat, war ein ausreichender und besonnener, ordentlich durchgeführter Personaleinsatz. Nicht auszudenken, was sonst hätte passieren können.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen reichen aus; das ist mein Resümee. Eine effektive, effiziente und erfolgreiche Strafverfolgung findet in Deutschland und insbesondere in Hessen statt, und das innerhalb der bestehenden Gesetze.

(Beifall bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund werden wir auch in Zukunft sehr genau vorher anschauen, ob und inwieweit ein eventueller Eingriff in Bürgerrechte die Sicherheit der Bürger tatsächlich weiter verbessern kann. Bei untauglichen Vorschlägen, das wiederhole ich, brauchen wir in diese Prüfung gar nicht einzutreten; die sortieren wir gleich aus.

Das haben wir im Übrigen auch bisher immer so gemacht, zuletzt bei der umfassenden Novelle des hessischen Polizeigesetzes. Da haben wir die Handlungsmöglichkeiten

der Polizei um praxistaugliche Maßnahmen erweitert und das Gesetz technischen Entwicklungen angepasst. Gleichermaßen haben wir die Bürgerrechte besonders geschützt und Eingriffsschwellen bewusst sehr hoch angesetzt. Damit haben wir eine weitere solide Grundlage auf den Weg gebracht, wie ich hoffe, für weitere zehn Jahre erfolgreiche Polizeiarbeit in Hessen und weitere zehn Jahre Oppositionsarbeit für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Natürlich ist eine positive Statistik ein Grund, stolz zu sein. Auf der anderen Seite ist uns aber auch klar, dass es nur deshalb so erfolgreich geht, weil alle Kräfte engagiert und geeint miteinander arbeiten. Am besten bekämpfen wir die Kriminalität, noch bevor sie überhaupt entsteht. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir auch die nächsten Jahre gut zusammenarbeiten, die Sicherheit in Hessen weiter hochhalten und weiter ausbauen, und das auf der Grundlage des liberalsten Polizeirechts, das wir in Hessen je hatten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Schaus. Sie haben noch vier Minuten.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nicht in die Debatte einmischen, ob die Statistik in Hessen mit 57,8 % schlecht, gut oder hervorragend ist. Denn denjenigen, die in einen Konflikt geraten, die angegriffen werden, nutzt diese Statistik überhaupt nichts. Es ist eine Statistik im Hinblick auf die Aufklärungsquote, es geht aber auch darum, präventive Maßnahmen zu ergreifen. Davon habe ich in dieser Debatte sehr wenig gehört.

Herr Innenminister, es mag auch durchaus richtig sein, ich stimme Ihnen da zu, dass die Debatte über die Polizei und die Bedingungen der Polizei durchaus ritualisiert abläuft. Aber das „Kompliment“ gebe ich Ihnen gerne zurück. Seit zwei Jahren im Parlament erlebe ich auch, wie die Diskussion von Ihrer Seite sowohl im Innenausschuss als auch hier im Plenum geführt wird. Da ist viel dran an Ihrer These mit den Ritualen, so wie wir das auch am Ablauf dieser Debatte und bei dem Antrag von CDU und FDP sehen.

Herr Bellino, ich bekomme richtig Angst bei Ihrem Leitbild eines Überwachungsstaates, den Sie eben charakterisiert haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir leben hier in einer Demokratie, nicht in einem Überwachungsstaat! Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie haben die Kameraüberwachung gelobt und als Erfolg dargestellt – völlig unkritisch und unsensibel.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Unverschämt ist das!)

Sie haben in dieser Diskussion an keiner Stelle eine gesellschaftliche Debatte zur Überwachung aufgenommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen Vorwurf müssen Sie sich in der Tat gefallen lassen.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Normalerweise soll es in dieser Debatte ja um den Austausch von Informationen und Argumenten gehen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir haben doch keinen Überwachungsstaat hier! Wo kommen wir denn da hin! Welchen Unfug muss man sich denn hier anhören? – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Ältestenrat? Ausgerechnet Sie, Herr Irmer!)

– Herr Präsident, ich warte einmal ab.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Schaus, solange das Mikrofon stärker ist als die Zwischenrufe, möchte ich eigentlich nicht einschreiten, sonst könnten wir die Sitzung abbrechen. – Sie haben das Wort.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Innenminister, ich finde es interessant, wozu Sie nichts gesagt haben. Mehrere Rednerinnen und Redner haben auf den inneren Zustand bei der Polizei hingewiesen. Anhand von Beispielen habe ich nochmals deutlich gemacht, dass das Thema Mobbing – besser gesagt: Bossing – durchaus ein relevantes Thema ist.

Nach der öffentlichen Berichterstattung und der Diskussion im Innenausschuss sind an den unterschiedlichsten Stellen zahlreiche Informationen eingegangen: bei uns in der Fraktion und auch bei anderen Fraktionen, wie wir wissen. Diese Informationen haben dieses Problem beleuchtet. Deshalb habe ich erwartet, dass der Innenminister auf dieses Thema auch eingeht.

Herr Innenminister, ich will Ihnen einen konkreten Punkt nennen, der mich in diesem Zusammenhang mit besonderer Sorge umtreibt. Da wird nämlich berichtet, dass Frauen in Vorgesetztenfunktionen in der Polizei diesem Mobbing in besonderem Maße ausgesetzt sind, und gleichzeitig wird berichtet, dass die Vorgesetzten aus deren Sicht in unzureichender Weise dagegen vorgehen.

Das ist eine von vielen Facetten, eines von vielen Themen, das in diese Diskussion hineingehört. Dazu wie auch zum Thema Wirtschaftskriminalität hätte ich von Ihnen, Herr Innenminister, hier eine Stellungnahme und eine Antwort erwartet. Schweigen hilft weder dem Parlament als Entscheidungsgremium noch den Beschäftigten bei der Polizei.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der CDU und der FDP. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich

der Stimme? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Gegenstimmen der übrigen Fraktionen angenommen worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 10 der Tagesordnung** auf:

**Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 57. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2007 – Drucks. 18/1094 –**

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Milde für die CDU, der zuvor aus dem Ausschuss berichten wird. Bitte schön.

#### **Gottfried Milde (Griesheim), Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz kurz zu dem Bericht des Landesschuldenausschusses.

Der Landesschuldenausschuss hat in seiner 54. Sitzung am 23. Juni 2009 die Verwaltung der Schulden des Landes und die Führung des Landesschuldbuches im Haushaltsjahr 2007 geprüft.

Zu den Ergebnissen verweise ich auf Drucks. 18/1094.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, jetzt möchte ich für die CDU-Fraktion kurz dazu Stellung beziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen möchte ich mich an dieser Stelle für die CDU-Fraktion bei dem Rechnungshof bedanken, an der Spitze bei Herrn Präsidenten Prof. Dr. Eibelshäuser, der diesen Bericht mit seinen Leuten zusammen erstellt hat: für die Form der Darstellung – das ist für einen solchen Ausschuss extrem wichtig, denn er ist mit Grafiken, bundesweiten Vergleichen und ökonomischen Ausblicken versehen – wie auch für die Erläuterungen während der Ausschusssitzung. Herr Präsident, ganz herzlichen Dank, und richten Sie das bitte auch Ihrem Hause aus.

Den zweiten Dank möchte ich denen aussprechen, die die Schulden des Landes Hessen verwalten, nämlich den Mitarbeitern im Finanzministerium, der Truppe um Herrn Soll, der dabei eine außerordentlich erfolgreiche und wichtige Arbeit für das Land Hessen leistet. Das hohe Fachwissen in dieser Abteilung und ein sicheres Gespür für Marktentwicklungen vermischen sich nicht mit einer Überschätzung – wie das manchen Banken vorgeworfen wurde –, sondern hier wird sehr vorsichtig agiert.

Ich will das einmal am Beispiel des Jahres 2007 deutlich machen. Im zweiten Halbjahr gab es da einen deutlichen Zinsanstieg, der in Richtung 5 % ging. Die Schuldenaufnahme – im Nachhinein kann man das immer leichter betrachten – fand jedoch Anfang des Jahres und wieder am Ende des Jahres statt, zu den jeweils fast niedrigsten Zinssätzen. Auf diese Weise erwirtschaftet diese Abteilung richtig viel Geld für das Land Hessen. Meinen ganz herzlichen Dank an die Truppe von Herrn Soll aus diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle heute keine Haushaltsdebatte führen. Das ist eine alte Tradition, dass man anlässlich dieses Berichts über die Arbeit des Ausschusses diskutiert.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist ein trauriges Thema!)

Frau Kollegin Wissler, wir haben viele andere Gelegenheiten, über die Höhe der Neuverschuldung und Ähnliches zu reden. Richtig ist, dass auch im Jahr 2007 das Land Hessen nach der Endabrechnung bei der Verschuldung in Deutschland auf Platz 4 lag.

Das ist schon seit vielen Jahren der Stand. Bayern – aus historischen Gründen –, Sachsen – wegen guter Politik der letzten 15 Jahre als einziges neues Bundesland, das vor uns liegt – und noch mit einem knappen Abstand Baden-Württemberg liegen vor uns, alle anderen liegen hinter uns.

Meine Damen und Herren, mit 745 Millionen € Neuverschuldung in diesem Jahr 2007 – so viel will ich doch sagen – war die Neuverschuldung zwar ein ganz kleines Stück höher als 2006, aber das war das erste Jahr ohne große Immobilientransaktionen, sodass sich das strukturelle Defizit im Jahr 2007 verringert hat.

Ich will auch sagen: Die Zahlung von 1 Milliarde € zusätzlich in den Länderfinanzausgleich bei einer Zahlung von mehr als 3 Milliarden € im Jahr hat eine deutliche Sprache gesprochen.

Zum Schluss möchte ich auch für die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss den Vertretern aller Fraktionen danken. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Im Landesschuldenausschuss sind durch eine freiwillige Entscheidung des Ausschusses alle Fraktionen vertreten, auch die kleineren, die nach dem normalen Schlüssel nicht dabei wären. Ich würde mir wünschen, dass auch im Haushaltsausschuss die Diskussion manchmal so sachorientiert und kompetent möglich wäre, wie das hier z. B. mit den Kollegen Norbert Schmitt und Frank Kaufmann möglich ist. Vom Kollegen Leif Blum bin ich es ja auch an anderer Stelle gewohnt. Ich möchte mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Und was ist mit dem Willi?)

– Ausdrücklich kann ich auch den Kollegen van Ooyen in diese Sachdebatte mit einbeziehen: ganz herzlichen Dank für die Debatte im Landesschuldenausschuss, und Danke nochmals an den Rechnungshof und das Ministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Leif Blum (FDP))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht des Landesschuldenausschusses ist nach dem Gesetz natürlich ein Bericht, der sich primär mit der administrativen Abwicklung dessen befasst, was die Landtagsmehrheit als Haushaltsgesetzgeber der Landesregierung in den vergangenen Jahren an Kreditaufnahmen erlaubt hat.

Diese Aufgabe ist übrigens in einem der ältesten, heute noch unverändert geltenden Gesetze des Landes beschrieben – was auch ein Hinweis darauf ist, dass Schulden vom Land schon immer gern und leider auch reichlich gemacht wurden. Aber darauf komme ich noch.

Der Kollege Milde hat darauf hingewiesen: Formal ist das Berichtsjahr dieser Prüfung das Jahr 2007, mit dem sich der Landesschuldenausschuss befasst hat. Zugleich aber haben wir in der Sitzung des Ausschusses, wie es auch vorgesehen ist, einen Bericht des Finanzministers über den Verlauf der Kreditvorgänge des Jahres 2008 mitberaten, sodass es nahe liegt, die Entwicklung der Verschuldung des Landes insgesamt einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Es kommt Folgendes hinzu: Erinnern Sie sich bitte, dass nahezu zeitgleich mit der Beratung im Landesschuldenausschuss im letzten Jahr auf Bundesebene die Debatte geführt wurde, die mit der Einfügung der Schuldenbremse ins Grundgesetz, Art. 109, 109a und 115, endete.

Auch dies, denke ich, gehört zum Thema ebenso dazu wie die schließlich im November vergangenen Jahres vorgelegte Eröffnungsbilanz des Landes, die uns erstmals einen kompakten Blick auf die Vermögens- und damit auch auf die Verschuldungslage des Landes ermöglicht.

Meine Damen und Herren, bevor ich mich damit näher befasse, möchte ich es aber nicht versäumen – auch wenn es Herr Kollege Milde schon getan hat; ich denke, das muss man selbstverständlich auch selbst tun dürfen –, zum formalen Teil der Arbeit des Landesschuldenausschusses den Dank abzustatten. Er gilt dem Präsidenten Herrn Prof. Eibelshäuser; geben Sie ihn bitte auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Rechnungshof weiter. Er gilt natürlich auch denjenigen, die im Finanzministerium die Schuldenverwaltung betreiben.

(Beifall)

Herr Weimar, Herr Dr. Schäfer, in Ihre Richtung und in die Ihrer Mitarbeiter gesprochen: Die Prüfung stellt Ihnen ein tadelloses Zeugnis aus, denn die wenigen Punkte, die nach Verbesserung heischen, liegen eher im Verantwortungsbereich anderer und nicht primär im Finanzministerium. Das ist hier festzustellen, und daran ist auch nichts abzustreichen.

(Frank Lortz (CDU): Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, man kann zusammengefasst feststellen: Die Schulden des Landes werden in Hessen effektiv und korrekt verwaltet. Für diese, in den letzten Jahren deutlich gewachsene, Aufgabe sei allen Beteiligten gesagt: herzlichen Dank für Ihr Engagement und Ihre Leistung.

Aber jetzt komme ich natürlich noch – Herr Kollege Milde wartet schon darauf – zur politischen Würdigung, dem ungleich wichtigeren Teil beim Thema Landesschuld:

(Frank Lortz (CDU): Na, na!)

die Entwicklung der Kreditaufnahmen der vergangenen Jahre und die Perspektive für die Zukunft, und zwar auch für einen Zeitraum, der über die mittelfristige Finanzplanung hinausgeht, also auch über das Jahr 2013 hinaus.

Meine Damen und Herren, der in den letzten 15 Jahren angewachsene Schuldenberg – ich nehme jetzt den Finanzplanungszeitraum hinzu – ist auf dieser Grafik zu sehen. Die kennen Sie schon aus der Haushaltsdebatte.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Ich habe den Schuldenberg hier rot gekennzeichnet, weil rot, wie Sie wissen, in der Buchhaltung die Farbe des Fehlbetrags ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Wieso rot? Nein, schwarz-gelb! – Frank Lortz (CDU): Rote Altlasten!)

Ich gebe zu, dass diese Darstellung natürlich nicht politisch korrekt ist, weil die Roten ebenso wie die GRÜNEN für all diese Schulden, die Sie hier aufgemalt sehen, nichts können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Lortz (CDU): Stimmt, dann wären sie noch viel höher!)

Es sind schwarze bzw. schwarz-gelbe Schulden, sodass es, wenn man es farblich richtig auftragen möchte, so aussehen müsste.

(Der Redner hält eine weitere Grafik hoch. – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bei aller berechtigten – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Kaufmann, Sie müssten es mir eigentlich immer erst vorlegen, bevor Sie es zeigen.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Bitte sehr, aber vor allem diese Seite, Herr Präsident.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, bei aller berechtigten Empörung über die Verantwortlichen für dieses Schuldendesaster darf aber ein besonders kritischer Aspekt nicht übersehen werden, und das ist der Wachstumstrend dieser Verschuldungskurve, die insbesondere auch durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene noch verstärkt wurde. Wir wissen ja, dass der Name „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ offensichtlich genau daher kommt, dass die Schulden beschleunigt wachsen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn sich dieser Trend so wie bislang fortsetzt, haben wir bis zum Jahr 2020 – dem Beginn des Neuverschuldungsverbots für die Länder – locker das Vierfache des jährlichen Volumens des Landeshaushalts an Schulden, über das wir gerade für das Jahr 2007 geredet haben. Von den daraus resultierenden Zins- und Tildungslasten gar nicht zu reden. Mit anderen Worten: Die heutige Debatte über den Bericht des Landesschuldenausschusses ist eine wichtige Gelegenheit, dringend einen Kurswechsel in der Finanzpolitik anzumahnen.

Herr Finanzminister, so wie bislang kann und darf es nicht weitergehen. Wer nachhaltig denkt, der verabscheut das berühmte Motto: „Après nous le déluge!“ Das heißt zu Deutsch: „Nach uns die Sintflut!“ Und er lehnt es ebenso ab, die Schuldenbremse durch eine Abwrackprämie des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu finanzieren, wie es auf dieser Seite des Hauses immer wieder anklingt.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNE haben Ihnen – damit meine ich alle Fraktionen, auch die Landesregie-

– gestern ein erstes Konzept zur Umsetzung der Schuldenbremse präsentiert; denn wir halten den Beginn der Debatte über eine wirksame Haushaltskonsolidierung jetzt für erforderlich. Wir laden alle politischen Kräfte zu dieser Debatte herzlich ein. Wir sollten jetzt damit beginnen, denn ein „Weiter so“ mit dem Schuldenmachen bis ultimo wäre nicht verantwortbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dabei wollen wir GRÜNE möglichst einen breiten politischen Konsens über den finanzwirtschaftlichen Kurs der kommenden Jahre erreichen; denn die Umsetzung der Schuldenbremse ist eine staatspolitische Aufgabe, die über eine Legislaturperiode hinausgeht. Nehmen Sie die heutige Debatte über den Bericht des Landesschuldenausschusses also zum Anlass, den Startschuss für ein gewiss nicht einfaches, aber notwendiges Verfahren zu geben, um die Anforderungen der Gesellschaft und die Leistungsfähigkeit des Staates in ein schuldenfreies Gleichgewicht zu bringen. Je eher wir damit anfangen, umso besser für uns und unsere Kinder und Enkel. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Schmitt, SPD-Fraktion.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal auch von unserer Seite der Dank an den Rechnungshof, an Herrn Prof. Eibelshäuser. Bitte reichen Sie den Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter; denn sie haben hier eine sehr sorgfältige Arbeit abgeliefert und haben wichtige Hinweise zur Aufarbeitung der Schulden-situation, der Kreditaufnahme und auch der Verwaltung der Landesschuld gegeben. Dabei sind interessante Details zutage gefördert worden, und es wurden wichtige Hinweise für uns als Parlamentarier gegeben, aber auch für die Regierung, für diejenigen, die in der Landesverwaltung für die Verwaltung der Landesschuld zuständig sind. An dieser Stelle natürlich auch einen Dank an Herrn Soll, der eine sehr sorgfältige, gute und verantwortungsvolle Arbeit leistet. Er geht mit sehr hohen Summen um, und Kreditaufnahmen haben in jedem Einzelfall für lange Zeit Folgewirkungen und auch erhebliche finanzielle Auswirkungen. Uns scheint es in der Tat so zu sein, dass diese Arbeit sehr gut gemacht wird.

Ich will ebenso – Herr Kollege Milde, wir haben verabredet, dass wir uns gegenseitig loben; ich bin einmal gespannt, wem es in den eigenen Reihen am meisten schadet – Herrn Kollegen Milde danken, weil im Landesschuldenausschuss ein Meinungs-austausch stattfindet, der sehr kompetent ist und immer wieder interessante Aspekte zutage fördert. Aber an dieser Stelle ist es genug des Dankes.

Ich will jetzt die Probleme schildern, ohne zu stark einzugreifen; denn ich konnte mich gestern austoben und habe auch morgen noch einmal die Gelegenheit. Deswegen mache ich das an dieser Stelle nicht so intensiv. Dennoch möchte ich noch einmal die Fakten nennen.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Ja, ja. – Der Schuldenbericht stellt dar, dass wir am 31.12.2007, es ist jetzt schon ein bisschen her, in Hessen 33,6 Milliarden € Landesschulden hatten. Das war im Jahr 2007 immerhin ein Anstieg um fast 600 Millionen €, 586 Millionen €, um genau zu sein. Die Pro-Kopf-Veranschuldung ist in Hessen aufgrund der Landesschulden auf 5.043 € gestiegen und hat damit die 5.000-€-Grenze überschritten. Auch diese Zahl muss man nennen, und sie ist sicherlich kein Anlass zur Freude und zum Feiern.

Zu den Diskussionen, die wir im Landesschuldenausschuss geführt haben, gibt es einen positiven Moment zu nennen: Wir haben immerhin nur noch etwa 2 Milliarden € Schulden mit Zinssätzen von über 6 %. Ich glaube, da kommt auch die Zinsentwicklung zum Ausdruck, die in den letzten Jahren gut war. Wir müssen allerdings mit Besorgnis fragen: Was passiert, wenn die Zinsen wieder steigen? Wo rutschen wir dann hinein?

Der zweite Punkt, der angesprochen wurde – das gehört zu den wichtigen Details –: Es gab eine Untersuchung, die sich damit befasste, ob die Aufnahme von Kassenkrediten sinnvoller gewesen wäre als von Kurzläufern.

Der Rechnungshof kam in einer Nachbetrachtung – er hat das selbst relativiert – zu dem Ergebnis, man wäre knapp 21.000 € besser gewesen, wenn man Kassenkredite aufgenommen hätte. Aber ich will auch da sagen, das ist eine Nachbetrachtung. So etwas kommt überhaupt nur zutage, weil es von den Mitarbeitern des Rechnungshofs untersucht wird. Wir haben eine sehr vernünftige Diskussion dazu geführt. Das fließt dann auch wiederum in die Politik, in die Verwaltung auf Landesseite ein.

Wir führen des Weiteren seit Jahren eine Diskussion um die Frage der Derivate. Auch da sind wichtige Ergebnisse zutage gefördert worden, sind wichtige Hinweise gegeben worden, die auch umgesetzt wurden. Die Diskussion werden wir weiter führen. Es muss im Landesschuldenausschuss auch berichtet werden, welche wirtschaftlichen Vorteile, aber auch warum welche Risiken durch Derivate entstehen. Diese Diskussion wird weitergehen.

Ich will auf die Seite 45 des Landesschuldenberichts hinweisen: die Entwicklung des Schuldenstandes. Danach hatten wir im Jahr 1999 23,6 Milliarden € Schulden – Herr Kaufmann hat es angesprochen – und Ende 2007 32,5 Milliarden €. Das ist ein Anstieg in der Regierungszeit von Herrn Koch und Herrn Weimar um 9 Milliarden €.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

Das heißt, fast 30 % der Schulden des Landes Hessen sind in acht Regierungsjahren aufgenommen worden. Ich glaube, das macht die besorgniserregende Lage deutlich. Deswegen auch mein Fazit – das ist so ähnlich wie das des Kollegen Kaufmann –: Das Schuldenmanagement im Land Hessen ist nicht zu beanstanden. Das wird ganz gut gemacht. Allerdings ist die Schuldenentwicklung weiterhin besorgniserregend. Wenn man in die mittelfristige Finanzplanung hineinschaut, wird einem angst und bange; denn auf diesem hohen Niveau soll es in den nächsten Jahren weitergehen.

Deswegen noch einmal herzlichen Dank. Es ist ein wichtiger Bericht, der manchmal sogar von den Kolleginnen und Kollegen zu wenig zur Kenntnis genommen wird. Es ist eine Momentaufnahme. Aber er zeigt, wie die Entwicklung im Land Hessen bezüglich der Schulden aussieht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Krüger für die FDP-Fraktion.

#### **Fritz-Wilhelm Krüger (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte es nicht versäumen – ich mache es jetzt allerdings ein ganz klein wenig umgekehrt –, zu Beginn der kurzen Rede ein herzliches Dankeschön auszusprechen. Ich mache es insofern umgekehrt, weil ich das Dankeschön zunächst den Mitarbeitern des Ministeriums ausspreche, die die Schulden verwalten. – Da möchte ich einen Klammersatz einfügen: „Schulden verwalten“ ist eigentlich schon ein perverser Ausdruck. Wir sollten uns da wirklich einmal etwas anderes einfallen lassen. Ich habe auch keinen Vorschlag. Aber das ist doch eine etwas seltsame Wortwahl.

Ich möchte das auch begründen. Was ist deren Aufgabe? Die Sicherstellung der Liquidität des Landes zu möglichst günstigen Konditionen mit den Instrumenten Darlehen, Derivate, den Steuerungsgrößen Zinsen, Laufzeiten, Zeitpunkt der Geschäfte.

Meine Damen und Herren, man kann die sehr gute Arbeit dieser Abteilung auch aus einer anderen Ecke beleuchten. Auf der Seite 45, die vorhin schon von dem Kollegen Schmitt erwähnt worden ist, ist auch die Entwicklung des Nettozinsaufwandes der Jahre 1998 bis 2007 aufgeführt. Wenn man für das Jahr 1998 als Basis 100 nimmt bei einer Nettozinslast von knapp 1,3 Milliarden €, dann muss man feststellen, dass wir im Jahr 2007 eine Steigerung auf 104 % zu verzeichnen haben. Das bedeutet, dass wir trotz der erheblichen Steigerung der Nettoverschuldung mit 1,3 Milliarden € im Grunde genommen keine Steigerung bei dem Nettozinsaufwand hatten.

Meine Damen und Herren, das kann man auch noch an einer weiteren Größe festhalten: am durchschnittlichen Zinssatz. Der durchschnittliche Zinssatz betrug im Jahr 2007 4,12 %. Ich glaube, wer etwas mit Geld und Finanzierung zu tun hat und wer sich das Auf und Ab der diversen ökonomischen Situationen und des Zinssatzes einmal vor seinem geistigen Auge vergegenwärtigt, der wird sagen müssen, dass ein durchschnittlicher Zinssatz von 4,12 % im Jahr 2007 sicher eine hervorragende Leistung ist. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herzlichen Dank auch an die Mitarbeiter des Rechnungshofs – es ist schon mehrfach angeklungen –, die diesen Schuldenbericht aufgearbeitet haben und die es uns überhaupt erst ermöglichen, in einer solchen Form die Arbeit zu würdigen und Erkenntnisse zu gewinnen.

Ich bin dem Kollegen Schmitt sogar sehr dankbar, dass er das einmal angesprochen hat: Es wäre durchaus wünschenswert, wenn sich vielleicht noch mehr Kolleginnen und Kollegen mit diesem Bericht beschäftigen würden, weil er durchaus tiefe Erkenntnisse über Finanzströme und die Finanzarchitektur unseres Landes zutage fördert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bedarf nicht des Hinweises, dass die Schuldenhöhe – die Zahl für Ende 2007 von 33,6 Milliarden € ist mehrfach genannt worden – nicht gerade Anlass zur Freude gibt. Das wird durch alle Reihen hinweg in diesem Hause so gesehen. Wenn ich mir die Presseerklärung der GRÜNEN dahin gehend ansehe,

wie wir diese Struktur verändern können – einiges fällt einem sofort ein; wir kennen das alle: Länderfinanzausgleich, Zinsaufwendungen, verschiedene andere Dinge –, dann stelle ich leider Gottes fest, dass wieder einige Tatsachen mit einigen Wunschvorstellungen vermischt worden sind. Ich werde das einmal präzisieren. Dort erwähnt man zwar all diese großen Instrumente, weiß aber gleichzeitig schon, dass der Staat zur Erfüllung seiner zukünftigen Aufgaben mehr Steuern braucht. Daran mache ich erst einmal ein großes Fragezeichen. So geht das quer durch.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich glaube, wir werden nicht umhinkommen können, uns auch der Mühe zu unterziehen – wobei es richtig ist, dass es nicht allein über die Ausgaben zu lösen ist, sondern nur über Strukturreformen –, einmal wirklich und definitiv ein paar Dinge zu benennen, wo Leistungen entweder effektiver erbracht werden können oder wo Leistungen möglicherweise eingespart werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Alle Diskussionen, die wir hier führen, gehen in die gleiche Richtung. Jeder hat das große Strukturpatentrezept. Aber keiner benennt in irgendeiner Form eine konkrete Leistung oder eine konkrete Ausgabe, bei der er sparen möchte. Es ist – das kann ich auch nachvollziehen – mit Sicherheit nicht gerade der Wunsch der Opposition, da hervorzubrechen. Aber wenn ich mir die Debatte von gestern, die Debatte von heute früh und die Debatte zum Haushalt noch einmal vergegenwärtige, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, dann kann ich mich nicht an einen einzigen Antrag erinnern, wo dieses Haus gesagt hat, dass an einer konkreten Stelle eingespart werden soll – außer in der Vorbereitung des Haushalts, und zwar im Wesentlichen geäußert von den Regierungsfractionen, wo tatsächlich einmal Beträge und Zeiträume benannt wurden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Den Sie abgelehnt haben, Herr Krüger! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Kollege! – Norbert Schmitt (SPD): 176!)

– Schon allein diese Reaktion bestätigt mich in der, leider Gottes, etwas pessimistischen Einschätzung zu der Frage,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

die immer wieder beschworen wird: Wie schaffen wir einen breiten – das ist doch das, was Sie wollen und was wir, glaube ich, alle wollen und was auch niemand dem anderen abstreiten sollte – gesellschaftlichen Konsens, dass dies auch einmal tatsächlich gesagt werden kann und nicht nur alles im Wolkenkuckucksheim bleibt? Wir müssen sparen. Wir wollen sparen. Das wollen wir bis zum Jahr 2020 erreichen. Meine Damen und Herren, irgendwann muss nach dem Mundspitzen auch das Pfeifen kommen.

Ich glaube, dass wir mit dem Einsetzen der Haushaltsstrukturkommission, dass mit der Arbeit der Regierungsfractionen und der Regierung selbst die richtigen Wege beschreiten und hoffentlich etwas mehr tun werden, um bis zum Eintreten der Schuldenbremse im Jahr 2020 Rezepte vorzulegen, wie eine Eindämmung dieser Nettoneuverschuldung und der Schuldenlast möglich ist.

Meine Damen und Herren, da ist mein Vertrauen in uns selbst, in die FDP und auch in unseren Partner CDU, wesentlich größer als in die Oppositionsfractionen hinein.

Eine letzte Bemerkung, die ich nur machen möchte, um den einen oder anderen zum Nachdenken anzuregen. Es ist auch schon von Herrn Kaufmann erwähnt worden: Rein durch zeitlichen Zusammenfall haben wir jetzt auch die Eröffnungsbilanz des Landes Hessen. Dort gibt es auch eine interessante Zahl, zumindest eine vorläufige,

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

**Fritz-Wilhelm Krüger (FDP):**

dass wir dort zufälligerweise über 58 Milliarden €

**Präsident Norbert Kartmann:**

Haben Sie mich gehört? Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Fritz-Wilhelm Krüger (FDP):**

– ja, ich komme zum Schluss – nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag reden, im Klartext: über eine Überschuldung des Landes Hessen, und da sind die Pensionsverpflichtungen richtig bewertet.

Ich fordere jeden der Beteiligten auf, darüber mit uns gemeinsam nachzudenken und zu konkreten Sparvorschlägen zu kommen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Minister kann jetzt reden?

(Günter Rudolph (SPD): Nee, die LINKEN!)

– Aber ich habe hier nichts liegen. Die haben weder einen gelben noch sonst einen Zettel abgegeben. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe darauf gewartet, dass alle Fraktionen sprechen. Da das nicht der Fall ist, habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet.

Lassen Sie mich einige wenige Bemerkungen machen, weil wir hier über vergleichsweise sehr viel Geld reden, das weitgehend unbeachtet verwaltet wird, und zwar im Hinblick darauf, was das für die Haushalte der Zukunft bedeutet. Ich bin sehr dankbar, dass die Abgeordneten in besonderer Weise die Arbeit der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorgehoben haben. Das ist bei uns zunächst einmal die Haushaltsabteilung mit Herrn Dr. Worms an der Spitze und Herrn Soll, der schon genannt worden ist. Es gibt viele andere mehr, die dort arbeiten und jeden Tag darum kämpfen, dass wir den erfolgreichen Weg, den wir im Moment haben, dass wir unsere Zinsausgaben seit Ende der Neunzigerjahre nur marginal gesteigert haben, obwohl die Schuldenentwicklung so ist,

wie sie hier beschrieben wurde, erfolgreich weitergehen können.

Dabei ist uns der Rechnungshof immer ein Partner, gelegentlich auch ein wichtiger Sparringpartner, unter dem Gesichtspunkt, dass der Rechnungshof nicht nur die Prüfung macht, sondern dankenswerterweise – das richte ich ausdrücklich an Prof. Eibelshäuser mit seiner Truppe – immer zur Verfügung steht, wenn es Gesprächsbedarf darüber gibt, wie Finanzierungsinstrumente einzuordnen sind und ob es sinnvoll und richtig ist, sie entsprechend einzusetzen.

Außerdem muss man sehr dankbar zur Kenntnis nehmen, dass die Diskussionen im zuständigen Ausschuss des Hessischen Landtags in der Tat so angelegt sind, dass immer wieder die Chance besteht, auch über Risikopositionen, die bestehen, zu diskutieren und zu sagen, wie weit wir gehen.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das in Teilen schon hier angesprochen worden ist. Im Jahr 2007 hatten wir eine inverse Zinsstruktur. Das erste Halbjahr war von großem Konjunkturoptimismus geprägt mit ständig steigenden Zinsen von 4,1 % zum Jahresbeginn auf 5 %. Übrigens sind 0,01 % bei 5 Milliarden € 500.000 €, über die wir reden. Das ist ein Basispunkt, und das muss man beachten, wenn man Verträge auf zehn Jahre oder fünf Jahre oder wie auch immer abschließt.

Diese inverse Zinsstruktur hat dazu geführt, dass die kurz- und mittelfristigen Gelder, die Drei-, Sechs- und Zwölfmonatsgelder teurer waren als die langfristigen Zinsen.

Als der Konjunkturpessimismus begann und sich die Liquiditätsengpässe bei den Banken langsam im zweiten Halbjahr abzeichneten, ist die Zinskurve wieder deutlich gefallen. Jetzt können wir sagen, wir haben Glück gehabt. Ein bisschen Bescheidenheit ist dort auch richtig. Wenn wir alles wüssten, würden wir unser Geld anders verdienen als über die Frage, wie sich Zinsstrukturen entwickeln.

Aber wenn man den Zehnjahreszeitraum sieht, für den ich die Verantwortung trage und in dem ich den Mitarbeitern die Rückendeckung gebe, entsprechend zu wirtschaften, dann sieht man, dass es keine zufällige Entwicklung im Jahr 2007 war. Im Jahr 2007 haben wir nämlich ganz zu Beginn des Jahres Kredite aufgenommen und am Ende des Jahres. Dazwischen haben wir kaum etwas gemacht. Das hat dem Land Hessen auf die Laufzeit zig Millionen Euro gespart. Ich will nur die Größenordnung deutlich machen.

Natürlich kann das auch einmal schiefgehen, und deswegen ist die Diskussion mit den Abgeordneten so wichtig. Wir sitzen teilweise stundenlang mit externen Sachverständigen usw. zusammen. Manchmal bekommen wir von den Chefvolkswirten von internationalen Banken innerhalb einer Woche drei verschiedene Analysen, wie sich die Zinsen in der nächsten Zeit entwickeln werden. Das ist ein weites Feld. Deswegen ist es so wichtig, wie wir dort agieren.

Ein zweiter Punkt. Wir hatten in der Vergangenheit sehr viele fest angelegte Darlehen und wenig variable Verzinsung. Man muss sagen, wenn wir in den Neunzigerjahren alles variabel gemacht hätten, hätten wir wesentlich günstiger abgeschlossen als mit festverzinslichen Darlehen. Ich bin trotzdem der Meinung, dass festverzinsliche Darlehen wichtig sind unter dem Gesichtspunkt, dass man Risiko-

minimierung betreibt. Trotzdem haben wir in Diskussion mit den Abgeordneten und auch dem Rechnungshof den Anteil der variabel finanzierten Darlehen deutlich erhöht.

Allerdings – das ist auch ein Teil der Strategie, die wichtig ist – haben wir mit Derivaten diese variabel verzinslichen Kredite abgesichert. Hier kommt schon wieder der nächste Punkt: Gelegentlich kann man ein gutes Geschäft machen, indem man variabel verzinsliche in festverzinsliche Kredite umwandelt und die Derivate aufgibt. Allerdings muss man auch da wieder entscheiden: Weil sozusagen die Versicherung wegfällt, ist es mir lieber, dass ich die Prämie hole, als den dauerhaft abgesicherten Teil des variabel verzinslichen Anteils am Kreditportfolio zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, das sind sehr schwerwiegende Entscheidungen, die in der Größenordnung zu erheblichen Problemen führen können, wenn man das nicht in der richtigen Art und Weise macht. Da gibt es auch einen Grundsatz, der zwischen den Fraktionen des Hessischen Landtags bzw. denjenigen, die im Landesschuldenausschuss vertreten sind, unstrittig ist: dass dieses Land Steuergelder verwaltet und deswegen keine Geschäfte machen kann, die man möglicherweise als Privatmann machen kann, wenn es auf das eigene Risiko geht. Vielmehr müssen wir hier auf der sicheren Seite bleiben. Das heißt, nicht alles, was möglich ist, können wir bei der Verwaltung der Landesschulden machen. Damit sind wir bisher ausgesprochen gut gefahren.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu der Prüfung an sich machen. Ich denke, es ist richtig, dass auch hier im Protokoll festgehalten wird, dass dort keine Beanstandungen von grundsätzlicher oder erheblicher Bedeutung vorgenommen worden sind. Es gab einige Punkte im Detail. Es gab sogar einen Punkt, bei dem unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen Rechnungshof und Ministerium bestanden. Das ist mittlerweile alles ausgeräumt, das ist auch dem Ausschuss vorgetragen worden. Ich denke, man kann mit dieser Sache insgesamt sehr zufrieden sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich denke, dass wir die Diskussion über Verschuldung und Haushalt an anderer Stelle führen sollten. Das bringt uns hier im Moment nicht weiter. Das Thema hier ist, ob das ordentlich gemacht wird. Ich halte fest: Mit dem bisschen Glück, das man dazu braucht, werden bei uns die Landesschulden hervorragend verwaltet. Ich kann das schon für 2008 und 2009 sagen.

Wenn man sich die Einzelgeschäfte im Detail anschaut – das macht der Rechnungshof –, stellt man fest, wir haben keine Ausreißer negativer Art dabei. Das mag bitte auch so bleiben. Aber ich kann nicht ausschließen, dass, wenn man dort agiert, Beträge gelegentlich auch einmal auf die Minusseite rutschen. Insgesamt sind wir da aber ausgesprochen gut aufgestellt und haben für das Land Hessen in den letzten Jahren und auch 2007 bei den Schulden eine Menge Geld verdient, das wir nicht ausgeben mussten, weil gut gearbeitet worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Bericht ist besprochen.

Der Ausschuss bittet uns, der Landtag möge von diesem Bericht Kenntnis nehmen. Ich stelle fest: Der Landtag hat von diesem Bericht Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein und beginnen um 15 Uhr, wie vereinbart, mit dem Setzpunkt. Danach kann die jetzt nicht mehr aufgerufene Große Anfrage, Tagesordnungspunkt 12, behandelt werden. Das ist die Reihenfolge ab 15 Uhr.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause, bis nachher.

(Unterbrechung von 13.01 bis 15.02 Uhr)

### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle bitten, in den Saal zu kommen und die Plätze einzunehmen.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, habe ich Ihnen einige Mitteilungen zu machen. Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine Laufzeitverlängerung für Biblis, Drucks. 18/1830. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 45 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, nach Tagesordnungspunkt 27, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist des Weiteren ein Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Einzelfallprüfung nach dem Aufenthaltsgesetz auch für Flüchtlinge aus dem Iran, Drucks. 18/1832. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 46 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 18 aufgerufen werden. – Das ist der Fall. Damit haben wir das geklärt.

Es ist eine weitere Mitteilung zu machen. Soeben hat sich im Umgang des Plenarsaals der KSV-Hessen-Kassel-Fanclub gegründet. Wir begrüßen herzlich dessen neuen Präsidenten, Wolfgang Decker, in unserer Runde.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir steigen wieder in die Tagesordnung ein, und zwar mit dem Setzpunkt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16, Tagesordnungspunkt 17 und Tagesordnungspunkt 43** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Studien belegen: Fluglärm verursacht Gesundheitsschäden – Drucks. 18/1786 –**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Gesundheit schützen – Lärm vermindern – Nachtruhe garantieren – Drucks. 18/1787 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Studie zu den Gesundheitsrisiken durch Fluglärm in der Region Rhein-Main – Drucks. 18/1827 –**

Redezeit: zehn Minuten pro Fraktion. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kaufmann zu Wort gemeldet. Herr Kaufmann, Sie haben das Wort.

### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man erlebt bei dieser Landesregierung immer wieder

Überraschungen. Dass sie deutlich rückwärtsgewandt ist, wussten wir schon. Schließlich stammen ihre politischen Ziele eher aus dem 19. denn aus dem 21. Jahrhundert. Doch dass die Regierung uns etliche Jahrhunderte zurück, ins Mittelalter mit all seiner geistigen Düsternis, schicken will, hatten wir dann doch nicht erwartet.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Herr Kollege Arnold, genau das versucht der Herr Verkehrsminister mit seiner Weigerung zu tun, wissenschaftlich fundierte Befunde zum Zusammenhang von Fluglärm und Krankheitsrisiken zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Minister Posch damit locker die Errungenschaften der europäischen Geistesgeschichte seit der Aufklärung über Bord wirft, ist ihm nicht aufgefallen. Hauptsache, er muss nicht über Tatsachen sprechen, die er nicht wahrhaben will, weil sie ihm nicht in den Kram passen. So erleben wir mal wieder die bei der Landtagsmehrheit von CDU und FDP schon gut eingeübte Arroganz der Macht.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, natürlich können Sie beschließen, dass Fluglärm gesund, die FDP nicht käuflich und die Erde eine Scheibe ist.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es bleibt allerdings die Frage: Stimmt das wirklich, oder kann die Mehrheit eben doch nicht die Wahrheit ersetzen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Kann man es anders als erbärmlich nennen, wenn der Herr Verkehrsminister aus Angst davor, Fakten und Argumenten nichts entgegenzusetzen zu können, die Debatte verweigert und sich aus dem Staub macht? Das ist übrigens derselbe Verkehrsminister, der nach dem Urteil des Verwaltungsgeschichtshofs, welches mehr Schutz vor nächtlichem Fluglärm gefordert hat, diesen Auftrag nicht akzeptieren wollte, sondern wortreich und lautstark nach Klärung gerufen hat, um damit die Revision und seinen Widerstand zu begründen. Jetzt wollen Minister Posch und seine Claqueure von der Mehrheit hier im Hause in der Frage der Wirkung nächtlichen Fluglärms genau das Gegenteil von Klärung, nämlich möglichst dichten Nebel, um sich nicht um Aufklärung bemühen zu müssen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist doch Unsinn!)

– Herr Kollege Dr. Arnold, das ist kein Unsinn, sondern empörend; denn die Begründung für den Wunsch nach fortbestehendem Nichtwissen ist der Versuch, das zu stärken, was Minister Posch zuvor öffentlich behauptet hatte, dass nämlich lärmmedizinische Untersuchungen im Planfeststellungsbeschluss nach einem „umfassenden Abwägungsprozess“ – so der Kollege Müller – bzw. nach einem „intensiven Abwägungsprozess“ – so der Kollege Arnold – berücksichtigt worden seien. So stand es in der „FAZ“ zu lesen.

Schauen wir doch einmal nach, ob das stimmt. Der Planfeststellungsbeschluss geht allerdings ohne weitere Prüfungen von § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a des Fluglärmschutzgesetzes aus. Darin finden sich keine wissenschaftlich tragfähigen Befunde über die Wirkung von Fluglärm.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird schon daran deutlich, dass in diesem Gesetz aufgrund intensiver Lobbyarbeit der Fraport AG die sogenannte Frankfurter Schutzvorschrift aufgenommen wurde, nämlich die Unterscheidung in die Buchstaben a und b. Ab 2011, also nach der Genehmigung des Ausbaus in Frankfurt, gilt Buchstabe b – ein um immerhin 3 bis 4 dB(A) niedrigerer Grenzwert als der aktuelle Grenzwert –, während der Ausbau in Frankfurt unter Buchstabe a noch genehmigt werden konnte.

Ansonsten referiert der Planfeststellungsbeschluss nur kurz das Schutzkonzept aufgrund von Fluglärmkriterien der berüchtigten Vier: Griefahn, Jansen, Scheuch und Spreng. Das ist das berühmte Gutachten G 12, das sich in den Antragsunterlagen findet. Darin steht ein nicht unwichtiger Satz, der ein stützendes Element des sogenannten Schutzkonzepts ist. Ich zitiere:

Es kann deshalb vereinfachend als präventiver Richtwert für eine noch tolerable nächtliche Fluglärmbelastung unter Verwendung des physiologischen Überproportional-Schwellenwertes von  $L_0 = 53$  dB(A) und unter Berücksichtigung des vereinfachenden Ansatzes des physiologischen Modells das Kriterium  $13 * 53$  dB(A) vorgeschlagen werden.

Meine Damen und Herren, doch genau zu diesen Kriterien – das ist wichtig – gibt es, vielleicht abgesehen von wenigen Einzelbeobachtungen, keine empirische und erst recht keine epidemiologische Absicherung. Herr Posch, Sie haben doch behauptet, es sei alles berücksichtigt worden. Treten Sie hier ans Pult, und erklären Sie, wo im Planfeststellungsbeschluss Ihres Amtsvorgängers eine Berücksichtigung von Erkenntnissen aus epidemiologischen Studien zur Fluglärmwirkung oder sonstigen empirischen Absicherungen mit Querschnittsdaten aus der vom Fluglärm betroffenen Bevölkerung vermerkt ist. Ich stelle meinerseits fest, dass die Behauptung von Herrn Posch unwahr ist. Dem Planfeststellungsbeschluss liegt nichts dergleichen zugrunde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Wir haben aber jetzt wissenschaftliche und obendrein qualitätsgesicherte Ergebnisse epidemiologischer Studien, die durchaus Erschrecken verursachen. Mit aller gebotenen, der Wissenschaft eigenen Zurückhaltung lässt sich feststellen: Fluglärm führt von einem Dauerschallpegel von 40 dB(A) an zu relevanten Erkrankungen des Herzens und des Kreislaufs sowie bei Frauen unter anderem zu Brustkrebs. Insbesondere der Zusammenhang zwischen Fluglärm und Herz-Kreislauf-Erkrankungen müsse als ursächlich angesehen werden, sagen die Wissenschaftler.

Diese Feststellung ist, im Gegensatz zur Ansicht von Herrn Posch, bereits wissenschaftlich aufgearbeitet. Zumindest wäre eine kritische Diskussion über die Schlussfolgerungen nicht nur möglich, sondern sogar dringend geboten.

Genau diesem Zweck soll die von uns beantragte Anhörung im Landtag dienen, in der wir selbstverständlich unterschiedliche Sichtweisen hören wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir plädieren nämlich – leider erkennbar im Gegensatz zu Ihnen – für einen rationalen Dialog und gegen eine emotionale Voreingenommenheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer, so frage ich, kann angesichts dieser Befunde allen Ernstes so tun, als wenn nichts wäre? Wer meint denn wirklich, dass man die Erkenntnisse aus den greiserschen Studien totsichweigen soll? Ich darf den verehrten Lautsprecher von CDU und FDP freundlich darauf hinweisen, dass wir GRÜNEN weder Emotionen missbraucht noch unverantwortliche Panikmache oder grünen Aktionismus betrieben haben.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das wäre etwas Neues!)

Das waren alles die an uns gerichteten Vorwürfe, die Sie verbreitet haben.

Wir halten es allerdings für zwingend erforderlich, dass über die Erkenntnisse aus den Studien diskutiert wird und dass dann daraus Schlüsse gezogen werden. Aber wir hören und lesen von der Mehrheit in diesem Hause nichts anderes, als dass es eine Abwehrhaltung gibt und den dringenden Wunsch, diese Fakten zu ignorieren. Auch wenn die jetzt erkannten Folgen insbesondere des nächtlichen Fluglärms Ihnen nicht in den Kram passen, existieren sie bedauerlicherweise trotzdem. Herr Dr. Arnold, Sie werden diese Folgen auch nicht durch Ihr Schweigen beiseitigen können.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Will doch keiner!)

Da wir jetzt wissen, dass Krankheiten nicht erst von Dauerschallpegeln ab 60 dB(A) an aufwärts, sondern bereits von Dauerschallpegeln ab 40 dB(A) an aufwärts verursacht werden, sehen wir GRÜNE es aufgrund der Garantenpflicht des Staates im Hinblick auf die Grundrechte – ich erinnere an Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz – als unabdingbar an, genau nachzufragen und genau hinzuschauen. Genau das sollten eigentlich alle, die sich der Vernunft verschrieben haben, ebenfalls wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie sich gern als Hüter des Mediationsergebnisses hervortun. Dazu haben Sie jetzt wieder einmal eine gute Gelegenheit. Das in der Mediation bestätigte No-regret-Prinzip wäre nämlich massiv verletzt, wenn man den Erkenntnissen aus den epidemiologischen Studien nicht intensiv nachginge und die getroffenen und zu treffenden Entscheidungen nicht nach hieraus abzuleitenden Folgen beurteilte. Genau das wollen wir aber: dass sich die verantwortlichen hessischen Politiker verantwortungsvoll um den Schutz der Bevölkerung vor den gesundheitlichen Folgen des Fluglärms kümmern.

Meine Damen und Herren von den Mehrheitsfractionen, deswegen appelliere ich an Sie: Geben Sie Ihren Widerstand dagegen auf, und treten Sie mit uns in einen rationalen Dialog ein. Oder wollen Sie uns am Ende dazu zwingen, parlamentarische Minderheitsrechte in Anspruch zu nehmen, nur um der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen? Das sollten Sie sich noch einmal gut überlegen, und in Verbindung damit sollten Sie sich anschauen, was eigentlich passiert: Dass immer mehr Kommunen unterschiedlichster politischer Couleur das Vertrauen in Ihre Art des Umgangs mit dem Fluglärmproblem verlieren, kann man den Zeitungen täglich entnehmen.

Gehen Sie in sich, und denken Sie noch einmal nach. In dieses Parlament gehört eine rationale Diskussion; denn wir vertreten die Öffentlichkeit, und wir haben dafür zu sorgen, dass sich der Staat um die Gesundheit seiner Bür-

gerinnen und Bürger die richtigen Gedanken macht. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Müller das Wort. Bitte schön, Herr Müller.

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Anfang meiner Rede möchte ich eines feststellen: Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bürger vor jeglichen Gefahren ernst. Die Landesregierung hat sich, genau wie dieses Haus in den vergangenen Sitzungen, sehr intensiv mit dem Thema Fluglärm auseinandergesetzt.

(Günter Rudolph (SPD): Warum treffen Sie dann falsche Entscheidungen?)

Aber ich halte es für gefährlich und für fahrlässig, wenn die GRÜNEN das hohe Gut Gesundheit immer wieder für politische Zwecke emotionalisieren und missbrauchen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

So gemäßigt sich der Kollege Kaufmann heute hier gegeben hat, so wenig gemäßigt verhielt er sich in der Pressekonferenz am vergangenen Montag. Damit das klar ist: Ich kritisiere nicht, dass sich die GRÜNEN mit dem Thema Fluglärm auseinandersetzen. Aber ich halte die Art und Weise, wie sie das tun, nämlich wie sie damit auf niedrigstem Niveau Ängste schüren, einfach für gefährlich. Herr Kaufmann ist schon während der vergangenen Jahre immer wieder über das Ziel hinausgeschossen und hat sich dafür bereits Rügen im Parlament eingefangen.

(Günter Rudolph (SPD): Ach du lieber Gott!)

Mit seinen Äußerungen in der Pressekonferenz am vergangenen Montag hat er aber erneut die Regeln des politischen Anstands mehr als erheblich überschritten.

(Beifall bei der FDP)

Da er hier gesagt hat: „Wir schüren keine Ängste, und wir emotionalisieren nicht“, möchte ich einen Satz zitieren, den er am Montag wortwörtlich geäußert hat:

Oder können wir am Ende ernsthaft damit leben, wenn möglicherweise es als bewiesene Tatsache im Raum steht, dass der Fluglärm dazu führt, dass vielleicht Hunderte pro Jahr sterben müssen, die sonst weiterleben könnten? Ich stelle das bewusst als Frage.

Meine Damen und Herren, wer so etwas in dieser Art formuliert, der spitzt nicht mehr nur zu, sondern er schadet dem Prozess der politischen Diskussion und verlässt die Ebene der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es stimmt!)

Herr Kaufmann, es ist unerträglich, wenn Sie der Landesregierung vorwerfen, leichtfertig mit Menschenleben umzugehen. Für solche Äußerungen sollten Sie sich schämen, und Sie sollten sie zurücknehmen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig und bekannt ist, dass dauerhafter Lärm, unabhängig davon, ob er von Flughäfen, Autos, der Bahn oder von Baustellen ausgeht, gesundheitliche Schäden verursacht.

Sie haben vor Kurzem einen Gesetzentwurf nach dem Motto „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ eingebracht. Kinderlärm erreicht schnell einmal einen Wert über 40 dB(A). Liebe GRÜNE, damit ist nach der Studie – nach Ihrer Auslegung – dieser Lärm lebensgefährlich, so natürlich er auch sein mag. Ich kann an Sie nur appellieren, ehrlich zu bleiben und nicht einmal so und einmal anders zu argumentieren. Lärm ist eben nicht immer vermeidbar, und wir sollten den Menschen auch nichts anderes vorkeln.

In einem Kommentar der „Frankfurter Rundschau“ war zu lesen: Nicht alles, was krank macht, ist verboten. Trotzdem muss man sehr sorgfältig immer wieder abwägen, wie viel Lärm vertretbar ist. – Das ist richtig, und genau das machen wir auch.

Den GRÜNEN geht es hier aber gar nicht um den Lärm und die Gesundheit, sondern den GRÜNEN geht es einzig und allein um den Flughafen, den sie nicht wollen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Der Flughafen macht Lärm!)

Herr Kaufmann, das ist auch deutlich geworden: Sie haben bestimmt zwei Drittel – wenn nicht mehr – Ihrer Rede dem Flughafen gewidmet.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo kommen die Flugzeuge denn her, Herr Kollege? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie doch einmal zu. – Wenn es Ihnen um den Lärm und die Gesundheit der Menschen ginge, müssten Sie sich auch um den Bahnlärm und um den Autolärm kümmern. Aber davon ist bei Ihnen keine Rede. Im Rheintal fahren seit Jahren jede Nacht 50 Güterzüge rechtsrheinisch und 50 Güterzüge linksrheinisch. Die Gleise führen 10 m an den Häusern vorbei. Das ergibt eine Lärmbelastung von 70 bis 80 dB(A), und das nachts.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Dieses Lärmproblem ist seit Jahren bekannt. Auch hierzu hat Herr Prof. Greiser festgestellt, dass das gesundheitsschädlich ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Wann haben Sie sich in den vergangenen Jahren um diese Lärmbelastung gekümmert, die genauso gesundheitsschädigend wie der Fluglärm ist? Wo ist da Ihr Bemühen? Wo ist da Ihre Sorge?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Günter Rudolph (SPD): Was ist denn das für eine Argumentation?)

Daran zeigt sich deutlich, dass es Ihnen nicht um den Lärm und die Gesundheit geht, sondern um den persönlichen Kampf gegen den Flughafen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unglaublich!)

Das, was Sie machen, ist scheinheilig und unehrlich.

(Beifall bei der FDP)

Sie setzen Ihren Kampf gegen den Flughafenausbau unter falschem Etikett fort und versuchen, das Thema am Laufen zu halten. Da kam Ihnen die neue Studie natürlich gerade recht. Es ist schon komisch, dass sie ausgerechnet wenige Tage vor der Diskussion im Dezember veröffentlicht wurde. Dann ist es auch noch ein Zufall, dass ein Bremer Professor eine Studie zum Flughafen Köln/Bonn ausgerechnet in Frankfurt präsentiert. Noch dazu handelt es sich um eine Studie, die erst einmal wissenschaftlich ausgewertet werden muss.

Aber so viel Zeit hatten die GRÜNEN nicht mehr. Sie haben schnell ein Thema gebraucht, um den Flughafenausbau hier wieder ins Plenum bringen zu können. Dann verzichtet man eben ein wenig auf Sorgfalt. Die Hauptsache ist, das Thema bleibt in der Diskussion.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Sorge, dass Ihnen das nicht gefällt und dass Sie sich aufregen, ist schön und gut. Aber das ist nun einmal die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich will mich jetzt noch einmal den sachlichen Grundlagen des Entschließungsantrags zuwenden, soweit sie vorhanden sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo, na endlich! Du hast noch zwei Minuten!)

Dann sehen wir auch, warum die GRÜNEN so ausfällig werden müssen. Denn ihre sachliche Argumentation kann nicht überzeugen. Den GRÜNEN geht es auch gar nicht um die sachliche Argumentation.

Für das Thema Fluglärm ist der Bundesgesetzgeber zuständig. Der Hessische Landtag hat weder die Kompetenz, das Fluglärmschutzgesetz zu ändern, noch könnte er aufgrund einer Anhörung irgendetwas veranlassen.

Wir haben viele wichtige Aufgaben, um die wir uns kümmern. Dazu gehört auch, sich um Untersuchungen zu Maßnahmen zu kümmern, wie man den Lärm reduzieren kann.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das Schöne ist: Ich wusste, dass Sie sich bei dieser Rede schön aufregen.

Es ist nicht erst seit dem neuen Gutachten bekannt, dass Dauerlärm krank macht. Sie tun gerade so, als wäre das eine völlig neue Erkenntnis und als müsste jetzt das gesamte Verfahren neu aufgerollt werden. Diese Prüfungen und das Gutachten zur Lärmbelastung sind im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingearbeitet worden. Sie sind dort berücksichtigt worden.

Wenn es um die Frage der Erstellung von Gutachten geht, dann halte ich es für sinnvoller, das Geld in Gutachten zu stecken, mit denen erforscht wird, wie man den Lärm reduzieren kann. Genau das passiert bereits im Rahmen des Forums Flughafen. Das ist auch genau der richtige Ort. Er wurde genau dafür geschaffen. Deswegen bedauere ich es ausdrücklich, dass sich einige Interessenorganisationen und Gebietskörperschaften aus diesem Gremium verabschieden und dort ihre Mitarbeit einstellen. Ich halte das für der Sache nicht förderlich und nicht richtig.

Auf diesem Gebiet müssen wir forschen und entwickeln. Wir werden die Lärmbelastung im Ballungsraum Rhein-Main nicht durch die Feststellung reduzieren können, dass Lärm krank macht. Das wird uns nicht weiterhelfen. Wir sollten uns damit beschäftigen, wie wir den Lärm reduzieren können. Insofern haben Sie von den GRÜNEN und auch Sie von der SPD einen völlig falschen Ansatz gewählt. Mit einer Anhörung des Professors kommen wir bei dem Thema nicht weiter. Damit wollen Sie in den betroffenen Gemeinden die Emotionen hoch halten. Denn damit lässt sich gut Angst verbreiten. Angst ist die Emotion, mit der die GRÜNEN seit ihrem Bestehen arbeiten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Bei objektiver Betrachtung wissen auch Sie, dass die Übersetzung für den Entschließungsantrag lautet: Wir sind gegen den Ausbau des Flughafens. – Wir von der CDU und der FDP sind für den Ausbau des Flughafens. Wir sind für den Flughafen als Herzstück im Rhein-Main-Gebiet. Deswegen können wir den Entschließungsantrag aufgrund der genannten Argumente folgerichtig nicht mittragen.

Ich richte meine Bitte an die GRÜNEN und speziell an Herrn Kaufmann: Hören Sie mit dem auf, was Sie in der Pressekonferenz am Montag gemacht haben. Sie haben mit solchen Sätzen Angst um die Gesundheit geschaffen. Bei jeder Gelegenheit wollen Sie damit für politische Zwecke emotionalisieren. Hören Sie bitte damit auf. Das ist unerträglich. Was Sie da machen, ist auch gefährlich.

Vielleicht darf ich noch etwas Humorvolles zum Schluss sagen. Herr Kaufmann, Sie kämpfen doch so gegen den Lärm. Fangen Sie doch bitte bei sich selbst an, und verzichten Sie künftig auf Ihre ständigen unqualifizierten Zwischenrufe hier im Plenum.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Günter Rudolph (SPD): So jung und schon so arrogant!)

Das wäre der Gesundheit von uns allen sicherlich sehr förderlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege Müller, die letzte Äußerung war schon etwas grenzwertig.

Für eine Kurzintervention erhält Herr Kaufmann jetzt das Wort. Anschließend spricht Frau Schulz-Asche.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Müller, weil Sie mich ausdrücklich dazu aufgefordert haben, will ich Ihnen sagen: Sie haben sich den Satz aus der Pressekonferenz richtig aufschreiben lassen und zitiert. Er ist so gesprochen worden. Ich halte ihn nach wie vor für richtig.

Sie haben mit Ihrer Darstellung aber etwas getan, indem sie ihn aus dem Zusammenhang gerissen haben. Das insinuiert etwas in einer bestimmten Art und Weise, was Sie dann mit Ihrer Rede aber nicht belegen konnten. Ich werde Ihnen deswegen den Zusammenhang noch sagen. Ich habe darüber hinaus gesagt:

Wir alle wissen, dass der Straßenverkehr in Deutschland Tausende von Toten fordert, jährlich. Keiner käme deshalb auf die Idee, den Straßenverkehr zu verbieten. Aber wir alle sind bemüht darum – Stichwort: Verkehrssicherheit –, dafür zu sorgen und uns weiter anzustrengen, dass die Zahl der Opfer jährlich sinkt.

Genau darum geht es auch bei den Fragen hinsichtlich des Fluglärms.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Es geht darum, Erkenntnisse, die man hat, aufzunehmen und sich weiterhin intensiv darum zu bemühen, dass gesundheitliche Schäden nicht eintreten.

Im Übrigen tut es mir fast leid, dass ich jetzt Ihre Zeit raube. Herr Kollege Müller hat sich mit seiner Rede derart disqualifiziert, dass man, so glaube ich, Weiteres nicht ergänzen muss. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Schulz-Asche verzichtet. – Herr Müller, Sie haben somit Gelegenheit, zu antworten.

(Günter Rudolph (SPD): Entschuldigen Sie sich, dann ist es gut! – Janine Wissler (DIE LINKE): Für die ganze Rede bitte!)

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Zunächst einmal will ich Folgendes sagen: Ich denke, wenn man Zwischenrufe als unqualifiziert bezeichnet, ist das noch keine grenzwertige parlamentarische Verfahrensweise.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Falls das als Kritik verstanden worden sein sollte, entschuldige ich mich beim Präsidenten hiermit höflich.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kaufmann, ansonsten freue ich mich, dass Sie heute wesentlich sachlicher aufgetreten sind.

(Günter Rudolph (SPD): Eben haben Sie ihn noch beschimpft!)

Das sage ich ganz ehrlich. Wenn Sie das immer tun würden, wäre das sehr hilfreich. Allerdings ist das leider nicht immer der Fall.

(Günter Rudolph (SPD): Sind Sie der Oberzensor?)

In dem Bestreben sind wir uns absolut einig: Natürlich müssen wir überall versuchen, möglichst gute Sicherheitsbedingungen für alle zu schaffen. Das gilt auch hinsichtlich der Lärmvorschriften und Lärmbestimmungen. Vor drei Jahren wurde das Fluglärmschutzgesetz auf Bundesebene gemacht. Daran orientieren wir uns. Daran halten wir uns.

Sie haben vorhin in Ihrer Rede vom Mittelalter und sonst irgendetwas gesprochen. Um Himmels willen, war vor

drei Jahren das Mittelalter? Das, was Sie zum Teil machen, würde ich als Steinzeitpolitik bezeichnen. Demnach ist alles, was Lärm macht, gefährlich und böse.

Herr Kaufmann, lassen Sie uns bitte gemeinsam im Forum Flughafen daran arbeiten. Sie haben sicherlich auch guten Kontakt zu den Interessenorganisationen. Lassen Sie uns da weiterhin daran arbeiten. Das ist das richtige Forum, in dem wir uns mit dem Thema Fluglärm auseinandersetzen. Das geschah schon in den vergangenen Jahren. Das werden wir in den kommenden Monaten und Jahren dort fortsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Nach diesem Redebeitrag des Herrn Müller erteile ich jetzt Herrn Schaus für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, wie Sie mit den Ängsten und Sorgen der Anwohner des Frankfurter Flughafens umgehen, verängstigt mich in größter Art und Weise. Um in Ihrem Duktus zu bleiben: Ich finde es in hohem Maße unangemessen, dass Sie in dieser Art und Weise zu dem Problem Stellung nehmen. Das fällt nur auf Sie selbst zurück.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben zahlreiche Studien die gesundheitsgefährdende Wirkung des Fluglärms aufgezeigt. Die hohe Übereinstimmung der Aussagen der vorliegenden Studien, der lineare Zusammenhang zwischen Fluglärmpegel und Erkrankungsrisiko und insbesondere die Kenntnis über die Wirkungsmechanismen des Lärms auf den Blutdruck und das Immunsystem machen es, auch wissenschaftlich gesehen, evident, von einem kausalen Zusammenhang zwischen Fluglärm und Gesundheitsgefährdung und nicht mehr von einem reinen statistischen Zusammenhang auszugehen.

Die Aussage: „Fluglärm macht krank“, bringt nicht nur die Ängste der Menschen rund um den Frankfurter Flughafen auf den Punkt. Sie ist eine nur schwer zu hintergehende wissenschaftlich anerkannte Tatsache. Die Landesregierung versucht aber, die Folgen davon mit allen Mitteln kleinzureden und das zu ignorieren.

Mit drastischer Deutlichkeit und hoher Sicherheit zeigt die Studie des Herrn Prof. Eberhard Greiser etwas. Er hat sie im Übrigen im Auftrag des Umweltbundesamts gefertigt. Dazu lag das Datenmaterial von 1 Million Bürgerinnen und Bürgern vor, und zwar die Krankheitsdaten von den Krankenkassen. Das unterscheidet diese Studie wesentlich von anderen, die bisher dazu erfolgt sind. Herr Müller, ich vermute, Sie haben sich auf die Frankfurter Studie bezogen.

Mit dieser drastischen Deutlichkeit und mit dieser hohen Sicherheit zeigt die Studie, dass es besonders die Störungen der Nachtruhe sind, die zu einem erhöhten Risiko führen, Bluthochdruck und Folgeerkrankungen wie Herzinfarkt oder Schlaganfall zu erleiden. Depressionen und – was eine erschreckende neue Erkenntnis ist – das Risiko, an Brustkrebs zu erkranken, steigen ebenfalls mit der Do-

sis des zu ertragenden Lärms, und das nach der Studie bereits ab 40 dB(A), also einer Größenordnung, die bisher gar nicht gemessen wurde und gar nicht sozusagen flächendeckend erfasst ist.

Die Größenordnungen sind von meinen Vorrednern schon genannt worden; ich will mich nicht wiederholen. Die Auseinandersetzungen um die Begrenzung des gesundheitsgefährdenden Fluglärms beim Ausbauprojekt gibt es spätestens seit Ende der Siebzigerjahre in Hessen. Immer ist es das gleiche Ritual. Die vom Fluglärm Betroffenen versuchen, ihre Gesundheit zu schützen und ein Stück Lebensqualität in ihrem Wohnumfeld zu verteidigen, während die Betreiber der Flughäfen und ihre Lobbyisten in der Politik die Gefahren durch Lärm herunterspielen, Sachzwänge wie Standortkonkurrenz und Wachstumslogik benennen und ökonomische Vorteile für die Region propagieren.

Genau dieses Spiel betreibt die Hessische Landesregierung seit Jahren. Es ist endlich offenbar geworden, dass sie nie ein ernsthaftes Interesse daran hatte, ein Nachtflugverbot zu erlassen, welches die Gesundheit der Bevölkerung schützen könnte. Die Landesregierung treibt ihre einseitig auf die Interessen der Luftverkehrsindustrie ausgerichtete Klientelpolitik aber nun auf die Spitze.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie die Greiser-Studien jetzt auch dem Letzten deutlich gemacht haben sollten, geht es aber im Falle der Gesundheitsgefährdung durch Fluglärm nicht um einen Interessenausgleich. Es geht um Risikoversorge. Das ist eine neue Qualität in dieser Debatte. Es geht um das Recht der im Rhein-Main-Gebiet lebenden Menschen, die wir schließlich auch vertreten, auf körperliche Unversehrtheit.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Es geht um Tausende von Krankheitsfällen, die es zu verhindern gilt. Wie viele Krankheits- und frühzeitige Todesfälle ist uns der Flughafen wert? – Das ist die Frage, mit der die Propagandisten des Ausbauprojektes – Herr Müller – konfrontiert werden müssen. Ich frage die Landesregierung: Wie wollen Sie den Frauen, die in der Region in Frankfurt, Offenbach, Neu-Isenburg, Kelsterbach, Rüsselsheim, Raunheim, Mörfelden-Walldorf, Flörsheim, Hattersheim, Mainz usw. leben, erklären, dass sie, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens aufrechtzuerhalten, ein um 200 % höheres Brustkrebsrisiko akzeptieren müssen?

Was glauben Sie, welchen Zugewinn an Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlichem Wachstum oder Wohlstand – was immer man darunter dann verstehen kann – Sie den Betroffenen versprechen müssen, damit sie bereit sind, dieses Risiko und in letzter Konsequenz das Leid zu ertragen? Sie winden sich um diese Konfrontation herum und versuchen mit immer neuen fadenscheinigen juristischen Winkelzügen und abwegigen Begründungen, den Problemen, die Sie mit ihrer Politik verursachen, aus dem Weg zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Posch, auf die von Ihnen geforderte wissenschaftliche Aufarbeitung der aktuellen Studie von Prof. Greiser müssen Sie nicht lange warten. Das erledigt bereits der Auftraggeber der Studie, das Umweltbundesamt, für Sie. Die Arbeiten sind in zwei bis drei Wochen abgeschlossen und stehen dann zur Verfügung.

Bei der Forderung nach einer epidemiologischen Studie geht es nicht um ein weiteres Gutachten, welches nochmals den Zusammenhang zwischen Fluglärmexposition und Krankheitsrisiken belegen soll. Da hätten wir etwas Grundlegendes missverstanden. Wer diesen Zusammenhang immer noch herunterspielen und negieren möchte, argumentiert in der gleichen Art und Weise grob fahrlässig wie die Leugner des Klimawandels.

Es geht darum, für die Rhein-Main-Region belastende Zahlen für die aktuell auf Fluglärm zurückzuführenden Krankheitsfälle zu erhalten. Darüber hinaus geht es darum, Aussagen über die durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens zusätzlich zu erwartende Anzahl an Krebsfällen zu erhalten. Herr Posch, dass Sie das Zustandekommen dieser Informationen gerne verhindern möchten, weil es Ihren Versuch, das Nachtflugverbot vollends zu kippen, scheitern lassen könnte, ist durchsichtig.

Meine Damen und Herren, eines ist aber sicher – da kann sich die Landesregierung noch so querstellen und an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen vorbeigehen, sich Ausreden einfallen lassen –: Die Studie wird kommen, ob mit oder ohne Ihr Zutun, und wenn wir mit der Sammelbüchse durch die Gemeinden ziehen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das wird gar nicht nötig sein. In Offenbach gibt es bereits einen interfraktionellen Beschluss, die Studie finanziell zu unterstützen. Auch aus Frankfurt gibt es Signale, sich finanziell zu beteiligen. Und die zahlreichen kleineren betroffenen Gemeinden sind so oder so bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas beizutragen. Selbstverständlich wollen wir die Landesregierung aber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen und fordern deshalb in unserem Antrag mindestens eine Drittelfinanzierung der Studie durch das Land Hessen. Das Land soll sich mit seiner finanziellen Beteiligung aber kein Mitspracherecht bei der Auftragsvergabe, dem Design oder der Präsentation der Ergebnisse erkaufen.

Bis auf einige Vertreterinnen oder Vertreter der SPD dürfte es wohl kaum jemanden wundern, dass es nach dem weitgehenden Ignorieren der Ergebnisse des Mediationsverfahrens, der Anfechtung der Bedeutung des Regionalplanes und des scheinheiligen Versprechens eines Nachtflugverbotes zwischen den vom Fluglärm betroffenen Menschen in der Region und der Hessischen Landesregierung keine Vertrauensbasis mehr gibt. Nur der SPD fällt leider nichts anderes ein, als genau wieder den Bock zum Gärtner zu machen.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

Haben Sie aus dem Versprechen von Herrn Holger Börner, dass es keinen weiteren Flughafenausbau mehr geben wird, immer noch nichts gelernt?

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Das gehört dazu, Günter. Ihr habt da eine andere Position.

(Florian Rentsch (FDP): Oh, „Günter“!)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung, die Kali + Salz via öffentlich-rechtlichem Vertrag einen Blankoscheck zur Umwelterstörung und Brunnenvergiftung durch Salzlauge gegeben hat, die gegen alle Sicherheitsbedenken und angesichts des hohen Krebsrisikos für Kinder RWE zur Laufzeitverlängerung der Atomreaktoren in Biblis verhelfen will und die E.ON in einem beschleunigten Verfahren zur Genehmigung des größten Kohle-

kraftwerkes Europas mit einer immensen Quecksilberemission verhelfen will, und die Landesregierung, die in unvergleichlicher Weise die Menschen beim Nachtflugverbot betrogen hat – –

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Gott sei Dank!)

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Diese Regierung will jetzt sogar die öffentliche Debatte über eine Studie zu den Gesundheitsrisiken bei Fluglärm verhindern. Die LINKE trägt weiterhin die Entscheidung der Bürgerinitiativen, vieler Kommunen und Kreise mit, einen vom Land unabhängigen Träger für die Studie zu Gesundheitsrisiken durch Fluglärm zu finden – im Interesse der Menschen im Rhein-Main-Gebiet.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Schaus. – Da Herr Kollege Frankenberger aktuell seinen Redebeitrag zurückgezogen hat, hätten Sie, Herr Dr. Arnold, für die CDU-Fraktion jetzt die Möglichkeit, zu sprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt die CDU mit ihrem Versprechen!)

**Dr. Walter Arnold (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der GRÜNEN hat am Montag eine Studie des Bremer Mediziners Prof. Eberhard Greiser vorgestellt. Daraufhin haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Anhörung im Hessischen Landtag gefordert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, wir sind gern bereit, hier im Landtag erneut über die Erweiterung des Frankfurter Flughafens und auch über die Bedeutung dieses größten privat finanzierten Investitionsprojektes in Hessen und in Deutschland zu sprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Und über den Wortbruch der Landesregierung reden wir auch noch!)

Aber ich stelle mit Bedauern fest, dass Ihre Anträge dazu geeignet sind, mit sehr leicht zu erkennenden Argumenten dafür zu sorgen, dass die Menschen rund um den Flughafen Frankfurt mit dem Thema Gesundheit und Lärm verunsichert werden sollen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was ist an Fakten darzustellen? Der genannte Bremer Mediziner Greiser hat im Auftrag des Umweltbundesamtes Daten von mehr als einer Million Flughafenwohnern der Region Köln/Bonn ausgewertet, um damit den Einfluss von Fluglärm an diesem Flughafen auf Herz- und Kreislauferkrankungen zu untersuchen. Ziel dieser Studie ist unter anderem, die Grenzwerte des derzeitigen Fluglärmgesetzes zu evaluieren.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sehr gut!)

Diese Studie kommt zu dem Schluss – und das ist kommentiert worden –, dass als Folge des Fluglärms ein deutlich gestiegenes Risiko von Schlaganfällen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen festzustellen sei. Es gebe auch Hinweise, dass die Zahl der Krebserkrankungen bei Flughafenwohnern signifikant steige; dies bedürfe aber noch weiterer Untersuchungen.

Ich sage an dieser Stelle eindeutig – Herr Kaufmann, da bin ich bei Ihnen –: Diese Studie ist ernst zu nehmen, ihre Auswirkungen sind zu bewerten. Aber ein paar Anmerkungen dazu möchte ich hier trotzdem deutlich sagen, und ich hoffe, Sie erkennen an dem Duktus meiner Ausführungen, dass ich versuche, sachlich an das Thema heranzugehen.

Diese Studie berücksichtigt logischerweise ausschließlich die Gegebenheiten am Flughafen Köln/Bonn.

(Günter Rudolph (SPD): Dort sind andere Flugzeuge als in Frankfurt!)

– Versuchen Sie doch einmal, zuzuhören und mit Ihren Argumenten auf das einzugehen, was ich Ihnen sage. – Der Flughafen Köln/Bonn hat kein Nachtflugverbot. Die Flugbewegungen dort in der Nacht sind völlig anders zu bewerten, als dies in den Betriebsregelungen des Planfeststellungsbeschlusses zum Flughafen Frankfurt vorgesehen ist.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Haben wir denn ein Nachtflugverbot in Frankfurt?)

In diesem Planfeststellungsbeschluss gibt es eine Reihe von Lärmschutzmaßnahmen, die vom VGH ausdrücklich als rechtsfehlerfrei bewertet worden sind. Ich will nur ein paar aufzählen. Das ist z. B. das absolute Nachtflugverbot auf der neuen Nordwestlandebahn. Das sind in der Zeit zwischen 23 und 5 Uhr Flugzeuge, die eine hohe Lärmzertifizierung erfüllen müssen. Das sind insofern andere Flugzeuge, nämlich lärmarme Flugzeuge der neuesten Generation.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Papierflugzeuge sind das!)

Sie dürfen auch nur zu Gesellschaften gehören, die ihren Geschäfts- und Wartungsschwerpunkt in Frankfurt haben, sogenannte Homepage Carrier.

Sie kennen die geplanten aktiven und passiven Schallschutzmaßnahmen, nicht nur an Privathäusern, Altenheimen, Kindergärten und Schulen, auch aktiver Schallschutz wie der Anflug im kontinuierlichen Sinkflug, in der Kernnacht das Überfliegen weniger besiedelter Gebiete oder die Nutzung der lärmärmsten Start- und Abflugrouten in Frankfurt in der Nacht.

Meine Damen und Herren, warum zähle ich Ihnen das auf? Wir müssen wirklich einmal konsequent die Frage stellen, ob diese Studie von Herrn Prof. Greiser neue Erkenntnisse enthält, welche die genannten Regelungen als unzureichend erscheinen lassen, oder neue, zusätzliche Argumente aufzählt.

Die Studie, die Prof. Dr. Greiser angefertigt hat, baut auf seiner ersten sogenannten Medikamenten- oder auch Arzneimittelstudie auf, die 2006 erstellt wurde. Ihr Ziel war es, den Einfluss von Fluglärm auf die Menge verordneter Arzneimittel zu untersuchen. Die nun vorgelegte neue Studie geht darüber hinaus und legt in einer Analyse Krankenhausdaten zugrunde.

Die wesentlichen Erkenntnisse seiner Studie sind nicht neu. Sie hat Prof. Greiser bereits im Rahmen des Planergänzungsverfahrens zum Flughafen Berlin-Schönefeld und in den Gerichtsverfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt vorgetragen. Auch hier ist man Prof. Greiser nicht überall gefolgt. Entscheidend für die Aussagekraft seiner Studie ist nicht die Quantität, sondern die Qualität der vorliegenden Daten, auch der Zeitpunkt der Erhebung. Herr Greiser hat am Montag selbst nochmals zugestanden, dass die ihm vorliegenden Daten sehr unterschiedliche Zeiträume umfassen. Das heißt, die wissenschaftliche Auswertung, welchen Stellenwert diese Studie in einer Reihe von ähnlichen Studien hat, muss noch erarbeitet werden.

Aber unabhängig von dieser wissenschaftlichen Frage sage ich eines ganz deutlich an die Adresse der Fraktionen der GRÜNEN und auch der SPD. Die Frage, ob diese Studie von Herrn Prof. Greiser eine Anhörung im Hessischen Landtag bewirken soll, ob Änderungen der Lärmschutzgrenzwerte im Fluglärmschutzgesetz notwendig sind, ist keine Sache des Hessischen Landtags.

Ich weise nochmals darauf hin, dass sich die Planfeststellungsbehörde, also das Ministerium von Herrn Posch, das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, bei der Entscheidung im Planfeststellungsverfahren in jedem Fall an Bundesrecht und an den seinerzeit aktuellen Studien orientiert hat. Ich betone deshalb nochmals gern: Das Fluglärmschutzgesetz ist Bundesrecht.

Deswegen ist es ganz eindeutig: Wenn es einen Adressaten für die Anhörung zu dieser Studie und anderen Studien gibt, dann ist es nicht der Hessische Landtag, dann ist es Berlin, dann ist es der Deutsche Bundestag, der für Konsequenzen für den Bundesgesetzgeber zuständig ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber da hat Hessen schon viel zu sagen, oder?)

Deshalb ist die Forderung nach einer Anhörung oder gar einer Studie im Moment reiner grüner Aktionismus. Wir wissen alle, dass sich das Planfeststellungsverfahren zurzeit in einer gerichtlichen Überprüfung befindet. Nach heutigem Stand dieses Verfahrens ist es Sache des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, zu beurteilen, inwieweit im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau des Frankfurter Flughafens frühere, heutige, auch diese aktuellen Gutachten zu Fragen der Lärmmedizin berücksichtigt werden müssen, ob Regelungen zu dem Nachtflugbetrieb angemessen sind oder nicht, oder ob in einem möglicherweise anzuordnenden ergänzenden Verfahren weitere Maßnahmen vorgesehen werden.

Der in Rede stehende Planfeststellungsbeschluss ist für uns nach wie vor das Ergebnis einer gründlichen Prüfung des Antrags und eines intensiven Abwägungsprozesses, zu dem zahlreiche externe Fachleute, Gutachten und die Hinweise vieler Einwender beigetragen haben. Das ist nach Recht und Gesetz erfolgt, nach dem geltenden Bundesrecht.

Wenn es berechtigte Gründe gibt, dieses Gesetz zu ändern, dann ist dafür der Deutsche Bundestag zuständig. Von dieser Beurteilung des Planfeststellungsbeschlusses lassen wir uns jedenfalls nicht durch diesen grünen Aktionismus beirren.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Sie haben nichts mit zu sagen?)

Ich hoffe sehr, dass auch die Menschen in der Region Rhein-Main erkennen, dass wir, CDU und FDP, uns sehr um die Gesundheit der Menschen kümmern und uns unserer Verantwortung bewusst sind, aber dass wir nicht in Aktionismus verfallen, sondern dann handeln, wenn uns die gerichtlichen Verfahren entsprechende Beurteilungen dazu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Eieiei!)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Dr. Arnold. – Ich habe jetzt die Wortmeldung von Herrn Frankenberger für die SPD-Fraktion. Herr Frankenberger, Sie haben das Wort.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr gut, der wird jetzt endlich einmal etwas zum Nachtflugverbot im Mediationsverfahren sagen! Das haben einige schon verdrängt!)

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, ich sage Ihnen jetzt schon: Auch ich werde mich in meiner Rede auf den Flughafen Frankfurt und den geplanten Flughafenausbau beziehen. Ich weiß nicht, warum Sie vorhin den Kollegen von den GRÜNEN dafür gerügt haben. Ich finde, dass Fluglärm und der Flughafen durchaus etwas miteinander zu tun haben und dass man dann auch darauf eingehen muss.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Kollege Müller, auch die Argumentation, die Menschen seien durch den Bahnlärm gesundheitlich beeinträchtigt, und deswegen brauche man auch beim Fluglärm nichts zu machen, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber was wir hier von CDU und FDP geboten bekommen, ich sage es einmal so, ist schlichtweg nicht fassbar. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie brauchten hier doch nur eine einzige Frage zu beantworten: Sind Sie an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Auswirkungen von Fluglärm auf die gesundheitlichen Belastungen der Menschen in der Rhein-Main-Region interessiert?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Günter Rudolph (SPD): Ganz einfach!)

Das ist eine ganz einfache und simple Frage. Nach Ihren Redebeiträgen muss ich feststellen, das sind CDU und FDP nicht. Das muss jetzt einmal festgehalten werden.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Und die Wirtschaftsminister Rhiel und Posch auch nicht!)

Meine Damen und Herren, da finde ich es schon anmaßend von dem Wirtschaftsminister, wenn er dem Hessischen Landtag per Pressemitteilung erklären muss, was der Landtag zu tun und zu lassen hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Ein unglaublicher Vorgang!)

Ob wir im Landtag eine Anhörung dazu durchführen, darüber entscheiden wir selbst – und zwar hier im Hessischen Landtag.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Aber er darf doch eine Meinung haben!)

Meine Damen und Herren, wenn man die Argumentation oder das Verhalten von CDU und FDP oder der Landesregierung nachvollziehen will, dann ist es richtig, sich noch einmal die politischen Rahmenbedingungen zu vergegenwärtigen, unter denen wir diese politische Debatte führen.

CDU, Sozialdemokraten und FDP haben bis zum Jahr 2007 immer gemeinsam die Position vertreten: Wir stehen zum Ausbau des Frankfurter Flughafens – aber unter den Bedingungen des Mediationsergebnisses. Das war unsere gemeinsame Haltung.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, dann ist es schon ein bisschen verwunderlich, wenn wir der Frankfurter Presse entnehmen, der Wirtschaftsminister erklärt, das war von ihm eigentlich nie so richtig gemeint, und er habe immer vor diesem Versprechen des Nachtflugverbots gewarnt.

Herr Kollege Posch, ich habe in den ganzen Jahren nie gemerkt, dass Sie hier warnend den Finger gehoben haben.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Das ist mir und meiner Fraktion entgangen, auch den Menschen in der Region.

(Beifall bei der SPD – Florian Rentsch (FDP): Das ist nicht das Einzige, was Ihnen entgangen ist, Herr Frankenberger, das muss man auch wahrnehmen!)

Dass sich der Wirtschaftsminister jetzt nachträglich vom Ministerpräsidenten distanziert, das mag die Landesregierung mit sich selbst ausmachen. Aber dass er mit dieser Distanzierung den Hessischen Landtag und die Menschen in der Region für dumm verkaufen will, das lassen wir nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es nochmals eindeutig: Wir Sozialdemokraten stehen zum Flughafenausbau. – Herr Kollege Schaus, das unterscheidet uns ganz elementar von Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hermann Schaus (DIE LINKE): In der Tat!)

Herr Kollege Schaus, der Unterschied ist aber auch, dass wir uns durch das Urteil des VGH voll in unserer Auffassung bestätigt sehen. Das aber können Sie von sich nicht sagen, Herr Kollege Schaus.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten fühlen uns von dem, was der VGH geurteilt hat, in allen Punkten bestätigt. Der VGH hat nämlich festgestellt – ich zitiere jetzt mit Genehmigung des Präsidenten aus diesem Urteil –:

Dieses Konzept hält einer rechtlichen Prüfung nicht stand, soweit es 17 planmäßige Flüge in der Zeit zwischen 23 und 5 Uhr zulässt ...

Jetzt kommt es:

Insoweit ist der Beklagte zu einer Neubescheidung zu verpflichten.

Und was macht der Beklagte? Anstatt dieser Aufforderung nachzukommen, hat sich die Landesregierung nun dazu entschieden, beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in Revision zu gehen.

(Horst Klee (CDU): Da wirds geklärt!)

Meine Damen und Herren, wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung gegen das vorgeht, was sie zuvor politisch versprochen hat.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Ein Skandal ist das!)

Jetzt nochmals zur Revision. Ich zitiere wiederum aus den Ausführungen des VGH:

Die Zulassung von 17 planmäßigen Flügen von 23 bis 5 Uhr genügt jedoch nicht den besonderen Anforderungen an den Nachtlärmschutz, die sich aus § 29b Abs. 1 Satz 2 Luftverkehrsgesetz ergeben.

(Nancy Faeser (SPD): Hört, hört!)

Nach dieser Vorschrift ist die Planfeststellungsbehörde verpflichtet, auf die Nachruhe der Bevölkerung in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen. Aus dieser Regelung hat das Bundesverwaltungsgericht

– ich zitiere hier den VGH –

in mehreren Entscheidungen in den letzten Jahren Voraussetzungen abgeleitet, die – gleichsam tatbestandlich – erfüllt sein müssen, damit Nachtflugbetrieb zugelassen werden kann ...

Meine Damen und Herren, der VGH bezieht sich also in seinem Urteil ausdrücklich auf Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Warum dann die Landesregierung der Auffassung ist, sie müsse jetzt beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Revision einlegen, das erschließt sich mir, meiner Fraktion und vielen Menschen überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre so einfach: Die Zulassung von 17 planmäßigen Flügen zwischen 23 und 5 Uhr ist wegen Verstoßes gegen das Abwägungsgebot fehlerhaft. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie brauchen nur Ihre Hausaufgaben zu erledigen – dann wären wir wahrscheinlich schon ein ganzes Stück weiter.

Ausdrücklich hat der VGH weiter festgestellt: Die in der Zeit von 23 bis 5 Uhr zugelassenen Flüge in der Mitte der Nacht werden sich „lärmmmedizinisch besonders nachteilig auswirken“.

Damit sind wir bei der von SPD, GRÜNEN und auch von der LINKEN geforderten Anhörung und bei dem geforderten Gutachten des Bremer Mediziners Eberhard Greiser zur Gesundheitsbelastung durch Fluglärm in der Region Köln/Bonn.

Meine Damen und Herren, wir fühlen uns durch die Ergebnisse dieses Gutachtens ausdrücklich in unserer Auffassung bestätigt, dass ein Nachtflugverbot und ein Festhalten am Mediationsergebnis unumgänglich sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe diese ganzen Winkelzüge nicht, mit denen man hier vorgeht, um dieses Gutachten zu verhindern.

(Günter Rudolph (SPD): Juristische Winkelzüge!)

Die Ergebnisse sind doch eindeutig. Die Verschreibungen von Medikamenten gegen Bluthochdruck und von Arzneimitteln zur Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen, von Beruhigungs- und Schlafmitteln steigen in Häufigkeit und Menge der Verordnungen mit der Intensität des Fluglärms, dem die Menschen ausgesetzt sind. Die Ergebnisse belegen eindeutig, dass sich die Belastung durch Fluglärm nachteilig auf das Immunsystem auswirkt.

Eine weitere grundlegende Erkenntnis ist – und da sollten wir jetzt alle nachdenklich werden –, dass die schädlichen Folgen sich bereits bei einer viel geringeren Lärmintensität bemerkbar machen, als wir bisher angenommen haben. Meine Damen und Herren, das ist die grundlegend neue Erkenntnis, die wir nicht ignorieren können – im Interesse der Gesundheit der Menschen in dieser Region.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Arnold, das sind wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse. Sie sind auch nachvollziehbar. Untersuchungen in Skandinavien und den Niederlanden sind zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Der Wirtschaftsminister erklärt dann aber, wir würden mit der Forderung nach einer Anhörung im Landtag und nach einem Gutachten zu den Folgen der Lärmbelastung rund um den Flughafen Emotionen schüren.

Herr Wirtschaftsminister, welche Ignoranz gegenüber dem Gesundheitsbedürfnis der Menschen in dieser Region spricht eigentlich aus Ihren Worten?

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Emotionen zu schüren. Die Menschen in der Region sind – nicht zuletzt wegen des Verhaltens der Landesregierung, aber auch wegen der neuesten Erkenntnisse – aufgewühlt und tief verunsichert.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, was wir heute von Ihnen erleben, das ist eine Ohrfeige und schlichtweg unverantwortlich gegenüber dem Gesundheitsbedürfnis und auch gegenüber den berechtigten Ängsten der Menschen.

Ich kann das nicht nachvollziehen. Es wird doch niemand ernsthaft behaupten, dass die Menschen in dieser Region anders auf Lärmbelastigungen durch Fluglärm reagieren als 800.000 Menschen in der Region Köln/Bonn. Diese Schlussfolgerung ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Der VGH hat ausdrücklich festgestellt: Der Lärmschutz ist im Planfeststellungsbeschluss nicht ausreichend gewichtet worden. Hier besteht also Handlungsbedarf, sich mit den neuesten Erkenntnissen der gesundheitlichen Folgen durch Lärmbelastigung auseinanderzusetzen.

Da hilft auch kein Hinweis auf ältere, vorhandene Studien: Die Menschen haben einen Anspruch darauf, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu bekommen, damit die Politik und diejenigen, die dafür verantwortlich sind, angemessen reagieren können.

Die Ablehnung von CDU und FDP, hier ein Gutachten erstellen zu lassen, wird doch das Misstrauen der Menschen gegenüber dem Flughafenausbau weiter erhöhen.

Die Menschen in der Region wollen und können auch nicht auf die Ergebnisse aus Leipzig warten – bis das Revisionsverfahren entschieden ist. Sie haben jetzt Anspruch auf eine ehrliche Aufklärung darüber, welchen gesundheitlichen Belastungen sie ausgesetzt sein werden.

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege!

**Uwe Frankenger (SPD):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Ich bin davon überzeugt: Das Gutachten wird sowieso kommen. Dann kann man es auch jetzt beschließen. Schätzungen gehen davon aus, dass ein solches Gutachten ungefähr 500.000 € kosten wird. Meine Damen und Herren, das sollte uns doch die Gesundheit der Menschen wert sein. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Frankenger. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Staatsminister Posch das Wort.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Frankenger, erlauben Sie mir nur einen Hinweis. Wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, dann haben Sie gesagt, aus dem Gutachten, das jetzt vorgelegt worden ist und für den Kölner Flughafen gelte, sei doch evident, dass es zu Gesundheitsschädigungen komme, und das müsse man berücksichtigen.

Darf ich Sie fragen, wozu Sie dann, wenn Sie das einerseits so sagen, überhaupt noch ein Gutachten brauchen?

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Bitte schön, ich habe gelesen, was die Sozialdemokraten beantragt haben. Nur das, was Sie eben begründet haben, war nicht das, was Sie beantragt haben, denn danach wäre ein Gutachten überhaupt nicht erforderlich.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Aber Herr Posch, das sind wir wirklich nicht gewohnt!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Kaufmann, Sie haben ausgeführt, das würde uns nicht in den Kram passen. Sie haben dann auch noch sinngemäß gesagt, wir würden so tun, als würde Fluglärm gesund machen. Die Realität der Verwaltungspraxis der Hessischen Landesregierung sieht völlig anders aus. Die Diskussion über die gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm hat die Landesregierung immer geführt – seit es die Diskussion um den Flughafen gibt –, und sie hat entsprechende Maßnahmen ergriffen.

(Beifall bei der FDP)

In zig Genehmigungsentscheidungen hat die Lärmbeeinträchtigung eine Rolle gespielt. Ich erinnere beispielsweise daran, dass wir Landeentgelte genehmigt haben, die natürlich zugrunde gelegt haben, wie hoch die Lärmintensität ist, weil wir die Airlines zwingen wollten, den Lärm zu reduzieren bzw. weniger lärmintensives Fluggerät einzusetzen. Deswegen können Sie doch nicht sagen, dass wir das Thema Lärmbeeinträchtigungen nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage an dieser Stelle auch einmal: Sie wissen, dass es ein Lärmschutzprogramm auf freiwilliger Basis gibt. Die Lärmreduzierung wird von Fraport selbst natürlich ernst genommen. Also tun Sie bitte nicht so, als würden wir uns dieses Themas nicht annehmen.

Herr Kollege Frankenberger, mit der Frage: „Sind Sie an den Erkenntnissen dieses Gutachtens nicht interessiert?“, und mit der Art und Weise, wie Sie diese Frage dann für sich beantwortet haben, haben Sie uns unterstellt, wir seien an diesen Erkenntnissen nicht interessiert. – Natürlich sind wir an diesen Erkenntnissen interessiert; und in dem Planfeststellungsbeschluss, den Sie genannt haben, ist eine Vielzahl von Gutachten zur Frage der Lärmbeeinträchtigung und der gesundheitlichen Auswirkungen eingeflossen, unter anderem ein Gutachten von jenem Professor, der jetzt vor Kurzem ein neues Gutachten für den Flughafen Köln vorgelegt hat. Versuchen Sie doch bitte nicht, den Eindruck zu erwecken, als würden wir uns dieses Themas nicht annehmen.

Meine Damen und Herren, die Studie von Herrn Prof. Greiser ist für uns von großem Interesse, und wir werden sehr wohl sehen –

(Nancy Faeser (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Minister Dieter Posch: Nein!)

– Gut.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Wir werden sehen, wie sich die wissenschaftliche Diskussion um dieses Gutachten – hierauf hat Herr Dr. Arnold sehr sachlich hingewiesen – auswirken wird. Dieses Gutachten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht qualitätsgesichert. Bei der Mediation beispielsweise war es Usus, dass jedes Gutachten qualitätsgesichert worden ist. Es findet eine wissenschaftliche Diskussion zu diesem Thema statt. Aufgrund der Diskussion werden wir sehen, welche Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Frankenberger, wissenschaftliche Gutachten zu diesem Thema haben unter anderem dazu geführt, dass vor nicht einmal drei Jahren das Fluglärmschutzgesetz in Berlin – unter Ihrer Regierungsmitverantwortung; ich erinnere mich, wer damals in Berlin in diesem Bereich Verantwortung getragen hat – geschaffen worden ist. Damals ist das Fluglärmschutzgesetz zustande gekommen und hat den letzten Stand der lärmmedizinischen Wissenschaft zugrunde gelegt. Darin hat der Bundesgesetzgeber sehr genau festgelegt, welches Maß an Fluglärm er für zumutbar erachtet. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse

ist in diesem Fluglärmschutzgesetz eine politische Entscheidung getroffen worden. Die Festlegung dieser gesetzgeberischen Wertentscheidung bindet die Planfeststellungsbehörde. Sie bindet auch die übrige Verwaltung und die Gerichte.

(Unruhe bei der SPD)

– Da hören Sie weg. – Herr Kollege Frankenberger, wenn Sie hier den Hessischen Verwaltungsgerichtshof zitieren – und dann zum Thema Revision: das, was wir diskutieren, hat mit der Revisionsentscheidung im Moment überhaupt nichts zu tun –,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Doch!)

dann müssen Sie ihn richtig zitieren. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat Folgendes gesagt:

Mit der Festlegung der Grenzwerte hat der Gesetzgeber die Planfeststellungsbehörden und die Gerichte weitgehend von der bisher gebotenen intensiven Auseinandersetzung mit der Lärmwirkungsforschung entbunden.

Das heißt, im Fluglärmschutzgesetz hat man gesagt: Wir nehmen auf der Grundlage der Lärmwirkungsforschung bestimmte Werte an. Diese werden im Gesetz kodifiziert, und damit wird der Planfeststellungsbehörde ein Instrumentarium an die Hand gegeben, diese Abwägungsentscheidung nicht individuell und im Einzelfall bis ins letzte Detail herbeizuführen. Das ist auch richtig, weil ich folgender Meinung bin: Der Gesetzgeber muss aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse abstrakt generelle Normen formulieren, die dann im Einzelfall zur Anwendung kommen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dann sagt er:

Die lärmmedizinischen Erkenntnisse sind weiterhin bedeutsam für die Überprüfung und gegebenenfalls die Fortschreibung der Grenzwerte durch den Gesetzgeber ...

Das ist das, worauf Herr Müller und Herr Dr. Arnold hingewiesen haben. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat also gesagt: „In dieser Frage habt ihr richtig entschieden“, weil wir nämlich die Grenzwerte eingehalten haben. Er sagt gleichwohl – und das füge ich hinzu –: Wenn die Forschung zu anderen Ergebnissen kommt, dann wird das einer Veränderung zugeführt werden müssen.

Herr Frankenberger, jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Ich weiß jetzt nicht, wo Sie sind. – Ach, da ist er. Herr Frankenberger, wenn Sie die Ehre hätten, mir zuzuhören.

(Uwe Frankenberger (SPD): Ich kann beides!)

Der Gesetzgeber auf Bundesebene hat sich selbst auferlegt, im Abstand von zehn Jahren die von ihm festgelegten Lärmgrenzwerte zu überprüfen. Meine Damen und Herren, sehr verehrter Herr Frankenberger, Herr Kaufmann, wenn dieses Gutachten und die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Gutachtens und dieser Erkenntnisse dazu führen, dass die Lärmgrenzwerte im Fluglärmschutzgesetz nicht ausreichend sind, wird es notwendig sein, dieses Fluglärmschutzgesetz entsprechend zu ändern. Dann haben wir eine Handlungsgrundlage, auf der wir möglicherweise neu entscheiden müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist die gesetzliche Grundlage!)

Herr Kollege Frankenberger, es geht mir nicht darum – ich bin in diesem Hause lang genug Abgeordneter –, irgendjemandem das Recht zu nehmen, sich über irgendetwas zu informieren und Anhörungen durchzuführen. Aber der Gang der Angelegenheit ist hier ein anderer. Deswegen beantworte ich Ihre Frage ausdrücklich mit Ja. Wir sind an diesen Erkenntnissen und der Fortentwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnisse natürlich interessiert. Aber der Weg ist nicht der, dass wir hier über eine Anhörung möglicherweise Erwartungen wecken – auf der Grundlage eines Gutachtens –, die ich letztendlich nach einer Beschlussfassung oder Diskussion im Hessischen Landtag gleichwohl nicht verwirklichen würde. Das heißt, ich würde hier einen Erwartungshorizont aufbauen, der besagt, es müssten andere Grenzwerte gelten. Sie gelten aber nicht, weil das Fluglärmschutzgesetz auf der Grundlage früherer Erkenntnisse bestimmte Normen festgesetzt hat. Das ist der Grund, warum ich gesagt habe, dass es keinen Sinn macht, diese Diskussion zu führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir und dieser Landesregierung doch allen Ernstes, und nehmen Sie es mir ab, dass die körperliche Unversehrtheit der Menschen ein hohes Rechtsgut ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir glauben dieser Landesregierung gar nichts mehr!)

Herr Kollege Kaufmann hat auf die einschlägigen Vorschriften des Grundgesetzes hingewiesen. Ja, aber es macht keinen Sinn, hier über eine Anhörung einen Eindruck zu erwecken, den ich dann möglicherweise enttäuschen muss. Deswegen sage ich sehr wohl: Vielleicht war der Evaluierungszeitraum von zehn Jahren etwas übereilt. Vielleicht ist er falsch, und vielleicht werden wir aufgrund der wissenschaftlichen Diskussionen zu dem Ergebnis kommen, dass das möglicherweise geändert wird.

Ja, es ist richtig: Dieses Gutachten ist von Stellen wie dem Umweltbundesamt unterstützt worden, bzw. es sind Informationen zur Verfügung gestellt worden. Wenn Sie sich die Studie anschauen, dann werden Sie feststellen, dass sie in erster Linie einen Beitrag zur Angemessenheit von Lärmgrenzwerten darstellt. „Zur Angemessenheit von Lärmgrenzwerten“ kann heißen, dass man evaluieren muss und beim Fluglärmschutzgesetz zu anderen Grenzen kommen kann.

Zudem besagt die Studie, dass passiver Schallschutz in der Regel zu einer starken Verringerung von Krankheitsrisiken führe. Gerade diesen passiven Schallschutz hat der Bundesgesetzgeber im Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vorgesehen. Für Genehmigungsentscheidungen über den Betrieb einzelner Flugplätze ist dieser Studie zu wenig zu entnehmen.

Herr Kollege Frankenberger, Sie haben eben krampfhaft versucht, eine Brücke zu der Revisionsentscheidung herzustellen. Für die Genehmigungsentscheidung über den Betrieb einzelner Flugplätze ist der Studie aber nichts zu entnehmen. Das hatte ich gesagt. Sie führt im Übrigen nichts dazu aus, wie viele Flugbewegungen zwischen 23 und 5 Uhr nachts – das ist der Gegenstand der Revisionsentscheidung – von Bedeutung sein könnten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist falsch!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, freundschaftlicher Hinweis: Die Fraktionsredezeit ist jetzt abgelaufen.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Letzter Satz. – Ich möchte Ihnen versichern: Sollte es aufgrund des Gerichtsverfahrens zu einer Planergänzung hinsichtlich der Nachtflugregelung kommen, so werden selbstverständlich sowohl die Wertungsentscheidungen im Fluglärmschutzgesetz als auch der aktuelle Stand der Wissenschaft Eingang finden. Das waren die Intention und die Motivation, warum ich gesagt habe: Aufgrund dieses Sachstandes macht es wenig Sinn, dies gegenwärtig zu problematisieren, weil Erwartungen geweckt werden, die möglicherweise nicht erfüllt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber Aufklärung macht immer Sinn!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Das Wort hat der Kollege Schäfer-Gümbel.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Posch, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie hier verzweifelt versucht haben, den Eindruck zu erwecken, dass die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Studie nichts mit der von Ihnen beschlossenen Revision beim Bundesverwaltungsgericht zu tun haben. Das ist falsch. Es ist deswegen falsch, weil, wenn Sie in dem Revisionsverfahren neue wissenschaftliche Erkenntnisse einführen müssten und würden, sich natürlich die Begründungszusammenhänge der Entscheidung beim Bundesverwaltungsgericht verändern würden, weil Sie Koordinaten verschieben.

Das ist der entscheidende Punkt der Studie, die uns vorliegt. Denn das wesentliche Ergebnis ist Folgendes: Die Studie sagt im Kern, dass es bereits bei 48 dB(A) maximale Effekte gibt. Das ist ein Pegel, den die Autoren der anderen Studien noch für völlig vertretbar hielten. Das ist das Entscheidende dieser Studie.

Wir sollten uns auf das zurückbesinnen, was wir gemeinsam in zehn Jahren im Hessischen Landtag beschlossen haben – gemeinsam heißt an dieser Stelle: Union, Sozialdemokratie und FDP –: dass wir das Mediationsergebnis umsetzen, dass wir die Nachtruhe durchsetzen.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Hessen war für Sie hinsichtlich der Bewertung der Abwägung der 17 Nachtflüge eine schallende Ohrfeige. Im Urteil ist Ihnen dezidiert gesagt worden, dass die Abwägung, die zur Zulassung von 17 Nachtflügen geführt hat, eben nicht richtig war, weil das Lärmschutzinteresse der Bevölkerung nicht hinreichend gewürdigt wurde. Wenn Sie jetzt – deswegen wäre die Anhörung so spannend – neue Erkenntnisse einführen würden, wenn Sie das untermauern würden, was Sie vorher als gerichtsfeste Entscheidung deklariert hatten, es mit neuen Argumenten unterfüttern würden, sage ich Ihnen, wird die Revision in einem anderen Licht erscheinen; denn das können sie nicht ignorieren.

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie Vertrauen bei der Frage, wieso es zu bestimmten Entscheidungen gekommen ist, zurückgewinnen wollten, wären Sie klug beraten, jetzt eine solche Studie in Auftrag zu geben. Das würde es uns wahrscheinlich erleichtern, vor Gericht zu begründen, warum wir beim Ausbau unter gleichzeitiger Garantie der Nachruhe Wort halten wollen. Wenn Sie es nicht wollen – Dr. Christean Wagner hat es beim letzten Mal in seiner Rede angelegt, dass es eigentlich eine neue politische Position gibt, die besagt: wir wollen das, was wir zehn Jahre lang versprochen haben, nicht halten –, dann sollten Sie es ehrlich sagen. Aber im Interesse dessen, was wir gemeinsam versprochen haben, wäre es sogar zwingend notwendig, dass Sie diese neuen Erkenntnisse in das Verfahren einbringen. Eine Weigerung Ihrerseits ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass Sie sich politisch längst vom Versprechen an die Region verabschiedet haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Günter Rudolph (SPD): Die Regierung hat keine Argumente mehr!)

Dann kommen wir zur Behandlung der Anträge. Stimmen wir den Entschließungsantrag direkt ab?

(Günter Rudolph (SPD): Alles an die Ausschüsse!)

– Alles an die Ausschüsse. Das ist umso besser. Dann überweise ich die Anträge Drucks. 18/1786, 18/1787 und 18/1827 an den Ausschuss. Hat irgendjemand Bedenken? – Das ist nicht der Fall. – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe dann den nächsten Tagesordnungspunkt auf und weise vorsorglich darauf hin, dass sich alle ein bisschen kürzer fassen, wenn es irgend geht, weil wir wegen der Feierstunde um 16:55 Uhr aufhören wollen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 12** auf:

#### **Große Anfrage der Abg. Dr. Spies, Fuhrmann, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Leih- und Zeitarbeit in Hessen – Drucks. 18/1619 zu Drucks. 18/424 –**

Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, wir machen alle ein bisschen schneller. Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Landesregierung für das Bemühen bedanken, eine Antwort auf die umfangreichen Fragen zu geben. Ich glaube, das ist fällig und auch angebracht.

Meine Damen und Herren, die „Frankfurter Rundschau“ hat im Januar dieses Jahres getitelt: „Die Zeitarbeit – ein deutsches Drama“. Sie hat dabei nicht den Missbrauch der namhaften Drogeriekette gemeint, sondern die faktische Zweiklassengesellschaft, die durch den enormen Boom bei der Zeitarbeit auf dem Arbeitsmarkt inzwischen entstanden ist. Die Zahl der Zeitarbeitskräfte hat sich seit 1997 – da waren es 200.000 Menschen – auf inzwischen fast 800.000 Menschen erhöht. Der DGB geht davon aus, dass es sogar über 1 Million Menschen sind.

Auch die Zahl der Firmen hat sich seit den Neunzigerjahren verdreifacht. Insgesamt hatten – das sind Zahlen, die die Landesregierung dankenswerterweise aus Statistiken der Bundesagentur für Arbeit herausgesucht hat – ungefähr 48.000 Menschen von 60.000 Registrierten eine Arbeit. Die Anzahl ist in den letzten fünf Jahren auf mehr als das Doppelte, auf inzwischen 50.000 Menschen in Hessen, angestiegen.

Jetzt kann man sagen: Bei den eher politischen Fragen, wo keine Zahlen, sondern Einschätzungen der Landesregierung gefordert sind, also insbesondere bei den Fragen 10 und 11, kann man unerschwerlich lesen: Was kümmern mich die paar Menschen? Im Vergleich zum gesamten Arbeitsmarkt ist die Zahl der Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer eher gering.

Als ich die Große Anfrage eingebracht habe, war es ein noch wenig beachtetes Thema. Ich glaube, man sieht auch aus der Antwort der Landesregierung, dass die Landesregierung eher die positiven Seiten dieser Beschäftigungsmöglichkeiten sieht. Was mir fehlt, sind die Bemerkungen zu den Risiken und Nebenwirkungen des scheinbaren Jobwunders Zeitarbeit. Davon ist in der Antwort auf die Große Anfrage nicht die Rede.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heute, im Januar 2010, steht die Zeit- und Leiharbeit eher im Kreuzfeuer der Kritik –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

aus vielen guten Gründen. Denn die Zeitarbeit ist nicht Germanys next Topmodel für den deutschen Arbeitsmarkt. Auch wenn man sagt, dass nur ein geringer Teil der Betriebe überhaupt Zeitarbeitskräfte einsetzt, so haben –

(Minister Michael Boddenberg und Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer führen an der Regierungsbank ein Gespräch.)

– Herr Boddenberg, Herr Dr. Schäfer, es stört wirklich sehr, selbst mit Mikrofon.

(Holger Bellino (CDU): Reden Sie ein bisschen aufmerksamer! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die Landesregierung hat nicht dazwischenzuquatschen, wenn da vorne geredet wird!)

– Herr Bellino, behalten Sie doch Ihre unflätigen Bemerkungen für sich. Es ist doch schon geregelt. – Vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Meine Damen und Herren, auch wenn nur ein geringer Teil der Betriebe überhaupt Zeitarbeit einsetzt, so sind es in den Betrieben, die Zeitarbeit einsetzen, 45 % der Belegschaft. Das muss uns zu denken geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Neueinstellungen werden nur noch über Zeitarbeitsfirmen abgewickelt. Über 10 % der entleihenden Firmen beschäftigen immerhin ein Fünftel ihrer Belegschaft in Zeitarbeit, Tendenz steigend.

Gedacht war Zeitarbeit eindeutig zum Abwickeln von Auftragsspitzen in der Produktion. Dafür war sie gedacht, dafür ist sie auch sinnvoll.

(Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Heute werden jedoch unsichere Beschäftigungsverhältnisse mehr und mehr zur Regel, und zwar zulasten von Festanstellungen, weil Zeitarbeit strategisch genutzt wird und damit die Rendite der Unternehmen abgesichert werden soll. Ein Viertel der Betriebe, die Leiharbeit nutzen, tun dies nicht, um zusätzliches Personal zu rekrutieren, sondern sie tun es, um ihre Stammbesetzung abzuschmelzen. Das ist ein Skandal. So war es nicht gedacht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Niedrigstlöhne sind für die Beschäftigten in der Leih- und Zeitarbeit Normalität. Trotz gleicher Aufgaben – es gibt im Gesetz ein Gleichbehandlungsgebot – erhalten sie 20 % bis 40 % weniger Gehalt als die fest angestellten Kollegen. Selbst die Arbeitgeberverbände sagen, dass die Ausnahmeklausel immerhin bei 95 % angewandt wird. Damit ist es keine Ausnahme, sondern es ist leider die schlechte Regel.

Fakt ist auch, 60 % der männlichen und 95 % der weiblichen Zeitarbeitnehmer verfügen über ein monatliches Bruttoeinkommen von weniger als 1.500 € im Monat, und viele von ihnen erhalten zusätzlich Hartz IV. Ein großer Teil der sogenannten Aufstocker sind Vollzeitbeschäftigte, die zu diesen Dumpinglöhnen in der Leih- und Zeitarbeit arbeiten.

Damit entstehen durch die Leiharbeit dem Bund gegenüber Kosten von immerhin 0,5 Milliarden € bei der Grundsicherung. Auch das müssen wir sehen, wenn wir den Boom nicht nur durch die rosarote Brille sehen wollen. Es ist absehbar, dass der Markt für gering qualifizierte schon bald überwiegend von Leiharbeit bestimmt wird. Heute schon sind 40 % der Leiharbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer trotz besserer Qualifikation, die sie formal haben, als Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsmerkmale angegeben.

Leiharbeit erschwert so gerade auch für gering qualifizierte und für diejenigen, die einen Berufsabschluss haben, eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Sie wird dadurch behindert. Leiharbeit ist für die allermeisten Arbeitssuchenden keine Brücke in den Arbeitsmarkt, sondern leider eine berufliche Sackgasse. Der gewünschte Klebeffekt, von dem immer gesprochen wurde, oder auch die Brücke in den Arbeitsmarkt bleiben so in den allermeisten Fällen Ideologie oder Wunschdenken.

Leider haben wir hier alte Zahlen, die Landesregierung hat keine aktuellen erheben können. Sie beziehen sich auf eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB, aus dem Jahr 2003. Damals war die Neuregelung noch nicht fertig. Insofern sind sie etwas fragwürdig. Heute dürfte die Situation sehr viel dramatischer sein.

Aber nach diesen Zahlen sind in Westdeutschland knapp 34 % der Menschen in Leih- und Zeitarbeit sofort nach dieser Zeit wieder arbeitslos gewesen. 19 % waren nicht mehr erwerbstätig, warum auch immer. Knapp 26 % wechselten in die nächste Verleihfirma. Ich glaube, diese Zahlen zeigen, dass die Hoffnungen, die damit verbunden worden sind, sich leider nicht bewahrheitet haben. Leiharbeit heißt Niedriglohn, heißt weniger Urlaub, heißt weniger soziale Sicherung, heißt praktisch keine Kündigungsfrist, heißt keine Firmenrenten und bedeutet so eine dauerhafte Unsicherheit im Erwerbsleben statt einer beruflichen Perspektive.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Fuhrmann, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sehr bedauerlich!)

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, ich hätte noch sehr viel zu sagen. Aber ich will mich auf zwei oder drei Sätze beschränken. – Die Schlechterstellung in der Leiharbeit trägt insgesamt zu einer Entsolidarisierung auf dem Arbeitsmarkt zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern untereinander bei und setzt so Standards unter Druck, die in Tarifverträgen mit den Gewerkschaften ausgehandelt worden sind. Ich will die ganzen Missbrauchsfälle à la Schlecker aufgrund der Zeit hier nicht aufzählen. Ich möchte nur eines sagen:

Wir brauchen Lohnuntergrenzen für die Leiharbeit. Wir brauchen tarifliche Mindeststandards. Wir brauchen insbesondere eine Begrenzung der maximalen Verleihzeiten, und wir brauchen eine Stärkung der Betriebsräte der größeren Firmen, sodass die Leiharbeit möglicherweise wirklich zu einer Brücke wird und zum Auffangen von Auftragspitzen verwendet wird und nicht zu einem Lohndrücken und Standards-Drücken auf dem Arbeitsmarkt. So war es nicht gedacht, und so ist es auch nicht richtig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Fuhrmann. – Das Wort hat Frau Kollegin Wissler, Fraktion DIE LINKE. Und immer daran denken: Ein bisschen zeitlich straffen, sonst beißt es den Letzten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt ist die Frage, wer der Letzte ist!)

– Der Letzte ist immer der, der jetzt gerade nicht spricht. Deshalb sage ich es der Rednerin. Bitte daran denken.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen sehr, dass das Thema Zeit- und Leiharbeit heute auf der Tagesordnung steht; denn gerade macht der Fall Schlecker bundesweit Schlagzeilen. Schlecker entlässt Tausende von Mitarbeiterinnen, um sie in den neuen XL-Filialen wieder einzustellen, aber befristet und zu Niedrigstlöhnen. Statt zuvor 12,50 € erhalten sie jetzt einen Brutostundenlohn von 6,61 € bis 7,35 €.

Meine Damen und Herren, davon kann man nicht leben. Die Beschäftigten werden zu Aufstockern, und Schlecker bereichert sich auf Kosten der Allgemeinheit.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Hört, hört!)

Erst ein öffentlicher Proteststurm hat dazu geführt, dass Schlecker zumindest keine neuen Verträge mit der betreffenden Leiharbeitsfirma abschließen will. Wir wünschen den Betriebsräten und den Mitarbeiterinnen bei Schlecker viel Kraft und vor allem Durchhaltevermögen, um gegen diese skandalösen Zustände bei Schlecker anzukämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Völlig zu Recht fordert die Gewerkschaft ver.di jetzt eine generelle Überprüfung der Regeln für Leiharbeit. Das unterstützen wir als LINKE ausdrücklich. Denn Schlecker ist kein Einzelfall. In anderen Branchen gibt es ähnliche Vorgänge. Unternehmen gründen eigene Leiharbeitsfirmen und ersetzen einen Teil ihrer Belegschaft durch Leiharbeiter. Dies sind oft die ehemaligen regulären Mitarbeiter, die nun auf Gehalt, betriebliche Altersvorsorge, Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten müssen. So werden Tarifverträge unterlaufen und Lohndumping betrieben. Denn die Löhne in der Zeitarbeitsbranche liegen bei durchschnittlich 7 € pro Stunde.

Prekäre Beschäftigung macht sich aber nicht nur bei der Lohnhöhe fest. Sie macht sich auch daran fest, dass Zeit- und Leiharbeiter noch weniger Kündigungsschutz genießen als die Beschäftigten in anderen Branchen. Dazu kommen noch die fehlenden Möglichkeiten zur betrieblichen Interessenvertretung durch Gewerkschaften und durch Betriebsräte. Leiharbeiter sind gegenüber den Beschäftigten in den weniger werdenden normalen Arbeitsverhältnissen drastisch benachteiligt. Sie werden oft wie Tagelöhner oder wie Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt. Dabei geht es in der Mehrzahl um Menschen, die eine abgeschlossene Ausbildung und auch Berufserfahrung haben.

Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind junge Menschen, Berufseinsteiger. Gleichzeitig lamentieren Regierungen, dass junge Menschen immer weniger Kinder bekommen und keine Familien mehr gründen. Aber wie denn? Wenn man schon alleine nicht von seiner Arbeit leben kann, wenn man nicht weiß, in welche Stadt man in der nächsten Woche verliehen wird, wenn man nicht weiß, ob man in der nächsten Woche überhaupt noch einen Job hat, wie soll man da eine Familie gründen? Leiharbeiter sein heißt, ständig auf Abruf zu leben, ohne feste Arbeitszeiten, ohne verlässliche Lebensperspektive. Da wäre es geradezu verantwortungslos, in einer solchen Situation eine Familie zu gründen.

Jedem, der immer noch glaubt, die Agenda 2010 sei eine Erfolgsgeschichte, möchte ich ein Buch empfehlen. Es heißt „Deutschland dritter Klasse: Leben in der Unterschicht“. Die Autoren schildern dort das Leben von Menschen, die im reichen Deutschland in Armut leben. Einer dieser Menschen ist Volker Hoppe. Er ist seit fünf Jahren arbeitslos und hat gerade seine 560. Bewerbung abgeschickt. Mit der Arbeitslosigkeit ist er von der Mittelschicht in Hartz IV abgerutscht. Altersversorgung, Eigenheim, soziales Umfeld, Freundeskreis – alles bröckelt nach und nach weg. In fünf Jahren fand er einen einzigen Job. Ich darf zitieren:

Er unterschrieb einen Vertrag bei einer Leiharbeitsfirma, die ihn in die Verwaltung eines Großunternehmens schickte. „Ich hab da zwar nur 9 € brutto die Stunde bekommen, halb so viel wie meine Kollegen. Aber ich war trotzdem begeistert. Ich hab mich reingehängt. Überstunden gemacht, mich von der allerbesten Seite gezeigt. Mein Vorgesetzter war zufrieden mit mir ... Die Leute bei der Leiharbeitsfirma waren zufrieden.“ Alle hätten ihm signalisiert, dass er bald auf eine feste, regulär bezahlte Stelle übernommen werden könnte. „Dann, nach fast drei Monaten, an einem Freitagmittag, hat mich der Chef zu sich geholt“ ... „Sie brauchen am Montag nicht mehr zu kommen, wir benötigen Sie nicht mehr“ ... „Es war wie ein Schlag in den Ma-

gen. Ich hatte wirklich geglaubt, dass sie mich übernehmen wollen.“ Er habe sich dann umgehört, mit vielen Kollegen gesprochen und erfahren, dass das immer so laufe. „Die bestellen immer Leiharbeiter für zwei, drei Monate, melden sie dann wieder ab, und dann kommt der nächste. Und ich hatte wirklich geglaubt, dass ich mich nur bewähren muss und dann eine echte Chance habe.“ Am Montag sei er gleich zu seiner Leiharbeitsfirma gegangen ... Schließlich hatte er dort einen unbefristeten Vertrag unterschrieben. „Die haben mir aber sofort gekündigt. In dem Vertrag war eine Klausel, die besagt, dass sie mich nur beschäftigen, solange das große Unternehmen mich anfragt.“

So sehen also die Erfahrungen eines Betroffenen aus. Ich habe das hier deshalb zitieren, damit in dieser Debatte auch ein Leiharbeiter zu Wort kommt. So viel zu den viel beschworenen Klebeeffekten, wonach Menschen durch Leiharbeit irgendwann in einem Betrieb eine reguläre Beschäftigung finden.

Die Leiharbeit erfüllt für die Unternehmen durchaus einen Zweck, wie ein Firmenchef nur einige Seiten weiter im Buch sehr offen ausführt. Ich darf zitieren:

„Erst einmal können wir die Leiharbeiter testen, und zwar monatelang. Wer uns nicht gefällt, den können wir zurückgeben. Und wenn mal einer krank wird, Urlaub hat oder sonst wie ausfällt, brauchen wir ihn nicht zu bezahlen. Ist natürlich ein schöner Vorteil unsererseits.“

Meine Damen und Herren, warum sollen denn Leiharbeiter in reguläre Beschäftigung übernommen werden, wenn man gerade Teile der Stammbeslegschaft in die Leiharbeit ausgliedert, um genau diese Vorteile zu bekommen? Der einzige Klebeeffekt, der sich im Bereich der Zeitarbeit einstellt, ist der Profit, der bei den Zeitarbeitsfirmen in dem Zusammenhang kleben bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie die Landesregierung in der Antwort richtigerweise schreibt, sind es die Leiharbeiter, die im Zuge der Krise als Erste gefeuert werden. So erklärt sich auch der statistische Rückgang der Zahl der Leiharbeiter in den letzten Monaten. Jahrelang wurde vom „atmenden Arbeitsmarkt“ gesprochen. In der Krise hat sich gezeigt, wie das tiefe Ausschlaufen eines deregulierten Arbeitsmarktes Tausenden Menschen die Existenz raubt.

Auch wenn die Leiharbeit in Hessen, wie wir der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen können, nur knapp 2 % der Erwerbstätigen betrifft, sind das immerhin 60.000 Menschen und ihre Familien. Jeder Achte von ihnen ist zusätzlich auf Hartz IV angewiesen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wissler, Sie müssten langsam zum Schluss kommen.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich dachte, ich hätte noch drei Minuten Redezeit.

(Petra Fuhrmann (SPD): Er hat uns allen die Redezeit gekürzt, auch mir!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegen Wissler, wir hatten vereinbart, dass wir alle in bisschen zugeben, weil wir die Sitzung um 16:55 Uhr beenden wollen.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Wenn SPD und GRÜNE die Auswüchse der Leiharbeit und von Niedriglöhnen beklagen, möchte ich darauf hinweisen, dass es eine rot-grüne Regierung war, die die Hartz-Gesetzgebung – nicht nur Hartz IV, sondern auch schon Hartz I – in Gang gesetzt hat, die die Ausbreitung der Leiharbeit und der Zeitarbeit in Deutschland sehr beschleunigt hat. Der DGB hat das so zusammengefasst: Zeitarbeit wird in Deutschland systematisch zum Lohn-dumping missbraucht. – Ich freue mich, wenn die SPD in der Opposition jetzt dafür ist, die Regulierung der Zeitarbeit voranzubringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch darauf hinweisen, dass es der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement war, ein besonderer Freund der Hessen-SPD, der direkt nach der Niederlegung seines Regierungsamts in eine Zeitarbeitsfirma gewechselt ist.

DIE LINKE tritt für ein gesetzliches Verbot der Leiharbeit ein. Leiharbeit war in Deutschland lange Zeit gesetzlich verboten. Wir brauchen Regelungen, dass es gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt, dass es eine Begrenzung der Überlassungshöchstdauer gibt, dass es ein Verbot von Leiharbeit für bestreikte Betriebe gibt, damit Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht als Streikbrecher – –

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wissler, machen Sie es mir bitte nicht so schwer.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Diese Vorschläge hat DIE LINKE auch in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dort haben leider alle anderen Fraktionen gegen diese Vorschläge gestimmt. Ich hoffe, dass wir in Zukunft eine andere Mehrheit im Bundestag bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Lenders das Wort.

**Jürgen Lenders (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich recht froh, dass die SPD-Fraktion diese Große Anfrage in den Landtag eingebracht hat; denn das gab der Landesregierung die Möglichkeit, mit vielen Vorurteilen und Unterstellungen beim Thema Zeitarbeit aufzuräumen. Die Kollegin Fuhrmann und auch Frau Wissler haben sich davon allerdings überhaupt nicht irritieren lassen und haben hier wieder ihren Standpunkt dargelegt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie sind dabei auf die Antworten, die die Landesregierung gegeben hat, überhaupt nicht eingegangen.

Meine Damen und Herren, wir haben eine wichtige Gedenkfeier vor uns. In Anbetracht dieser Tatsache möchte ich den Rest meiner Rede gern zu Protokoll geben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – siehe Anlage)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. Das war lieb. – Das Wort hat der Kollege Bocklet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich achte auf die Uhr, Herr Präsident. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wissen, dass der Arbeitsmarkt von den Beschäftigten heute mehr denn je Risikobereitschaft, Mobilität und Flexibilität verlangt. Zu dem Gesamtkomplex gehört auch die Zeitarbeit. Sie wurde lange Zeit als ein wirkungsvolles Instrument zum Abbau der Arbeitslosigkeit angesehen. Mittlerweile häufen sich aber die Probleme. Zeitarbeitnehmer sind Arbeitnehmer zweiter Klasse. Sie verdienen oft deutlich weniger als die Stammebelegschaft, und sie werden bei der Weiterbildung kaum berücksichtigt. Außerdem haben sie ein viel höheres individuelles Risiko.

Wir GRÜNEN haben die Antwort auf die Große Anfrage zur Kenntnis genommen. Ich glaube, sie gibt politisch eigentlich nur wenig her. Auf Seite 6 findet sich die Antwort auf eine der beiden entscheidenden Fragen: „Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die maximale Verleihzeit an einen Betrieb begrenzt werden sollte ...?“ Dazu sagt die Landesregierung: Nein. – Hier besteht ein politischer Dissens zwischen SPD und GRÜNEN auf der einen Seite und CDU und FDP auf der anderen Seite. Wir glauben, dass man die Dauer der Leiharbeit auf drei Monate begrenzen sollte. Danach sollten alle Rechte, die der Belegschaft zustehen, auch dem Zeitarbeitnehmer zustehen.

Die zweite spannende Frage bezog sich auf den begrenzten Bedarf. Wie lange und wie oft darf ein Arbeitnehmer ausgeliehen werden? Hier sehen wir GRÜNEN einen massiven Regulierungsbedarf. Es kann nicht sein, wie die Kolleginnen und Kollegen vom linken Flügel schon bekräftigt haben, dass das Instrument der Leiharbeit ausgenutzt wird, um die Stammebelegschaft abzubauen, dass die Flexibilität dazu benutzt wird, eine Belegschaft zweiter Klasse zu schaffen.

Es gibt verschiedene Vorschläge, auch der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, das zu ändern. Es gibt z. B. ein Konzept, wie Zeitarbeit und Leiharbeit sozial abgedeckt werden und trotzdem als flexible Instrumente in Spitzenzeiten der Wirtschaft oder in der Wirtschaftskrise erhalten bleiben könnten. Richtig ist aber, dass wir die bisherige Praxis beenden müssen. Herr Minister, wenn wir ehrlich evaluieren, dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass es so, wie es bisher praktiziert wird, nicht weitergehen kann. Es schadet nämlich auch dem Sozialsystem, da die Zahlungen in die öffentlichen Kassen immer geringer werden.

Wir wünschen uns eine Revision der Zeit- und der Leiharbeit in der Bundesrepublik. Wir danken für die Antwort, aber uns bleibt noch viel zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Das Wort hat der Abg. Burghardt, CDU-Fraktion.

**Patrick Burghardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, und ein bisschen weniger sagen, als ich eigentlich sagen wollte. Zwei oder drei Punkte möchte ich aber ansprechen, die hier gesagt werden müssen.

Frau Fuhrmann, Sie haben natürlich wieder nur die Zahlen herausgegriffen, die zu Ihrer Argumentation passen. Ich bin sehr dankbar, dass Sie Fragen an die Landesregierung gestellt haben. Ich bin auch sehr dankbar, dass die Fragen sehr umfangreich beantwortet worden sind.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Die Zahlen sind doch von der Regierung!)

– Ja, aber ich nenne Ihnen vielleicht gleich Zahlen, die eine andere Seite widerspiegeln. – Ich bin auf jeden Fall sehr dankbar, dass diese Fragen gestellt worden sind, und ich bin sehr dankbar für die umfangreiche Beantwortung.

Frau Fuhrmann, Sie haben verschwiegen, dass 64 % der Arbeitnehmer im Zeitarbeitsgewerbe zuvor arbeitslos waren und dass 9 % vorher sogar noch nie beschäftigt waren. Sie haben auch nicht erwähnt, dass 10 % der Zeitarbeitnehmer länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung waren. Deshalb sage ich ganz klar, dass die Zeitarbeit sehr wohl eine Art von Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, in das Arbeitsleben ist – wohlgermerkt in versicherungspflichtige Arbeitsplätze und nicht in andere Bereiche des Arbeitsmarktes. Auch das muss hier einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessant ist durchaus auch die Staffelung der einzelnen Altersgruppen. Es wurde nicht erwähnt, dass 18,4 % der Betroffenen unter 25 Jahre alt sind, d. h. sich in gewisser Weise in einer Orientierungsphase befinden, welcher Beruf künftig gewählt werden soll. Ein Indikator ist aber auch, dass viele Leiharbeiter gar keine Berufsausbildung haben. 23,7 % der Leiharbeiter haben gar keine Berufsausbildung. Was machen wir mit denen? Zeitarbeit ist also durchaus eine Möglichkeit, um in einen Beruf hineinzukommen. Nur 4,5 % der Zeitarbeitnehmer haben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

Das sind Zahlen, die man einfach einmal erwähnen sollte. Auch sollte man erwähnen, dass es eine Möglichkeit für die älteren Arbeitnehmer, für die über 40- und die über 50-Jährigen, ist, in den Arbeitsmarkt zu kommen. 35,3 % sind über 40 Jahre alt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ältere Arbeitnehmer jede Woche in eine andere Stadt!)

Frau Fuhrmann, auf eines haben Sie nicht hingewiesen. Das möchte hier noch einmal ganz kurz erwähnen, auch wenn es schon gesagt wurde. Aber ich möchte hier etwas zitieren. All die Probleme, die wir mit Schlecker und auch in anderen Bereichen haben, gehen nämlich auf die Hartz-IV-Reformen zurück. Ich möchte aus dem „Spiegel“ zitieren: Ausgabe 3/2010, Seite 64. Da geht es um das Thema Schlecker und teilweise auch um die Probleme in anderen Branchen. Da heißt es:

Möglich wurde das Auslagern von Stammbeschäftigten in Zeitarbeitsfirmen nur, weil die damalige rot-grüne Bundesregierung den Sektor 2004 nahezu komplett von allen Regularien befreite. Fortan durften Leiharbeiter unbefristet angeheuert werden.

Ich bin gespannt, ob auch zu diesem Thema einer Ihrer Hartz-IV-Kahlschläge aus den Klausurtagungen kommen wird, die Sie durchgeführt haben. Ich bin gespannt, was da noch alles kommen wird.

Wir lehnen es – völlig zu Recht – ab, die Verleihzeit zu begrenzen. Ich denke, das ist der Situation, die wir jetzt haben, angemessen. Viele Firmen reagieren mit der Einführung von Zeitarbeit, und nicht alle sind schwarze Schafe. Die Antwort der Landesregierung hat ebenfalls belegt, dass nicht alle, wie es manchmal dargestellt wird, schwarze Schafe sind, sondern dass es auch Firmen gibt – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen –, die einen Kunden dazugewinnen. Das kann eine kleine Spedition sein. Bei uns war das z. B. der Fall: Wir haben einen Großkunden dazubekommen und mussten auf Zeitarbeit zurückgreifen, um schnell reagieren zu können. Wir haben einen Kollegen eingestellt, weil wir den Kunden dauerhaft gebunden haben

(Janine Wissler (DIE LINKE): Man kann auch befristet einstellen!)

– Frau Wissler –, und konnten diesem Kollegen dann die Möglichkeit geben, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder als Speditionskaufmann tätig zu werden, so, wie er ausgebildet worden ist.

All das sind Daten und Fakten, die einmal genannt werden müssen. Eines möchte ich auch noch erwähnen – das stand heute in der „FAZ“ –: Der DGB – von wegen Mindestlohn usw.; wir haben immer noch Tarifautonomie – hat sich mit einem neuen Tarifvertrag über 2,5 % Lohnerhöhung in diesem und im nächsten Jahr einverstanden erklärt.

Aus meiner Sicht ist das der richtige Schritt. Ein Mindestlohn ist hier fehl am Platz. Das nutzt genauso wenig wie in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Burghardt, herzlichen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Zeitarbeit erfordert sicherlich eine intensive Beratung. Deswegen will ich vorbeugend sagen: Ich weiß, dass ich, wenn ich das mit kurzen Sätzen formuliere, nicht das ganze Thema erfassen kann.

In jedem Fall sollte man die Dimension der Zeitarbeit im Verhältnis zu allen Beschäftigungsformen im Auge behalten. Es geht dabei um rund 2 % der Beschäftigten. Auch das muss man einmal sehen. Das macht einen Teil der Fragen in Bezug auf den Arbeitsmarkt aus. Aber es sind nicht 20 %, sondern 2 %.

Auch in meinen Augen ist es positiv, dass die Zahl derer, die in Zeitarbeitsbeschäftigungsverhältnissen tätig sind, nach der Reform der Zeitarbeit von rund 260.000 auf 800.000 – vielleicht sind es inzwischen sogar schon mehr – gestiegen ist. Natürlich gehört dazu genauso, dass aufgrund der Krise die Zahl der in Zeitarbeit Beschäftigten innerhalb eines Jahres um 18,7 % gesunken ist. Das sind die zwei Seiten einer Medaille.

Aber die Zeitarbeit ist ein flexibles Instrument. Ich glaube, dass es positiv zu bewerten ist, dass über 60 % derer, die einen Zeitarbeitsvertrag abgeschlossen haben, vorher arbeitslos waren. 10 % haben vorher sogar überhaupt nicht gearbeitet. Umgekehrt halte ich es auch für einen positiven Effekt, dass zwischen 10 und 30 % derer, die in Zeitarbeit waren, anschließend einen festen Vertrag in der Firma bekommen haben, in der sie als Zeitarbeiter eingesetzt waren. Ich glaube also, dass es auch eine ganze Anzahl positiver Punkte gibt.

Davon muss man natürlich Folgendes abgrenzen. Es ist nun einmal so: Solange es Menschen gibt, gibt es Menschen, die die Gesetze einhalten, und Menschen, die versuchen, die Gesetze zu umgehen. Das ist dort geschehen – siehe die aktuelle Diskussion zum Stichwort Schlecker –: Ein Unternehmer nimmt seine soziale Verantwortung nicht vernünftig wahr. Das muss man ganz klar sagen. Die soziale Qualität unserer Marktwirtschaft ist ein Vorteil für alle, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Man kann das nicht so interpretieren, dass es das Recht eines der beiden Partner gibt, die Schutzgesetze zu umgehen oder auch die Schutzidee eines Gesetzes zu ignorieren – auch wenn es Gesetze gibt, durch die nicht alles abschließend gelöst werden kann.

Deswegen begrüße ich es sehr, dass Bundesministerin von der Leyen angekündigt hat, sie werde sich dies anschauen und sich dabei überlegen, wie man eine solche Umgehungsmöglichkeit künftig gesetzlich ausschließt. Ich glaube, dass es sicherlich berechtigt ist, über das Zeitarbeitsgesetz insgesamt zu reden und sich anzuschauen, ob es so erfolgreich ist, wie es z. B. meinem Gefühl nach ist. Es gibt kein Gesetz, das nicht noch besser werden könnte.

Aber ich glaube, dass die Gesetzgebung zur Zeitarbeit einen positiven Effekt für den Arbeitsmarkt hatte und dass ein Teil der Arbeitsplätze, deren Schaffung wir heute Morgen als positives Ergebnis erwähnt haben, auch auf die

Reform bei den Zeitarbeitsvertragsverhältnissen zurückzuführen ist. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister Banzer. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage, Drucks. 18/1619 zu Drucks. 18/424, behandelt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/1713 –**

Bitte sehr, Herr Kollege Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Die SPD-Fraktion bittet darum, die Petition Nr. 1035/18 separat abzustimmen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Wir stimmen zuerst über die Petition Nr. 1035/18 ab. Wer für die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 1035/18 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, GRÜNE und LINKE. Damit ist sie so beschlossen.

Dann rufe ich alle weiteren Beschlussempfehlungen zu Petitionen auf. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war einstimmig. Damit ist auch dieser Punkt erledigt.

Ich weise Sie noch darauf hin, dass die Enquetekommission „Integration und Migration in Hessen“ morgen früh um 8 Uhr im Sitzungsraum 510 W zu ihrer ersten Sitzung zusammenkommt.

Ferner weise ich Sie auf die Feierstunde hin und bitte Sie um Ihre Teilnahme.

Wir sind am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich entlasse Sie in Frieden und wünsche Ihnen alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16:46 Uhr)



**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 12)****Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 12 der Tagesordnung, Drucks. 18/1619 zu Drucks. 18/424, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Abg. Jürgen Lenders (FDP):**

Als Erstes bin ich froh, dass die SPD-Fraktion eine Große Anfrage zum Thema Zeitarbeit auf den Weg gebracht hat. Das Ergebnis der Anfrage ist nämlich geeignet, mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen und Fehleinschätzung zur Rolle der Zeitarbeit in der hessischen Wirtschaft aufzuräumen. Das Thema Zeitarbeit wird leider viel zu oft missbraucht, um Stimmung zu machen, um bei den Menschen Ängste zu schüren. Für diese Angstmacherei gibt es überhaupt keinen Grund. Zeitarbeit ist und bleibt ein wichtiges Instrument, um auf dem Arbeitsmarkt die notwendige Flexibilität zu bekommen. Zeitarbeit ist vor allem die Chance für Menschen ohne Berufsausbildung und Erwerbslose, wieder Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu bekommen.

Die Große Anfrage hat gezeigt, dass die Behauptungen, Leiharbeit werde massenweise eingesetzt und bedrohe Millionen von regulären Beschäftigungsverhältnissen, an der Realität komplett vorbeigehen. Genauso unzutreffend sind die Behauptungen, wonach die Beschäftigten hier ausgebeutet werden und keinen rechtlichen Schutz genießen. Tatsache ist zwar, dass die Zahl der in der Leiharbeit Beschäftigten in den letzten zehn Jahren, insbesondere nach der Neuregelung der Arbeitnehmerüberlassung 2003, zugenommen hat. Tatsache ist aber eben auch, dass nach wie vor 98 % der Beschäftigten in Hessen in regulären Arbeitsverhältnissen sind und der Anteil der Zeitarbeit von 2 % sogar wieder auf 1,9 % gesunken ist. Diese Zahlen zeigen doch eindeutig, dass es überhaupt keinen Grund für Angstmacherei gibt.

Leiharbeit ist in Hessen immer noch die Ausnahme und eben nicht die Regel, wie vonseiten der LINKEN immer wieder behauptet wird. Im Gegenteil, wenn man sich die Zahlen anschaut, stellt man fest, es handelt sich, volkswirtschaftlich betrachtet, um ein marginales Phänomen und nicht um einen Massentrend. Umgekehrt belegen diese Zahlen auch, dass Leiharbeit weit überwiegend nicht eingesetzt wird, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen, sondern um Produktionsspitzen abzufangen.

Die Branche der Leih- und Zeitarbeit ermöglicht es der Wirtschaft, flexibel auf Auftragsspitzen zu reagieren. Dies ist ein Instrument, das für die deutsche Wirtschaft nicht beschnitten werden darf. Leiharbeit macht genau das, wofür sie gedacht ist, und deshalb gibt es überhaupt keinen Grund für eine gesetzliche Einschränkung der Leiharbeit.

Zweiter Punkt. Auch die Behauptung, dass Leiharbeit mit Lohndumping und Ausbeutung zu tun habe, entbehrt jeder Grundlage. Im Gegenteil, für die Beschäftigten der Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften gelten klare tarifvertragliche Grundlagen mit Vergütungsstrukturen, Regelungen zu Wochenarbeitszeiten, Urlaub, Kündigungsfristen usw. In aller Regel werden die Beschäftigten bei den Zeitarbeitsfirmen auch dann bezahlt, wenn sie nicht vermittelt werden. In anderen Ländern, wie z. B. Frankreich oder Dänemark, stehen diese Menschen sofort auf der Straße, d. h. sie genießen keinen Kündigungsschutz.

Zeitarbeitnehmer unterschreiben ihren Arbeitsvertrag immer bei der Zeitarbeitsagentur. Dabei gelten die ganz normalen arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, an denen sich jedes Arbeitsverhältnis in Deutschland messen lassen muss. Abweichungen von den Tarifverträgen bzw. eine Minderung der Standards sind nicht möglich.

Die Entlohnung richtet sich – wie in jeder anderen Branche auch – nach der Qualifikation der Beschäftigten. Die große Mehrheit der Entgeltgruppen liegt deutlich über 7,50 €. Von einer Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in dieser Höhe hätten die Beschäftigten also gar nichts. Im Gegenteil, den Beschäftigten muss das als Drohung vorkommen, weil sie am Ende vielleicht weniger in der Tasche haben als vorher.

Drittens. Leiharbeit bietet Menschen ohne Berufsausbildung und Menschen, die keine marktgängige Berufsausbildung haben, etwa weil der erlernte Beruf aufgrund technischer Entwicklungen nicht mehr gebraucht wird – denken Sie etwa an den Telekommunikationsbereich –, eine neue Perspektive. 2007 waren 25.301 Beschäftigte von 38.639 in der Leiharbeit nicht unmittelbar beschäftigt. Also 65 % der Beschäftigten hatten unmittelbar vorher keine Arbeit. Leiharbeit ist eine gute Möglichkeit für gering Qualifizierte, wieder in Beschäftigung zu kommen, und in der Folge haben sie auch weit bessere Chancen auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis. In der Tat ist es heute so, dass Beschäftigte aus den Zeitarbeitsunternehmen in eine sogenannte FestEinstellung überwechseln, d. h. auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Von 2001 bis 2007 hat sich die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung mehr als verdoppelt. Trotzdem verfügen die meisten Beschäftigten im Bereich der Leiharbeit über eine Berufsausbildung. In vielen Bereichen der Leiharbeit handelt es sich aber um qualifizierte Beschäftigte, die sich ihren Arbeitgeber durchaus aussuchen können und sich mitunter bewusst für Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften entscheiden. Mit Billiglöhnern hat das nichts zu tun.

Die Anfrage hat doch eines gezeigt. Leiharbeit ist und bleibt ein notwendiges Instrument, um dem Arbeitsmarkt die notwendige Flexibilität zu verschaffen. Es gibt überhaupt keinen Grund, dieses Instrument durch gesetzliche Neuregelungen einzuschränken. Es handelt es sich eben nicht um ein Massenphänomen, wenn weniger als 2 % der Beschäftigten hier angestellt sind.

Leider gibt es auch Fälle, in denen Leiharbeit nicht so eingesetzt wird, wie es eigentlich vorgesehen ist. Jedoch ist es auch Aufgabe der Zeitarbeitsbranche, darauf zu achten, dass Fälle wie bei Schlecker nicht vorkommen. Dieser Fall ist aber nicht exemplarisch für die Zeitarbeitsbranche. Im Gegenteil, der Verband der Zeitarbeitsunternehmen hat Schlecker klar und öffentlich für das Verhalten kritisiert, und Schlecker hat seine Personalpolitik jetzt auch geändert. Es ist aber unredlich, eine ganze Branche an den Pranger zu stellen, wenn sich einzelne wenige Unternehmen nicht korrekt verhalten. Die Anfrage hat klar gezeigt, dass das Verhalten von Schlecker eine Ausnahme ist, die wir bedauern und die nicht in Ordnung ist, die aber eben nicht für die Zeitarbeit in Hessen steht.